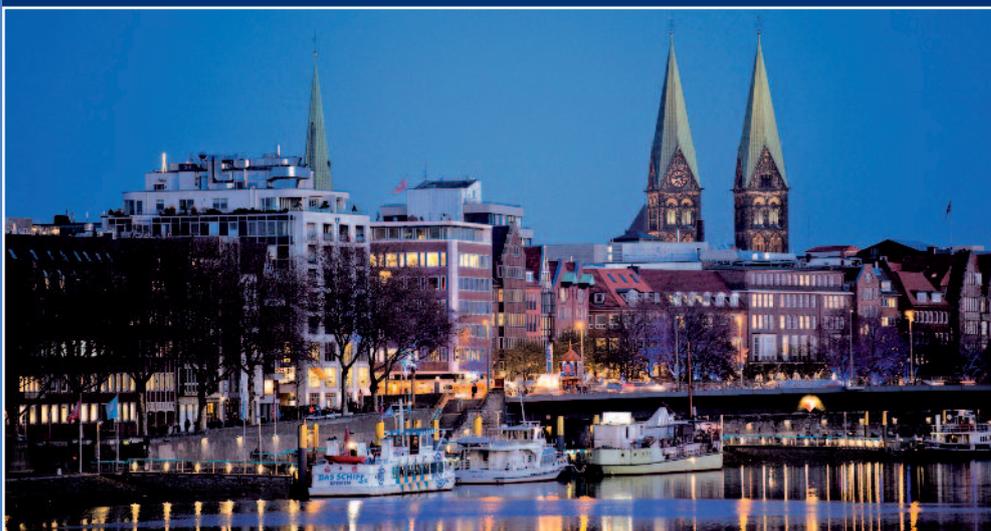


Jahresbericht 2012



Schwerpunktt Themen

„Energie und Rohstoffe für morgen“ – IHK Nord unter Bremer Geschäftsführung

Tor zur Welt: Bremens Häfen weiter ausbauen

Bremer Innenstadt und Stadtteilzentren: Aufwertung mit dem Blick auf das Ganze

Forum Stadtentwicklung: Bremerhaven als Wohnort und Arbeitsstätte



HK

Handelskammer
Bremen



IHK

Industrie- und Handelskammer
Bremerhaven

Inhalt

Vorwort 3

Konjunkturbericht Weltwirtschaft, Bremen, Prognose 4

**Schwerpunktthemen
Bremen_Bremerhaven** „Energie und Rohstoffe für morgen“ –
IHK Nord unter Bremer Geschäftsführung 6
Tor zur Welt: Bremens Häfen weiter ausbauen 9
Bremer Innenstadt und Stadtteilzentren:
Aufwertung mit dem Blick auf das Ganze 12
Forum Stadtentwicklung: Bremerhaven als Wohnort
und Arbeitsstätte 15

**Leistungsbilanzen
Bremen_Bremerhaven** Standortpolitik, Häfen, Verkehr 18
Industrie, Innovation, Umwelt 24
Aus- und Weiterbildung 28
International 34
Starthilfe und Unternehmensförderung 39
Einzelhandel, Tourismus, Recht 41
Public Relations 44
Service 47
Juniorenkreise 49

**Ehrenamt,
Geschäftsbereiche,
Stellungnahmen** Das Ehrenamt in Bremen 50
Ausschüsse und Kommissionen
der Handelskammer Bremen 51
Geschäftsbereiche Bremen 51
Das Ehrenamt in Bremerhaven 52
Ausschüsse und Arbeitskreise der
IHK Bremerhaven 52
Geschäftsbereiche Bremerhaven 52
Ausgewählte Stellungnahmen 53

Impressum 55

Vorwort

Das Bundesland Bremen hat sich im zurückliegenden Jahr 2012 wirtschaftlich weiter positiv entwickelt. Mit preisbereinigt 1,4 Prozent lag das Wachstum über dem Bundesdurchschnitt von 1,1 Prozent. Sehr erfreulich ist, dass mit der wirtschaftlichen Kraft auch die Beschäftigung in unserem Land spürbar zugenommen hat.

Diese grundsätzlich gute Entwicklung hat zugleich gezeigt, dass sich eine Tendenz der vergangenen Jahre fortsetzt: Auch regionale Themen werden immer intensiver von nationalen, europäischen und internationalen Entwicklungen beeinflusst. Die IHK Nord, ein Zusammenschluss norddeutscher Kammern mit mehr als 700.000 Mitgliedsunternehmen, hat sich daher im Schwerpunktjahr „Energie und Rohstoffe für morgen“ der deutschen Kammerorganisation mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und einer konkreten Positionierung für die Zukunftsfähigkeit der norddeutschen Wirtschaftsregion eingesetzt. In der zweiten Jahreshälfte lag der Vorsitz der IHK Nord bei der Handelskammer Bremen.

Unseren Häfen und der maritimen Wirtschaft in den Städten Bremen und Bremerhaven kommt in der Frage der Zukunftsfähigkeit eine wichtige Schlüsselrolle zu. Durch seine Lage an der Schnittstelle internationaler Warenströme hat unser Bundesland die Chance, sich insbesondere auch als Produktionsstandort weiter zu entwickeln. Parallel dazu spielt die oberzentrale Funktion Bremens in der Metropolregion Nordwest sowie die Initiative, Bremerhavens Qualitäten als Wohnort zu steigern, eine wichtige Rolle.

Das Land Bremen wird sich vor allem dann weiter positiv entwickeln, wenn es auf die Stärkung seiner Wirtschaftskraft setzt. Darin steckt eine generelle Anforderung an die Landespolitik. In einem Umfeld zunehmend größerer überregionaler Einflüsse gilt es aber zugleich, die Stimme der Wirtschaft durch Konzentration konsequent zu stärken. Daher haben unsere beiden Kammern – die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven – Gespräche über die Bildung einer Landeskammer aufgenommen. Eine solche Landeskammer wäre in der Lage, regionale Unterschiede zu berücksichtigen und doch zugleich mit Durchsetzungskraft für die Interessen der gesamten bremischen Wirtschaft einzutreten.



(v.l.) Dr. Matthias Fonger, Otto Lamotte, Ingo Kramer, Michael Stark

In einem zusammenwachsenden Wirtschaftsraum Norddeutschland sowie – weiter gedacht – in einem Europa der Regionen müssen sich Standorte wie Bremen und Bremerhaven mit gemeinsamen Entwicklungsinteressen durch entsprechendes stimmliches Gewicht positionieren. Dies bringt die Wirtschaft im gesamten Land Bremen voran und erhöht zugleich die Servicequalität für jedes einzelne Unternehmen.

Bremen muss es in den kommenden Jahren vor allem um Wachstum und Steueraufkommen gehen. Nur so lassen sich bestehende Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Wenn wir als Wirtschaft hierzu auch künftig einen entscheidenden Beitrag leisten wollen, müssen wir unsere Kräfte und Kompetenzen bündeln – für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sowie ein wachstumsstarkes und zukunftsfähiges Bremen!

Otto Lamotte Präses

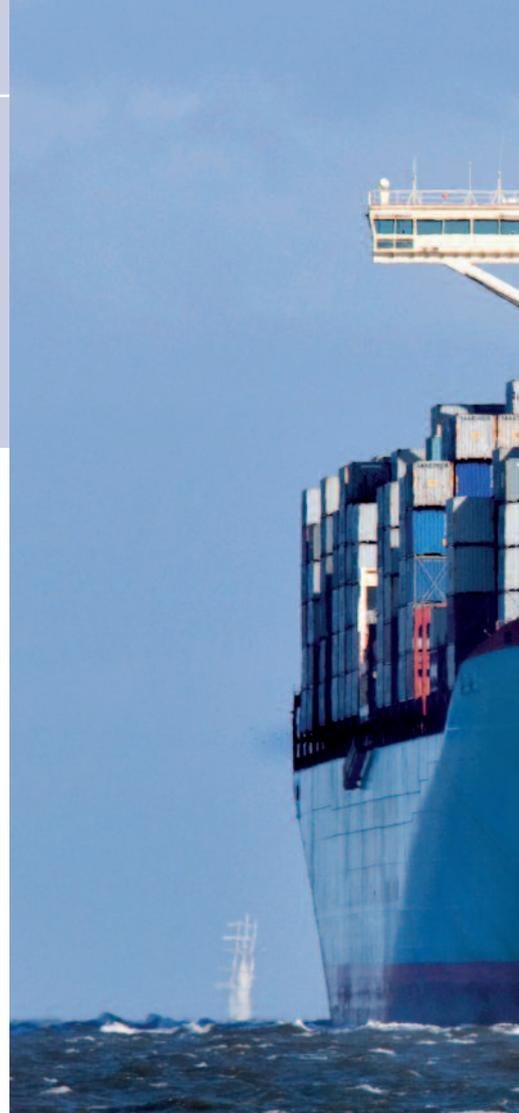
Ingo Kramer Präsident

Dr. Matthias Fonger Hauptgeschäftsführer, I. Syndicus

Michael Stark Hauptgeschäftsführer

Konjunkturbericht 2012

Die Elly Maersk auf dem Weg nach Bremerhaven. Sie kann bis zu 15.000 TEU laden und gehört zu den derzeit größten Containerschiffen der Welt.



Weltwirtschaft unter dem Eindruck der Euro- und Staatsschuldenkrise

Die Weltkonjunktur hat 2012 an Schwung verloren. Angesichts einer schwächeren Dynamik in vielen wichtigen Wirtschaftszonen ist das weltweite Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf rund drei Prozent zurückgegangen. Der Außenhandel nahm lediglich um gut zweieinhalb Prozent zu und zeigte damit ebenfalls deutliche Ermüdungserscheinungen.

Eine rückläufige wirtschaftliche Dynamik war in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu verzeichnen. In China hatten dämpfende konjunkturpolitische Maßnahmen bereits im Vorjahr zur Konjunkturberuhigung geführt. Das erneute Umsteuern zeigte kaum Wirkung, zumal stark steigende Lohnkosten die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zunehmend tangieren. Nachlassend war das Expansionstempo auch in Indien, das unter Überregulierung und mangelhafter Infrastruktur leidet, sowie in den südostasiatischen Staaten. Brasiliens Wirtschaft kämpft mit der Aufwertung seiner Währung und ist nur moderat gewachsen. Russland profitierte von den weiterhin hohen Ölpreisen und konnte seine Wachstumsrate bei etwa vier Prozent verankern.

Mit gut zwei Prozent Produktionsanstieg verlief die Entwicklung in den USA vergleichsweise robust. Die Arbeitsmarkt-

probleme blieben jedoch weitgehend ungelöst, und auf dem Häusermarkt war nur eine leichte Erholung zu verspüren. Bei der dringend erforderlichen Haushaltskonsolidierung konnten keine Fortschritte erreicht werden. Die Geldpolitik blieb extrem expansiv ausgerichtet. Japan verzeichnete ebenfalls nur eine zurückhaltende Wirtschaftsdynamik. Das Auslaufen der Aufholprozesse nach der Tsunami-Katastrophe, die Yen-Stärke und eine schwindende Innovationsstärke belasten zunehmend die Wirtschaft.

In der EU verlief die Wirtschaftsentwicklung insgesamt unerfreulich. Die Staatsschuldenkrise und die scharfen Konsolidierungsanstrengungen führten viele Länder in die Stagnation bzw. Rezession. Mit allen Mitteln hat die Geldpolitik die Belastung der Wirtschaft gemindert. Insgesamt sank die Wirtschaftsleistung um 0,2 Prozent. Deutschland wirkte so, wie auch die mittel- und osteuropäischen Staaten es taten, stabilisierend für Europa.

Bremen: überraschend stabile Konjunkturentwicklung

Die Wirtschaft im Land Bremen hat sich in diesem insgesamt verschlechterten Konjunkturmilieu gut behauptet. Der Arbeitsmarkt zeigte sich robust: Die Beschäftigung nahm spürbar zu, die Zahl der Arbeitslosen

und die Arbeitslosenquote bewegten sich in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Freundlich verlief 2012 vor allem die Industriekonjunktur. Der Personalstand hat sich um gut dreieinhalb Prozent ausgeweitet. Die Abwertung des Euro hat die preisliche Wettbewerbsfähigkeit bremischer Exporteure gestärkt; der Gesamtumsatz ist mit knapp zweistelliger Rate um insgesamt rund zwei Milliarden Euro gestiegen. Umsatzzuwächse haben insbesondere der Fahrzeugbau, die Hersteller von DV-Geräten sowie elektrischen und optischen Erzeugnissen, die Hersteller von Backwaren und der Maschinenbau erzielt. Etwa auf Vorjahresniveau hielten sich die Umsätze der Kaffee- und Teeverarbeiter. Nachlassende Umsatzerlöse verzeichneten dagegen unter anderem die Hersteller von Metallerzeugnissen, die Fischindustrie, die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren und das Textil- und Bekleidungs-gewerbe. In der Bauwirtschaft hat sich die konjunkturelle Lage im Jahresverlauf kontinuierlich verbessert. Die Grundstücks- und die Wohnungswirtschaft wurden durch das niedrige Zinsniveau und den Trend zur Immobilie als inflationssichere Anlageform beflügelt.

Der Groß- und Außenhandel vermeldete eine im Jahresverlauf nachlassende Geschäftsentwicklung und wies zuletzt über-



wiegend eine befriedigende Geschäftslage auf. Uneinheitlich war der Geschäftsverlauf im Einzelhandel. Trotz guter allgemeiner Beschäftigungsentwicklung bleibt die Umsatzentwicklung offensichtlich hinter den Erwartungen vieler Händler zurück. Die Konsumbereitschaft der Kunden des bremischen Einzelhandels hat im Jahresverlauf wieder abgenommen.

Eine freundliche Konjunktur wiesen weite Teile des Dienstleistungssektors auf. Vor allem die unternehmensnahen Dienstleister profitierten von der guten Geschäftsentwicklung in der Industrie. Uneinheitlich ist die Geschäftsentwicklung in der Logistik- und Verkehrswirtschaft verlaufen. Die bremischen Häfen steigerten 2012 ihren Güterumschlag auf rund 85 Millionen Tonnen. Der Containerumschlag legte auf rund 6,3 Millionen Standardcontainer zu. Dynamisch entwickelte sich auch der Automobilumschlag. Mit rund 2,2 Millionen Fahrzeugen blieb die Seestadt der größte Umschlagplatz für Automobile in Europa. Umschlag- und Lagereibetriebe registrierten eine freundliche Geschäftslage. Die Seeschifffahrt befand sich dagegen weiter in einem schwierigen Konjunktur- und Finanzierungsumfeld.

In der Tourismuswirtschaft hat sich das Geschäftsklima eingetrübt. Das Ergebnis des Rekordjahres 2011 wurde knapp ver-

fehlt. Die Umweltzone hatte Busreiseveranstalter dazu gezwungen, Bremen aus ihrem Programm zu nehmen. Zusätzlich sorgte auch die City-Tax für private Gäste für Verunsicherung in der Branche. Im Kreditgewerbe hatten vor allem die Schuldenkrise in Europa sowie regulatorische Änderungen für die Kreditwirtschaft für Verunsicherung und eine überwiegend nur befriedigende Geschäftslage gesorgt.

Prognose und Aufgaben für das Jahr 2013

Für 2013 zeichnet sich eine Wachstumsverlangsamung in Bremen ab, die sich auch auf die Personalnachfrage auswirken wird. Skeptisch stimmt vor allem der Rückgang der Geschäftserwartungen im bremischen verarbeitenden Gewerbe und im Handel. Zu befürchten ist, dass sich auch die Dienstleistungswirtschaft auf Dauer nicht einer konjunkturellen Abschwächung entziehen kann. Der DIHK erwartet ein Wachstum der deutschen Wirtschaft um 0,7 Prozent.

Daher ist es gerade jetzt von großer Bedeutung, weiterhin die Rahmenbedingungen zu verbessern, um die Basis für künftiges Wirtschaftswachstum zu stärken und die positiven Impulse für den Arbeitsmarkt auf längere Sicht zu erhalten. Wettbewerbsfähige Standortkosten, insbesondere auch im Vergleich mit dem bremischen

Umland, werden eine immer größere Rolle spielen. Bremen muss seine industrielle und logistische Basis stärken, die den wirtschaftlichen Erfolg des Landes sichert.

Die Einführung des bremischen Mindestlohngesetzes, die Tourismusabgabe, die Gewerbesteuererhöhung ab 2014 und Kürzungen im Investitionshaushalt sind Kennzeichen einer wirtschaftsbelastenden Standortpolitik. Bremen muss die erforderliche Sanierung des Landes- und seiner Kommunalhaushalte vorantreiben, ohne dabei die wirtschaftliche und damit auch die steuerliche Basis des Bundeslandes aufs Spiel zu setzen. Auf Bundesebene gilt es, sich mit ganzer Kraft für die längst überfällige Reform der föderalen Finanzverfassung stark zu machen. Das Zeitfenster hierfür ist geöffnet, aber zeitlich eng begrenzt, denn bereits zum 31. Dezember 2019 laufen die bestehenden Regelungen zum Finanzausgleich, das Finanzausgleichsgesetz und das Maßstäbengesetz, aus. Die erforderlichen Arbeiten müssen daher 2013 beginnen. Die Handelskammer hat mit verschiedenen wissenschaftlichen Workshops – zuletzt im Juli 2012 – wesentliche Inhalte hierfür erarbeitet und wird das Thema nach Kräften weiter befördern. ◀

„Energie und Rohstoffe für morgen“ – IHK Nord unter Bremer Geschäftsführung

➔ „Energie und Rohstoffe für morgen“ lautete das Jahresschwerpunktthema 2012 der IHK-Organisation. Damit reagierte die Kammerorganisation auf eine akute Verknappung bei Rohstoffen und entsprechende Preisentwicklungen in diesen Märkten sowie auf die von der Bundesregierung im Jahr 2011 beschlossene beschleunigte Energiewende. Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven haben in diesen Schwerpunktfeldern zahlreiche Aktivitäten entfaltet, um die wirtschaftlichen Chancen, die der Energiesektor bietet, auszuloten und zugleich auf Risiken hinzuweisen. Eine wichtige Klammer bildete die IHK Nord, die Arbeitsgemeinschaft von 13 Industrie- und Handelskammern aus den fünf norddeutschen Bundesländern, deren Geschäftsführung im zweiten Halbjahr 2012 bei der Handelskammer Bremen lag. Die IHK Nord vertritt insgesamt fast 700.000 Unternehmen in Norddeutschland. Im Mittelpunkt der Aktivitäten der IHK Nord standen eine Energietour und die Erarbeitung eines Positionspapiers „Energie für Norddeutschland“.

Die IHK Nord-Energietour umfasste insgesamt 14 Veranstaltungen zu unterschiedlichen Energiethemen, die regional verteilt von den Industrie- und Handelskammern angeboten und von insgesamt 1.000 Teilnehmern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verbänden besucht wurden. Dr. Thomas Ull, PricewaterhouseCoopers

AG (PwC), stellte die Ergebnisse der Studie „Volle Kraft aus Hochseewind“ vor. Auf dem Podium diskutierten Senator Dr. Joachim Lohse, Jens Eckhoff, Präsident der Stiftung Offshore-Windenergie, und Ronny Meyer, Geschäftsführer der wab Windenergie-Agentur, über Chancen und Risiken, Beschäftigungseffekte und notwendige Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau der Offshore-Windenergie.

In Bremen fand am 21. November 2012 auch die Abschlussveranstaltung der Energietour statt. Barbie Haller von der Bundesnetzagentur und der Vorsitzende der Geschäftsführung der dena Deutsche Energie-Agentur, Stephan Kohler, erläuterten die Energiewende. Ihre Vorträge wurden bei einer Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Unternehmen, Politik und einem Netzbetreiber diskutiert. Bei dieser Abschlussveranstaltung wurde auch das Positionspapier „Energie für Norddeutschland“ vorgestellt.

Es gibt einen Überblick über den Ausbau der erneuerbaren Energien in Norddeutschland und befasst sich in fünf Kapiteln mit den wichtigen Themenfeldern der Energieversorgung, zu denen jeweils Forderungen an die Politik entwickelt werden:

- Modernisierung und Ausbau des konventionellen Kraftwerksparks,
- Ausbau der Netzinfrastruktur und Gesamtsystemoptimierung,
- Ausschöpfung von Energie-Effizienzpotenzialen,

- Intensivierung von Forschung, Innovation und Bildung,
- Verbesserung der Akzeptanz von Infrastrukturmaßnahmen.

Politik muss Rahmenbedingungen setzen

Die IHK Nord knüpft mit ihren Forderungen zur Energiepolitik unmittelbar an das energiepolitische Zieldreieck und die besondere Bedeutung der Offshore-Windenergie für Norddeutschland an: Die Errichtung der Offshore-Windparks und ihr Anschluss an das Energienetz müssen eng aufeinander abgestimmt werden. Zur Finanzierung der hohen Investitionskosten sollte ein weitergehendes Engagement der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) geprüft werden. Zugleich muss das System degressiver Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) konsequent und verlässlich weiterverfolgt werden. Die Akteure in Politik und Wirtschaftsförderung vor Ort sollten ihre Zusammenarbeit verstärken und ihre Vermarktungs- und Ansiedlungsbemühungen besser aufeinander abstimmen. Dazu gehört für Bremerhaven ein tragfähiges Finanzierungskonzept für den geplanten Bau des Offshore-Terminals.

Versorgungssicherheit soll zu bezahlbaren Preisen garantiert werden. In Ergänzung dazu muss auch der konventionelle Kraftwerkspark modernisiert und erneuert werden. Abspaltung, Lagerung und ge-

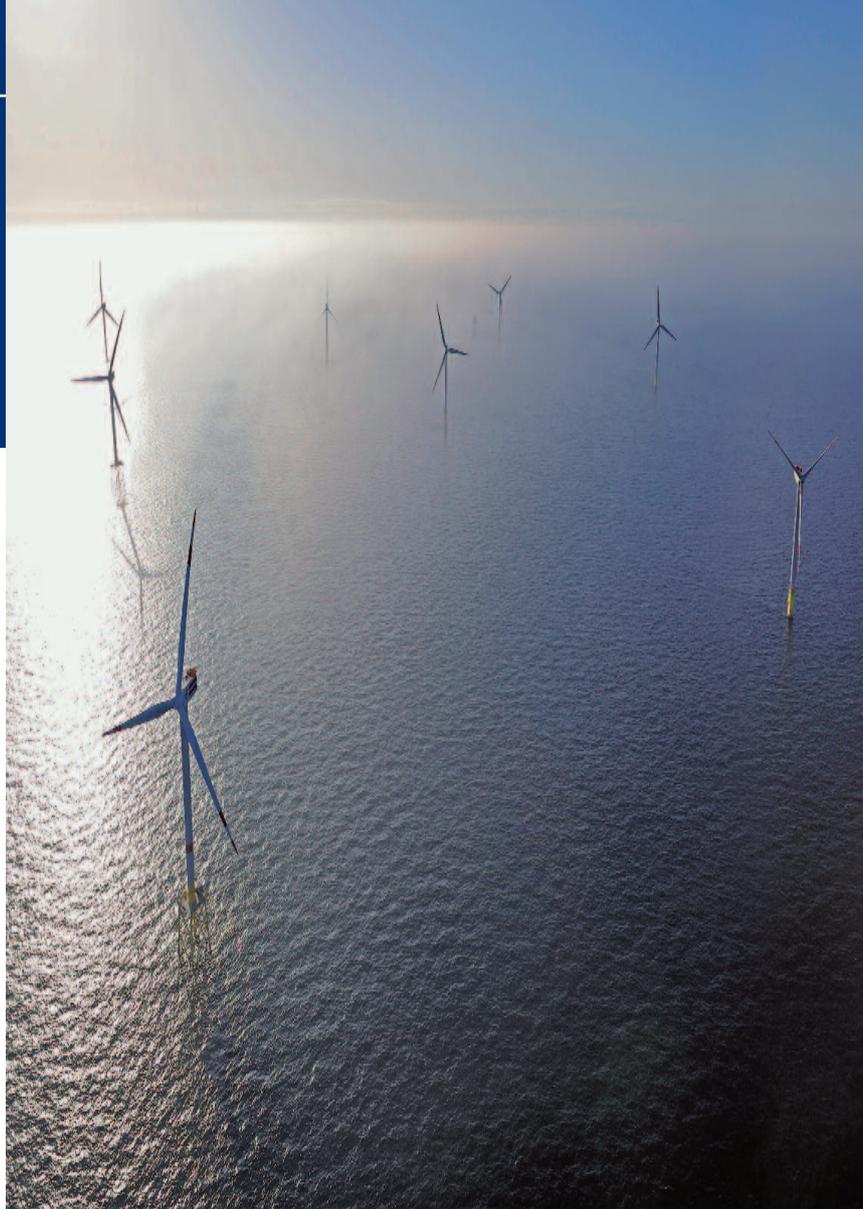
benenfalls Nutzung von Kohlenstoffdioxid in energetischen und industriellen Prozessen könnten eine Option sein. Diese braucht daher eine klare rechtliche Regelung.

Die Energienetze müssen zeitnah an die neue Erzeugungslandschaft angepasst werden. Dafür müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren für Energieinfrastrukturmaßnahmen vereinfacht und beschleunigt sowie die anfallenden Kosten bundesweit gerecht aufgeteilt werden. Die Haftungs- und Finanzierungsfragen der Netz- und Windparkbetreiber müssen kurzfristig beantwortet werden, um die entstandenen Verunsicherungen bei Investoren aufzulösen. Angesichts der schwankenden und meist dezentralen Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien spielen auch die intelligente Steuerung des Gesamtsystems („smart grid“/„smart market“) und die Etablierung virtueller Kraftwerke zunehmend eine Rolle.

Auch in Zukunft müssen Energieeffizienzpotenziale ausgeschöpft werden. Das ist vorrangig eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft. Dazu soll auch weiterhin auf deren freiwillige Anstrengungen sowie Anreize und Informationsangebote gesetzt werden. Auf weitere ordnungsrechtliche Vorgaben sollte verzichtet werden, weil sie unternehmerisches (Innovations-)Potenzial beschränken und damit letztlich zu schlechteren Ergebnissen führen.

Die sehr gute norddeutsche Forschungslandschaft muss sich weiter an die dynamische Entwicklung der Energiebranche anpassen. Dies erfordert vor allem einen intensiveren Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie einen Ausbau der Forschungsförderung. Angesichts der notwendigen Anstrengungen zur Sicherung einer ausreichenden Zahl von Fachkräften müssen Energiethemen in der universitären wie auch in der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine noch größere Rolle spielen als bisher. Die Abstimmung aller Akteure in Norddeutschland ist dazu erforderlich.

Die Bürger müssen rechtzeitig und umfassend über Energie-Infrastrukturprojekte informiert und in die Realisierung einge-



Offshore-Park Alpha Ventus: Nach Schätzungen des Bundesumweltministeriums sind bundesweit bis zu 100.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Windenergie (on- und offshore) abhängig.

bunden werden. Nur so lässt sich die Akzeptanz für diese Projekte erhöhen. Anhörungs- und Beteiligungsverfahren dürfen die Realisierung aber nicht unnötig verzögern. Das übergeordnete Ziel einer verlässlichen und bezahlbaren Energieversorgung darf nicht durch Partikularinteressen gefährdet werden.

Insgesamt ist für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende eine verstärkte Koordinierung der energiepolitischen Ziele, Strategien und Aktionsprogramme auf Bundes- und Länderebene unter Berücksichtigung der europäischen Dimension erforderlich, die auch ein einheitliches Monitoring der einzelnen Umsetzungsschritte umfasst.

Windenergie – tragende Säule der Energiewende

Erneuerbare Energien lieferten 2011 in Deutschland bereits einen Anteil von knapp elf Prozent des Primärenergieverbrauchs und rund 20 Prozent der Bruttostromerzeugung. Den größten Anteil von fast 40 Prozent der Stromerzeugung aus er-

neuerbaren Energien hatte 2011 die Windenergie mit 46.500 Gigawattstunden (GWh), gefolgt von Biomasse sowie Wasserkraft und Photovoltaik. Im ersten Halbjahr 2012 bewegte sich vor allem der Zubau von Photovoltaik-Anlagen auf einem Rekordniveau. Aufgrund der hohen Einspeisevergütung wird dies erhebliche Auswirkungen auf die zukünftige Höhe der EEG-Umlage haben, mit entsprechenden Kostensteigerungen für Wirtschaft und private Haushalte.

Die gesamte installierte Windenergieleistung an Land und auf dem Meer belief sich Ende 2011 in den fünf norddeutschen Bundesländern auf 12.132 Megawatt, was mehr als 40 Prozent der in Deutschland installierten Leistung von rund 30 Gigawatt entspricht. Die beiden Flächenländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind erwartungsgemäß die wichtigsten Windenergiestandorte.

In den Plänen der Bundesregierung soll insbesondere die Offshore-Windenergie eine tragende Säule der zukünftigen Stromversorgung in Deutschland bilden: mit mehr



Maritime Roadshow in Berlin:
(v.l.) Hans-Joachim Otto, mariti-
mer Koordinator der Bundes-
regierung, Präses Otto Lamotte,
Hauptgeschäftsführer
Dr. Matthias Fonger und
Dr. Eric Schweitzer, Präsident
der IHK Berlin und designierter
DIHK Präsident

als 2.000 Anlagen und einer Gesamtleistung von rund zehn Gigawatt vor der deutschen Nordseeküste bis zum Jahr 2020. Vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie sind derzeit Anlagen mit einer Leistung von 8.700 Megawatt genehmigt.

Norddeutschland spielt nicht nur aufgrund der wachsenden Menge hier produzierten regenerativen Stroms eine Schlüsselrolle in der Energiewende, sondern auch als Standort für konventionelle Kraftwerke. Dies birgt Chancen und Risiken für die Region: Einerseits hat der verstärkte Ausbau der Windenergie eine positive wirtschaftliche Bedeutung für Norddeutschland insgesamt, insbesondere für Bremen und Bremerhaven. Andererseits stellt ein wachsender Anteil von Strom aus regenerativen Quellen eine Herausforderung für die sichere und bezahlbare Energieversorgung der Wirtschaft dar. Das energiepolitische Zieldreieck Umweltverträglichkeit, wettbewerbsfähigen Preise und Versorgungssicherheit muss immer wieder neu politisch eingefordert und umgesetzt werden.

Windbranche strukturpolitisch immer bedeutender

Die wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Bedeutung der Windenergie in Norddeutschland und so auch im Land Bremen wächst kontinuierlich. 2011 zählte die Windenergiebranche hier im engeren Sinn 3.400 Beschäftigte; prognostiziert werden allein in Bremerhaven mittelfristig bis zu 7.000. Ein besonderer Erfolg war die Entscheidung der Areva Wind GmbH im Sommer 2012, ihre Firmenzentrale von Hamburg nach Bremen zu verlegen. Viele Firmen aus anderen Geschäftsfeldern haben in jüngerer Zeit ebenfalls diesen Markt für sich erschlossen.

Eine Studie, die von PricewaterhouseCoopers (PwC) und der wab Windenergie-Agentur erstellt wurde, versucht erstmals eine umfassende Schätzung und Prognose der speziell durch Offshore-Windenergienutzung entstandenen und zu erwartenden Beschäftigungs- und Umsatzeffekte. Sie differenziert diese Effekte auch regional nach Bundesländern. Danach konnten

allein der Offshore-Windenergie 2010 bereits mehr als 14.000 Beschäftigte zugerechnet werden. Nach Schätzungen des Bundesumweltministeriums sind bundesweit bis zu 100.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Windenergie (on- und offshore) abhängig. Dieser Wirtschaftszweig ist immer noch überwiegend mittelständisch geprägt, was eine gute regionale Verankerung sowie wirtschaftlichen – auch steuerlichen – Nutzen an den jeweiligen Standorten unterstützt.

Durch den Aufbau der Windenergiebranche ist es gelungen, den Strukturwandel vor allem in Bremerhaven zu forcieren und die Lücke, die durch den Rückgang des Schiffbaus entstanden ist, weitgehend zu kompensieren. Für den künftigen Erfolg des neuen Clusters sprechen unter anderem die gute Verzahnung mit einer auf diesen Anforderungen spezialisierten und erfahrenen Forschungs- und Ausbildungslandschaft sowie eingespielte Zulieferstrukturen.

Die wirtschaftliche Bedeutung von Herstellung und Betrieb der Anlagen geht weit über die unmittelbaren, zurzeit noch überwiegend auf Nordwestdeutschland konzentrierten Anlagenstandorte hinaus. Insbesondere Süddeutschland und auch Nordrhein-Westfalen profitieren erheblich durch Herstellung und Zulieferung von Komponenten, wodurch auch dort Beschäftigung gesichert und ausgeweitet wird.

IHK Nord-Roadshow „Maritime Wirtschaft“

Neben Energiethemen spielt in der IHK Nord auch die maritime Wirtschaft eine unverändert wichtige Rolle. Eines der Ziele der IHK Nord ist es, die nationale Bedeutung der maritimen Wirtschaft für Deutschland auch abseits der Küste zu erklären und für Investitionen und Projekte in Norddeutschland zu werben. Es soll verdeutlicht werden, dass die maritime Wirtschaft keine exklusive Angelegenheit der Küste ist, sondern dass es eine Vielzahl von Verflechtungen mit Unternehmen und Branchen in ganz Deutschland gibt. Ein Bestandteil dieser Aktivitäten ist eine Roadshow, die in

wichtigen Wirtschaftszentren im Binnenland veranstaltet wird. Im Jahr 2010 fand sie in Schwaben statt, 2011 in Frankfurt am Main; und 2012 besuchte die Roadshow die Region Berlin/Brandenburg.

Neben der klassischen maritimen Wirtschaft wie Schiffbau, Schifffahrt und Häfen standen in Berlin/Brandenburg die Rolle der Offshore-Windenergie und die Perspektive der Meere als Rohstofflieferanten im Fokus. Die Rohstoffgewinnung aus den Meeren wurde insbesondere unter den Aspekten der Versorgungssicherheit und Ressourcensicherung diskutiert.

Treffen mit den Wirtschafts- und Verkehrsministern

Die IHK Nord vertritt die Interessen der norddeutschen Wirtschaft auch bei der Küsten-Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz (KüWiVerMinKo). Mit dieser Konferenz positionieren sich die norddeutschen Bundesländer bei bestimmten wirtschafts- und verkehrspolitischen Themen gegenüber dem Bund und der EU. Auf der gemeinsamen Sitzung in Hamburg am 24. September 2012 diskutierten unter Leitung von Otto Lamotte – Präses der Handelskammer Bremen und im zweiten Halbjahr 2012 Vorsitzender der IHK Nord – die Politik- und Wirtschaftsvertreter über das (norddeutsche) Bildungssystem, die Verkehrspolitik der Küstenländer, die Verflechtung der maritimen Wirtschaft mit der bundesweiten Wirtschaft, die Biotechnologiebranche im Norden sowie europapolitische Themen mit Auswirkungen auf Norddeutschlands Wirtschaft wie beispielsweise die Europäische Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie.

Im Zentrum des Treffens stand die aktuell schwierige Situation der deutschen Reeder. Präses Lamotte forderte von Bund und Ländern konkrete Maßnahmen, um die Situation der Reeder zu erleichtern. ◀

Tor zur Welt: Bremens Häfen weiter ausbauen

➔ Die maritime Wirtschaft ist für das Land Bremen von existenzieller Bedeutung. Mehr als 74.000 Menschen sind direkt oder indirekt in diesem Bereich beschäftigt. Auch die bremische Landesverfassung unterstreicht in Artikel 38 die besondere Rolle der maritimen Wirtschaft: „Die Wirtschaft der Freien Hansestadt Bremen (...) hat in ihrem Rahmen die besondere Aufgabe, Seehandel, Seeschifffahrt und Seefischerei zu pflegen.“

In den bremischen Häfen wurden 2012 rund 85 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen. Rund 6,3 Millionen Standardcontainer liefen über Bremerhaven. Mit rund 2,2 Millionen Fahrzeugen ist die Seestadt der größte Umschlagplatz für Automobile in Europa. Die Hafengruppe Bremen-Stadt ist seit langem unangefochten der größte deutsche Umschlagplatz für konventionelles Stückgut. Auch die Off-shore-Windenergie nimmt zunehmend einen breiteren Raum in den bremischen Häfen ein. Rund 1.700 Arbeitsplätze sind in der noch jungen Branche in Bremen und Bremerhaven bereits entstanden. Mit mehr als 40 Reedern und rund 350 registrierten Schiffen ist Bremen der zweitgrößte Reedereistanort in Deutschland.

Die Handelskammer trägt der großen maritimen Tradition Bremens Rechnung: Neben einem eigenen Referat im Geschäftsbereich Standortpolitik hat sie seit 2009 auch den Vorsitz des DIHK-Arbeitskreises Seeverkehr und Häfen von Hamburg übernommen. Der Arbeitskreis wurde 1998 ge-

gründet, um das seeverkehrs- und hafenspolitische Gesamtinteresse der Wirtschaft wahrzunehmen. Im Vergleich zu den privatrechtlich organisierten maritimen Fachverbänden, die vor allem Brancheninteressen verfolgen, hat der Gesetzgeber für die Industrie- und Handelskammern einen wesentlich breiteren Politikberatungsansatz vorgesehen. Die Handelskammer Bremen leitet den Arbeitskreis und koordiniert entsprechende Maßnahmen und Aktivitäten auf DIHK- und IHK-Nord-Ebene. Sie ist gleichzeitig Mitglied der Fachgruppe Maritime Wirtschaft beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie des Seeverkehrsbeirates des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Das Bremische Hafenerbetriebsgesetz

Das Jahr 2012 brachte den bremischen Häfen ein neues Rekordergebnis. Dies darf aber nicht über politische Fehlentwicklungen hinwegtäuschen: Mit der Änderung des Hafenerbetriebsgesetzes wurden die bremischen Häfen teilentwidmet. Damit wollte der Senat den weiteren Umschlag von Kernbrennstoffen verhindern. Die Handelskammer hatte sich massiv gegen die Änderung des Gesetzes ausgesprochen und gemeinsam mit der IHK Bremerhaven beim früheren Bremer Justizsenator und Bundestagsabgeordneten Volker Kröning ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben.

Die von der rot-grünen Regierungskoalition per Eilantrag angestrebte Änderung

des Hafenerbetriebsgesetzes, die am 25. Januar 2012 von der Bremischen Bürgerschaft verabschiedet wurde, bricht nach Meinung des Gutachters Landes- und Bundesrecht. Im Kern gefährdet die Änderung des Hafenerbetriebsgesetzes das bewährte Prinzip des Universalhafens, da die Hafenerpolitik nun auf Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien ausgerichtet wurde. Die Gesetzesänderung widerspricht der geltenden Zweckbestimmung der Häfen und bildet nach wie vor den Hebel, durch Landesrecht und Exekutive auf die Art der Güter Einfluss zu nehmen, die über die bremischen Häfen umgeschlagen werden. Die CDU in der Bremischen Bürgerschaft hat gegen das Gesetz beim Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen Klage erhoben. Das Urteil steht noch aus.

Offshore Terminal Bremerhaven

Nach dem gescheiterten Versuch des Senats, den Offshore Terminal Bremerhaven (OTB) zu 100 Prozent privat zu finanzieren, begrüßen die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven die Entscheidung des Senats vom 4. Dezember 2012 zur Finanzierung dieses Projektes. Die beiden Kammern hatten eine rein private Finanzierung dieser Infrastrukturmaßnahme ohnehin als unrealistisch eingeschätzt, zumal andere Bundesländer massiv mit öffentlichen Geldern in den Ausbau ihrer Offshore-Kapazitäten investieren.

Die Entscheidung für den Bau des JadeWeserPorts – den Anstoß gab eine Studie der norddeutschen Wirtschaft – war richtig. Ohne ihn würde Norddeutschland angesichts der Schiffsgrößen bald Schwierigkeiten im Wettbewerb mit Rotterdam bekommen.



Erfreulich ist, dass durch die parallele Weiterführung der Planung ein wesentlicher Zeitverzug durch das gescheiterte Ausschreibungsverfahren vermieden wurde. Es kommt nun darauf an, Planung und Bau des Terminals zügig voranzubringen.

Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

Mit der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) möchte der Bund die Schifffahrtsverwaltung mit 12.500 Mitarbeitern effizienter gestalten. Mit großem Interesse verfolgen die in der IHK Nord zusammengeschlossenen Industrie- und Handelskammern die Pläne des Verkehrsministeriums. Im Grundsatz begrüßen sie diese Pläne und sehen sie angesichts einer bedarfsgerechten Organisationsstruktur als längst überfällig an. Mit Blick auf die Organisation der neuen WSV sowie der Netzeinteilung der Seewasserstraßen in verschiedene Kategorien hatte die IHK Nord drei Kernforderungen gestellt und in einem Schreiben Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer gebeten, diese im weiteren Verfahren zu berücksichtigen:

- Die IHK Nord hält es sachlich für dringend erforderlich, neben der bereits geplanten Generaldirektion in Bonn eine weitere Generaldirektion Küste in Norddeutschland einzurichten. In den Seehäfen der fünf Küstenländer wurden 2011 insgesamt rund 300 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen. Hinzu kommt die große verkehrliche Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals mit jährlich rund 100 Millionen Tonnen Passage. In Deutschland wurden 2010 laut dem Statistischen Bundesamt rund 230 Millionen Tonnen Güter mit dem Binnenschiff befördert. Im Vergleich zu den deutschen Binnenwasserstraßen ist die Bedeutung der Seewasserstraßen im Norden also wesentlich größer.

- Der Entwurf sieht vor, dass die Aufgaben für Betrieb und Unterhaltung einerseits sowie Verkehrsmanagement andererseits zukünftig in verschiedenen regionalen Organisationseinheiten untergebracht werden. Die bisherige regionale Zuständigkeit würde dann durch eine funktionale Überlagerung. Der Entwurf bleibt jedoch den

Nachweis schuldig, warum dies insgesamt zu einer effizienteren Struktur mit weitreichenden Synergieeffekten führen soll. Nach Einschätzung der Handelskammer geht hierdurch regionalspezifisches Know-how verloren, das durch neue Formen der Kooperation wiederhergestellt werden muss.

- Die IHK Nord sieht auch den Nutzen der Kategorisierung der Seewasserstraßen sehr zurückhaltend. Bis dato ist immer noch nicht erkennbar, wie hier die Investitionsstrategie des Bundes aussieht. Die norddeutschen Kammern haben wiederholt ein Ausbaugesetz gefordert und erwarten vom Ministerium, dass dieses spätestens mit der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplanes 2015 umgesetzt wird. Bei der Auswahl einzelner Wasserbau-Projekte sollten dann Prioritäten mithilfe einheitlicher, verbindlicher und transparenter Kriterien gesetzt werden. Bereits laufende oder planfestgestellte Bauvorhaben müssen möglichst zeitnah abgeschlossen werden. Weitere Neu- und Ausbaumaßnahmen sollten vor allem mit dem Ziel erfolgen, Engpässe auf wichtigen Kanälen und Hafenzufahrten zu beseitigen und die deutschen Seehäfen international wettbewerbsfähig zu halten. Für diese Zielsetzungen wäre die jetzt vorgesehene Netzkategorisierung nicht mehr erforderlich.

Generell ist die Schifffahrtsverwaltung von einer großen personellen Unwucht geprägt. Das Missverhältnis von ökonomischer Bedeutung und personeller Ausstattung ist lange bekannt. Allein die zurzeit noch drei größten WSV-Direktionen Nord, Nordwest und West kamen zuletzt etwa auf das zehnfache Verkehrsaufkommen im Vergleich zu den drei an Güterverkehr ärmsten Direktionen Mitte, Süd und Ost. Dafür benötigte die Verwaltung im Norden und Westen rund 5.000 Planstellen. Das gemeinsame Planstellensoll der kleinsten Direktionen übertrifft dagegen mit rund 5.400 sogar die drei Großdirektionen im Norden und Westen. Die Stellenverteilung der künftigen WSV-Verwaltung muss sich nach Ansicht der Handelskammer künftig am jeweiligen Verkehrsaufkommen in den verschiedenen Regionen orientieren.

Einteilung der Bundeswasserstraßen

Kritisch schätzen die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven die neue Einteilung der Bundeswasserstraßen mit Blick auf die Unterweser ein. Im Herbst 2011 hat die EU-Kommission die Hafengruppe Bremen-Stadt als besonders wichtigen Knoten mit in das Kernnetz der sogenannten Transeuropäischen Korridore aufgenommen. In den Unterweser-Häfen in Bremen-Stadt, Brake und Nordenham wurden 2011 zusammen rund 22,5 Millionen Tonnen umgeschlagen. Trotzdem soll die Unterweser nur in die Kategorie B eingestuft werden. Die Zufahrt zum Lübecker Hafen (ohne Travemünde) mit einem Umschlagvolumen von 5,6 Millionen Tonnen wurde dagegen in der Kategorie A berücksichtigt – ebenso der Seekanal zum Hafen Rostock. Beide Standorte gehören wie Bremen zum europäischen Kernnetz. Kategorie A bedeutet, dass künftig auch ein Ausbau für größere Schiffeinheiten erfolgt.

Die Reform der WSV darf nicht dazu führen, dass das Wasserstraßennetz nicht mehr im dringend notwendigen Maße ausgebaut und instandgehalten wird. Darauf hatte die Handelskammer in einem Schreiben an den Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann, hingewiesen und auf eine Höherstufung der Unterweser in die Kategorie A gedrängt. Auch weiterhin wird sich die Kammer hierfür einsetzen. Denn die Politik ist gefordert, dieses Thema voranzubringen.

Schiffsfinanzierung – für die Zukunft vorsorgen

Am 24. September 2012 hatte die IHK Nord in Hamburg gemeinsam mit den Wirtschafts- und Verkehrsministern der fünf Küstenländer über die derzeit schwierige Situation der deutschen Reeder beraten.

Die Lage auf den Schifffahrtsmärkten bleibt sehr angespannt. Mit einer Erholung rechnen Experten frühestens im zweiten Halbjahr 2014. Die norddeutschen Kammern forderten von Bund und Ländern konkrete Maßnahmen, um die Situation für die Reeder zu erleichtern. So wäre ein stärkeres Engagement der staatlichen KfW-Bank mit



Kranhubschiff für die Offshore-Installation: Areva Wind setzt das Spezialschiff (*Innovation*) ein, um Windenergieanlagen auf hoher See zu transportieren.

Überbrückungskrediten oder Sonderbürgschaften bei der Schiffsfinanzierung ein wichtiger Baustein zur Überwindung der Krise. Zudem stellt die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sehr hohe Ratinganforderungen an Schiffskredite: Banken dürfen derzeit nur einmal für drei Jahre Tilgungsaussetzungen gewähren, sonst bekommen sie selbst Bewertungsprobleme.

Neben einer Änderung der gängigen Bewertungsmethoden für Schiffe muss nach Meinung der Kammern auch die Überschuldungsregelung der Insolvenzordnung verlängert werden. Die derzeitige Vorschrift wurde im Zuge der Finanzkrise 2008 geändert. Sie gilt noch bis Ende 2013. Mit ihr sollte verhindert werden, dass überschuldete Betriebe einen Insolvenzantrag stellen müssen. Voraussetzung ist aber, dass die erfolgreiche Fortführung des Unternehmens den Umständen nach überwiegend wahrscheinlich ist.

Kritik an neuer Wasserschutz-Verordnung

Die IHK Nord hatte im Juni 2012 in einer Stellungnahme das Bundesumweltministerium aufgefordert, die sogenannte „Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen“ (AwSV) zu ändern. Ein neuer Entwurf dieser Verordnung sieht vor, dass die kompletten Flächen von Umschlaganlagen flüssigkeitsdicht hergerichtet werden müssen. Betroffen wären davon auch die Terminals in den Seehäfen. Diese Vorgaben wären vor allem für ältere Umschlaganlagen nur mit großem finanziellem Aufwand zu erfüllen. Experten rechnen mit Umrüstkosten in Höhe von durchschnittlich 20 Millionen Euro pro Terminal. Die IHK Nord drängte darauf, den entsprechenden Paragraphen in dem Entwurf zu streichen, da die Mehrkosten für Altanlagen in keinem Verhältnis zu dem angestrebten Sicherheitsgewinn der Verordnung

stehen. Bislang sind zudem kaum Schadensfälle bekannt. Die neuen Regelungen der Verordnung sollen 2013 in Kraft treten.

Investitionsrahmenplan des Bundes

Die IHK Nord erwartet vom Bund, die in der sogenannten Ahrensburger Liste aufgeführten norddeutschen Verkehrsprojekte vorrangig umzusetzen. In einem Schreiben an den Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann, Ende Januar 2012 drängten die norddeutschen Kammern darauf, dass der Bund einen „Schwerpunkt seewärtige Zufahrten und Hafenhinterlandanbindungen“ in den Investitionsplänen verankert. Hintergrund war ein erster Entwurf des sogenannten Investitionsrahmenplanes 2011 bis 2015 (IRP). Dieser enthält alle Verkehrsprojekte des Bundes, die in diesem Zeitraum weitergebaut werden sollen oder bei denen ein Baubeginn vorgesehen ist. Nach Meinung der norddeutschen Kammern muss sich die Bedeutung der Hinterlandanbindungen der Seehäfen für die exportorientierte deutsche Wirtschaft noch stärker im Investitionsrahmenplan widerspiegeln. Die finale Fassung des IRP sieht jedoch keinen „Schwerpunkt seewärtige Zufahrten und Hafenhinterlandanbindungen“ vor, was im Widerspruch zu den Zielen des Nationalen Hafenkonzeptes steht.

Tiefwasserhafen JadeWeserPort am Start

Am 21. September 2012 wurde der JadeWeserPort in Wilhelmshaven eröffnet. Er wird als deutscher Tiefwasserhafen tideunabhängig auch die größten Containerschiffe der Welt voll beladen abfertigen können. Derzeit sind hierzu weltweit nur wenige Häfen in der Lage. Mit dem JadeWeserPort wurde auf die Größenentwicklung der Containerschiffe reagiert, um in

Deutschland langfristig einen Umschlagplatz für die größten Containerschiffe zu sichern. Er wird im Vollausbau mit einer Umschlagkapazität von jährlich 2,7 Millionen TEU den dritten Platz der deutschen Containerhäfen einnehmen – nach dem Hamburger Hafen mit neun Millionen TEU (2011) und Bremerhaven mit 5,9 Millionen TEU (2011).

Bemerkenswert ist, dass es die regionale Wirtschaft selbst war, die mit einer vor allem durch Unternehmen finanzierten Machbarkeitsstudie diesem Projekt zum Durchbruch verholfen hat. Die Entscheidung für den Bau des Tiefwasserhafens war richtig. Andernfalls würde Norddeutschland angesichts der Schiffsgrößen bald Schwierigkeiten im Wettbewerb mit Rotterdam bekommen. Wenn es zum Beispiel für Schiffe mit großem Tiefgang keine Möglichkeit mehr gäbe, beim Ausbleiben der benötigten Scheitelwelle nach Wilhelmshaven auszuweichen und damit zumindest den Fahrplan zu halten, würde vor allem der Hafen Rotterdam mit seinem tiefen Wasser profitieren.

Den Überlegungen, eine politisch motivierte Aufgabenverteilung der norddeutschen Häfen herbeizuführen, muss aber eine klare Absage erteilt werden. Auf den Ausbau von Unter- und Außenweser sowie auf die geplante Elbvertiefung kann nicht verzichtet werden. Hamburg hat bereits im China-Verkehr ein großes Loco-Aufkommen. Auch die bremischen Häfen haben sich als internationale Top-Adresse beim Hafenumschlag und in der maritimen Logistik fest etabliert. Der JadeWeserPort muss sich seinen Ruf erst noch erarbeiten. Mit Eurogate, Europas führender Container-Terminal- und Logistik-Gruppe, wurde aber ein exzellenter Partner gefunden. Wilhelmshaven, Bremerhaven und Hamburg werden sich in Zukunft hervorragend ergänzen. ◀

Bremer Innenstadt und Stadtteilzentren: Aufwertung mit dem Blick auf das Ganze

➔ Bremen ist eine attraktive Stadt: authentisch, weltoffen, weltweit durch Handelsbeziehungen vernetzt, Oberzentrum im Nordwesten, Stadt am Fluss, Stadt der Wissenschaft und vieles mehr. Aber dieses Selbstverständnis reicht nicht aus, um im Standortwettbewerb um Einwohner, Fachkräfte und Kaufkraft bestehen zu können. Um dem Trend „Zurück in die Innenstädte“ und der Rückbesinnung auf den „Marktplatz Innenstadt“ gerecht zu werden, bedarf es einer Gesamtbetrachtung und Gesamtstrategie. Kein anderer Standort vereint so große Chancen auf sich, wenn man sich die Schnittmenge aus Einzelhandel, Stadtentwicklung und Tourismus vor Augen führt. Es wird aber erheblicher Anstrengungen bedürfen, um die bereits vorhandene Substanz zu ergänzen, neu zusammenzufügen und über Bremen hinaus zu vermarkten.

Die Bremer Innenstadt weist bei der Größe – nur rund 16 Prozent der gesamten Bremer Verkaufsfläche sind dort angesiedelt – und der Qualität der Angebote noch Defizite auf. Die Entwicklung zusätzlicher, städtebaulich attraktiv gestalteter Einzelhandelsflächen im Bereich Ansgaritor ist deshalb ein Schwerpunkt der bremischen Stadtentwicklungs- und Wirtschaftspolitik. Dieser Handlungsdruck wird verstärkt durch die aktuellen Entwicklungen in der Angebotsausweitung an anderen Standorten außerhalb der Innenstadt und in der Region.

Ansgariviertel im Blick – Stellplatzangebot unerlässlich

Für die Entwicklung des Ansgariviertels hat Bremen Leitlinien beschlossen und einen Planaufstellungsbeschluss gefasst. Dieser umfasst im Kern die Grundstücke der Parkgarage am Brill, den Lloydhof, das C&A-Gebäude und die Immobilie Galeria Kaufhof. Aktuell geht es darum, die gewünschte Entwicklung zunächst zumindest auf den Grundstücken Parkhaus Brill und Lloydhof voranzubringen, da die anderen Immobilien zurzeit nicht zur Verfügung stehen. Gerade diese beiden Standorte sind von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Innenstadt, da hier im Vergleich zu den Standorten Galeria Kaufhof und C&A die höchsten Verkaufsflächenzuwächse zu erzielen sind und neue Wegbeziehungen entstehen, die sich auch positiv auf den Bestand auswirken werden.

Um möglichen Investoren klare Rahmenbedingungen bieten zu können, hat der Senat beschlossen, den Lloydhof von der Immobiliertochter des österreichischen Sparkassenverbundes zu erwerben. Im Weiteren werden nun die Voraussetzungen für das Ausschreibungsverfahren geschaffen. Die Handelskammer hat öffentlich darauf hingewiesen, dass in Ergänzung zu den bisherigen Leitlinien schon im Ausschreibungsverfahren ausdrücklich festgeschrieben werden muss, dass die durch die Umnutzung der Brill-Garage wegfallenden bis zu 1.000 Stellplätze in vollem Umfang und möglichst am Standort kompensiert wer-

den. Ein ausreichendes Stellplatzangebot in den Altstadtparkhäusern ist unerlässlich, wenn Bremen dem Ziel gerecht werden will, zusätzliche Besucher in die Innenstadt zu holen.

Neben der hohen Bedeutung des Ansgariviertels dürfen andere Entwicklungsmöglichkeiten im Innenstadtbereich nicht aus den Augen verloren werden. So gilt es beispielsweise, zeitnah den Vorschlag der CDU-Bürgerschaftsfraktion zu prüfen, ob die unteren Geschosse des Parkhauses Mitte Flächenpotenziale zur Ergänzung des zentralen Einzelhandelsstandortes Innenstadt bieten. Die Langenstraße ist zwischen Pressehaus und Marktplatz so vom Verkehr zu befreien, dass sie als Fußgängerzone angenommen wird. Zudem gilt es, die Aufgänge von der Langenstraße zur Oberstraße attraktiver zu machen. Wichtig ist auch, den Straßenraum Am Wall aufzuwerten, um auch hier für eine höhere Aufenthaltsqualität zu sorgen. Ähnliches gilt für die Knochenhauerstraße, Carl-Rönning-Straße und die Kleine Hundestraße.

Gesamtkonzept und Vision erforderlich

Jedoch kann es bei der Betrachtung der Innenstadt nicht nur um das Ansgariviertel und ein neues Shoppingcenter gehen. Die Bremer Innenstadt braucht dringend ein Gesamtkonzept und eine Vision, um ihren städtischen und oberzentralen Funktionen



Die Bremer Innenstadt braucht dringend ein Gesamtkonzept, um ihren städtischen und oberzentralen Funktionen gerecht zu werden.

gerecht zu werden. Baureisort, Wirtschaftsressort und Handelskammer haben sich daher entschlossen, gemeinsam ein Innenstadtkonzept zu entwickeln. Dieses wird gegenwärtig vom Stuttgarter Büro pesch + partner erarbeitet und soll bis zum April 2013 vorliegen. Es soll für die Entwicklung der Innenstadt und der angrenzenden Stadtteile einen neuen Ansatz zur integrativen Entwicklung formulieren, Missstände aufzeigen und Vorschläge für die Nutzung und Gestaltung ungenügend genutzter Flächen erarbeiten sowie umsetzbare Entwicklungsziele definieren.

Beim Innenstadtkonzept wird also das Thema des lebendigen Oberzentrums in seiner ganzen Breite besetzt. Dabei geht es um einen nachhaltigen Ansatz, der auch die Wegbeziehungen zu den angrenzenden Stadtteilen und Quartieren berücksichtigt. Denn die Qualität der Innenstadt wird maßgeblich auch über ihre Eingangsbereiche definiert. Stadtreparatur, Instandhaltung, aber auch die Umsetzung neuer Projekte sind notwendig, um ein positives und schlüssiges Gesamtbild zu bieten. Letztlich kann nur eine gemeinsame Anstrengung von Immobilieneigentümern, Einzelhändlern, Stadtplanung und Politik dazu führen, eine Dynamik zu entfachen, die zu einer Stärkung und Aufwertung des Stadtzentrums führt.

Die bisherige Erarbeitung des Innenstadtkonzeptes erfolgte mit breiter öffentlicher Beteiligung in Form von Symposien,

Workshops und Stadtdialogen. Die mehr als 230 Vorschläge und Projektideen bilden die Basis für den Strukturplan. In diesem Plan werden die wichtigsten Quartiere und Entwicklungsräume sowie Schlüssel- und Einzelprojekte räumlich dargestellt und in den städtebaulich/stadtstrategischen Gesamtkontext eingeordnet.

Stadtteilzentren: Attraktivität und Erreichbarkeit stärken

Mit dem Grundsatzpapier Stadtteilzentren hat die Handelskammer Bremen bereits 2003 auf die besondere Bedeutung der Stadtteilzentren und der wohnortnahen Einkaufslagen in den Stadtquartieren hingewiesen. Die Rolle der Stadtteilzentren als Ergänzungslage zur Innenstadt ist seither noch wichtiger geworden. Schließlich bringt der gesellschaftliche Wandel neue Anforderungen an die Alltagsorganisation mit sich, die dort beantwortet werden müssen, wo die Menschen zum überwiegenden Teil leben. Der Versorgung älter Menschen kommt eine große Bedeutung zu, ebenso der Versorgung der Haushalte, in denen beide Ehepartner berufstätig sind. Beide Gruppen, deren Anteile an der Gesamtbevölkerung weiterzunehmen, bewerten die Lebensqualität ihres Stadtteils gerade auch unter dem Aspekt der Angebote vor Ort.

Stadtteilzentren bieten einen Versorgungsstandort, der nicht nur Handels- und Dienstleistungsunternehmen, sondern auch Arztpraxen, Banken, Versicherungen, Handwerksunternehmen, Gastronomie und so-

ziale Einrichtungen umfasst. Diese Standorte müssen gestärkt und an den Bedürfnissen der Kunden ausgerichtet werden. Die verkehrliche Erreichbarkeit spielt hier eine wichtige Rolle. Diese Kernbotschaft enthält auch der Stadtteilreport Einzelhandel, in dem die Handelskammer die Situation von 14 Stadtteilzentren beschreibt und die statistischen Kennzahlen zusammenfasst. Der Report, der am 14. September 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, benennt zehn Kernforderungen zu den zentralen Geschäftslagen – nicht nur zu den Stadtteilzentren selbst, sondern auch zu den so genannten Nebenzentren und Streulagen des Handels. Der Stadtteilreport Einzelhandel bietet die Chance zu einem neuen Dialog. Zeitgleich mit der Veröffentlichung hat die Handelskammer die bremischen Werbegemeinschaften sowie die Ortsamtsleiter der Stadtteile angeschrieben und für ein Gespräch vor Ort geworben.

Die Geschäftslagen in den Stadtteilen leben in der Regel auch von Kunden, die nicht im Stadtteilzentrum wohnen, sondern mit dem Pkw in das jeweilige Zentrum fahren. Eine ausreichende Zahl von Parkflächen spielt daher für die Funktionsfähigkeit der Handels- und Dienstleistungsunternehmen in den Stadtteilen eine wichtige Rolle. Hier muss der Dialog mit den Beiräten weiter intensiviert werden. Orts-

Schwerpunktthema

politische Entscheidungen müssen unmittelbar mit den Interessenvertretern des Handels abgeglichen werden, wenn es gelingen soll, die Bedeutung der Stadtteile als Handels- und Dienstleistungsstandorte zu erhalten.

Treffen der Werbegemeinschaften

Seit vielen Jahren ist die Handelskammer mit rund 20 Bremer Werbegemeinschaften im Gespräch. So lud sie 2012 zum 19. Treffen der Werbegemeinschaften nach Findorff ein. Der direkte Kontakt in die Stadtteile, aber auch die Vernetzung der Initiativen untereinander, hat im Laufe der vergangenen zehn Jahre wichtige Impulse für die Stadtentwicklung liefern können. Besonders intensiv war beispielsweise die Auseinandersetzung mit dem Modell der Standortgemeinschaften auf gesetzlich verpflichtender Basis (BID Business Improvement Districts). Diese Organisationsform ist in Bremen seit 2006 möglich, nachdem der Senat die entsprechende gesetzliche Grundlage verabschiedet hat. Aus dem Kreis der Werbegemeinschaften entstand schon 2004 eine kleine Initiative, die sich weit vor der Schaffung offizieller Strukturen mit dem BID-Modell beschäftigt hatte.

Mit dem BID im Bremer Ostertor/Steintor ist heute das nach der Zahl der beteiligten Grundstücke größte deutsche BID aktiv. Trotz aller Schwierigkeiten, die sich bei der Umsetzung dieses in Deutschland relativ jungen Themas ergeben, unterstützt die Handelskammer die BID-Initiativen. Sie bot 2012 mehrere Veranstaltungen zu diesem Thema an. Denn einerseits muss das BID-Gesetz reformiert und an neue Erkenntnisse angepasst werden, andererseits strebt mit dem BID Sögestraße erstmals eine der Top Einkaufslagen der Innenstadt die Gründung eines Business Improvement Districts an. Neben dem kleinen BID am Ansgaritorplatz wird sich somit das zweite Innenstadt-BID gründen. Perspektivisch ist die Umsetzung eines BID-Modells auch in der Bremer Neustadt und im Mittelzentrum Vegesack denkbar. Wichtig ist aller-



Lindenhofstraße im Bremer Westen: Stadtteilzentren und wohnortnahe Einkaufslagen in den Stadtquartieren haben eine hohe Bedeutung und müssen gestärkt werden.

dings, dass die Initiative dazu nicht aus der Verwaltung, sondern von den Unternehmern und Bürgern des jeweiligen Ortsteils selbst kommt.

Bremen braucht ein attraktives Zentrum, ist aber auch darauf angewiesen, lebendige und lebenswerte Stadtteile zu erhalten und zu stärken. Insofern gehört die urbane Lebendigkeit in Gröpelingen ebenso zum Stadtbild wie die Attraktivität der 1A-Einkaufslagen im Zentrum. In diesem Sinne ist die Stadtentwicklung eine Gemeinschaftsaufgabe von Politik, Verwaltung, Unternehmen, Stadtteilinitiativen, engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie der Handelskammer.



Die Handelskammer veröffentlichte 2012 den Stadtteilreport Einzelhandel; er bietet die Chance zu einem neuen Dialog.

Forum Stadtentwicklung: Bremerhaven als Arbeitsstätte und Wohnort

➔ In das Thema der Stadtentwicklung ist in Bremerhaven neuer Schwung gekommen. Dass der Wirtschaft die Stadtentwicklung nicht gleichgültig sein kann, liegt auf der Hand. Die Unternehmen sind auf ein positives Umfeld angewiesen, in dem sie sich entwickeln können. In Zeiten des sich zuspitzenden Fachkräftebedarfs wächst die Bedeutung eines positiven Umfeldes zusätzlich unter dem Aspekt, dass qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewonnen und gehalten werden müssen. In Bremerhaven wurde das Thema Stadtentwicklung nach dem Eindruck der regionalen Wirtschaft lange Zeit eher stiefmütterlich behandelt: Der letzte Stadtentwicklungsplan der Kommune stammt aus dem Jahr 1960. Doch 2011 und 2012 ist klar erkennbar neuer Schwung in dieses Thema gekommen.

2012 konstituierte sich das Forum Stadtentwicklung. Dessen Träger sind neben der IHK Bremerhaven die Architektenkammer und das Stadtplanungsamt sowie die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS), deren Geschäftsführer Nils Schnorrenberger Mitglied der IHK-Vollversammlung ist. Ausdrücklich wollen die Akteure nicht hinter verschlossenen Türen über die Stadtentwicklung Bremerhavens nachdenken, sondern die Bevölkerung an diesem Pro-

zess intensiv beteiligen. Folgerichtig war die Auftaktveranstaltung des Forums im September 2012 öffentlich und stieß auf eine große Resonanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die Folgeveranstaltungen sollen ebenfalls öffentlich sein und auf diese Weise auch das Identifikationsgefühl der Menschen mit ihrer Stadt erhöhen.

Immer weniger Arbeitnehmer wohnen in der Stadt

Das Konzept des Forums Stadtentwicklung beinhaltet, dass alle zwei Monate ein neuer Themenbereich innerhalb der Stadtentwicklungsfragen behandelt wird. Die Auftaktveranstaltung befasste sich mit dem Thema Wohnen. Weitere Themenkomplexe werden sein: Mobilität/Verkehr, Einzelhandel/Innenstadt, Wirtschaft/Industrie, Freiflächen/Freiraum und Freizeit/Kultur/Bildung. Mit Hilfe der Wissenschaft soll jede der Veranstaltungen in konkrete Handlungsempfehlungen münden. Diese werden alle drei Jahre evaluiert. Die Vielschichtigkeit des Stadtentwicklungsprozesses soll im Folgenden anhand des Themas Wohnen illustriert werden.

Bremerhaven profitiert zurzeit von der so genannten Energiewende und vor allem von der Offshore-Windenergie. Diese soll in der Bundesrepublik beim Voranbringen der erneuerbaren Energien eine Schlüsselposition einnehmen. Davon wird Bremerhaven als Wirtschaftsstandort profitieren. Aktuell entwickelt sich die Seestadt immer mehr zu

einem europäischen Kompetenzzentrum für das Offshore-Segment. Für die Stadtentwicklung stellt sich die spannende Frage, ob Bremerhaven aus dem Offshore-Trend nicht nur als Heimat unterschiedlicher Unternehmen und Institutionen und zugleich als Arbeitsstätte einen Nutzen ziehen kann, sondern auch als Wohnort. Allerdings bestehen hier offenbar große Mängel, die die Stadtentwicklung und ihren künftigen Kurs unmittelbar betreffen. Tatsache ist, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in der jüngeren Vergangenheit stark gewachsen ist. Allein zwischen 2005 und 2010 wurden rund 4.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Allerdings wohnen parallel dazu immer weniger in Bremerhaven arbeitende Menschen in dieser Stadt.

Das Gewos-Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung mit Hauptsitz in Hamburg hat sich 2012 der genannten Frage angenommen und interessante Ergebnisse zu Tage gefördert. Für die im April 2012 veröffentlichte Studie „Offshore-Windenergie: Chance für den Wohnstandort Bremerhaven“ befragten die Gewos-Wissenschaftler unter anderem mehr als 300 Personen, die in den vergangenen drei Jahren in Bre-



Die Offshore-Industrie bringt viele neue Arbeitsplätze nach Bremerhaven; als Wohnstandort aber muss die Seestadt noch deutlich attraktiver werden.

merhavener Firmen Beschäftigungsverhältnisse aufgenommen haben. Der Schwerpunkt lag bei den Unternehmen der Offshore-Branche; zusätzlich wurden andere relevante Branchen berücksichtigt.

Hohe Umzugsneigung der Beschäftigten

Diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurden zu ihrer Einstellung zur Stadt Bremerhaven und ihrer aktuellen Wohnsituation interviewt. Dabei ergab sich, dass lediglich 52 Prozent der Befragten nach Bremerhaven gezogen sind. Von diesen zeigen sich 40 Prozent unzufrieden oder sehr unzufrieden mit dem Wohnort Bremerhaven. Das ist ein überdurchschnittlich nega-

tives Urteil. Aber auch die Zufriedenheit mit dem persönlichen Wohnumfeld und der eigenen Wohnung fällt deutlich schlechter aus als bei Bewohnern von Haushalten außerhalb Bremerhavens. Wenig überraschend ist es da, dass 40 Prozent der Befragten eine hohe Umzugsneigung verspüren: Die eine Hälfte dieses Personenkreises würde sich gerne innerhalb Bremerhavens wohnlich umorientieren, die andere am liebsten aus Bremerhaven wegziehen. Der Gewos-Studie zufolge lassen sich insbesondere einkommensstarke Haushalte nur schwer in Bremerhaven halten. Als besonders reizvoll erweisen sich dagegen die umliegenden niedersächsischen Gemeinden Loxstedt, Schiffdorf und Langen.



Das Gewos-Institut hat die Wohnsituation in Bremerhaven untersucht und empfiehlt eine wohnungspolitische Offensive. Bis 2017 sollten 150 Einfamilienhäuser und 230 Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern gebaut werden.

Diese Kommunen sind gegenwärtig die hauptsächlichen Nutznießer des gestärkten Arbeitsplatzangebotes in Bremerhaven. Darüber hinaus spielen hier die engen Wanderungsverflechtungen Bremerhavens mit den Städten Cuxhaven, Bremen und Hamburg eine Rolle.

Die Gewos-Wissenschaftler gingen der Frage nach, was die Unzufriedenheit und Unattraktivität der Seestadt verursacht. Die Befragten kritisieren ein abschreckendes Erscheinungsbild von Teilen der Stadt in Form von leerstehenden Wohnhäusern und Geschäften. Das Problem der „Schrott-Immobilien“ insbesondere im Stadtteil Lehe und in Teilbereichen des Stadtteils Geestemünde darf dabei nicht unterschätzt werden, weil es die Außenwahrnehmung Bremerhavens negativ belastet. Ebenso werden Defizite im gastronomischen Angebot, bei den Freizeitmöglichkeiten, im kulturellen Bereich und bei den Schulen beklagt.

Qualitative Neubau-Offensive

Die Gewos-Untersuchung enthält jedoch auch manche Aspekte, die die Bremerhavener Wirtschaft und die für die Stadtentwicklung Verantwortlichen erfreuen können. So wird eine auffällige Verlangsamung des Bevölkerungsverlustes ebenso betont wie ein Plus bei der Zahl und dem Anteil verhältnismäßig junger Erwachsener im Alter von 18 bis 30 Jahren an der Wohnbevölkerung. Insgesamt verläuft die Bevölkerungsentwicklung positiver als von mehreren Seiten in der Vergangenheit prognostiziert worden war.

Ferner wird konstatiert, dass sich 44 Prozent der im Landkreis Cuxhaven lebenden Einpendler grundsätzlich einen Umzug nach Bremerhaven vorstellen können –

auch das ist eine gute Nachricht für Bremerhaven. Vorausgesetzt wird aber ein attraktives Wohnangebot. In erster Linie würden die jetzigen Einpendler und potenziellen Bremerhavener Bürger entweder ein Eigenheim oder eine Mietwohnung in einer Größe zwischen 70 und 90 Quadratmetern bevorzugen. Erwartet wird eine ruhige Lage im Grünen und das in einem sozial verträglichen und sicheren Rahmen.

Diese Erwartungshaltung kollidiert zurzeit mit dem Angebot an Wohnraum in Bremerhaven. Zum Beispiel kann das Segment der Ein- und Zweifamilienhäuser durchaus als groß bezeichnet werden. Doch handelt es sich überwiegend um Immobilien entweder im preisgünstigen oder eher gehobenen Bereich. Als weiteres Problem benennen die Gewos-Wissenschaftler, dass ein Großteil der angebotenen Wohnungen unmodernisiert sind. Eine Ausnahme stellt hier der Bestand der Wohnungsunternehmen dar. Die Gewos-Studie sieht einen Bedarf von 150 Einfamilienhäusern und 230 Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern bis 2017 und empfiehlt eine qualitative Neubau-Offensive. Entsprechende Flächen sind in der Stadt in ausreichendem Maße vorhanden. Beim Stadtplanungsamt ist von 100 freien Bauflächen in verschiedenen Lagen die Rede.

Havenwelten: Subzentren dürfen nicht leiden

Das Beispiel Wohnen zeigt, wie vernetzt und nachhaltig bei der Stadtentwicklung vorgegangen werden muss. Unterschiedliche Bereiche werden berührt und müssen beeinflusst werden, damit der Umgestaltungsprozess gelingen kann. Eine erfolgreiche Stadtentwicklung ist besonders eng mit der Situation des Einzelhandels verknüpft. In Bremerhaven haben sich die Werbegemeinschaften unter dem Dach der Marketinginitiative der Bremerhavener Quartiere (MBQ) zusammengeschlossen. Sie ver-

tritt die Interessen von rund 750 Einzelhandels-Unternehmern und sieht sich als wichtiger Ansprechpartner für die Politik. Die MBQ fordert im Sinne einer positiven Stadtentwicklung ein professionelles Gesamtmarketing für die Stadt, an dem die Tourismuswirtschaft und der Handel gleichermaßen mitwirken müssen.

Die Industrie- und Handelskammer, deren Vizepräsident Stephan Schulze-Aissen Mitglied des MBQ-Sprecherrates ist, unterstützt dieses Anliegen des Handels. Der IHK und der MBQ ist gleichermaßen daran gelegen, dass das touristische Resort Havenwelten am Alten und Neuen Hafen nicht zu einer Schwächung der von der Innenstadt weiter entfernt liegenden Stadtteile führt. Die Havenwelten haben die bundesweite Bekanntheit Bremerhavens enorm erhöht und zu großen touristischen Impulsen geführt. Dennoch ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass die Subzentren in den anderen Stadtteilen in Mitleidenschaft gezogen werden könnten.

2012 wurden vom Magistrat Maßnahmen ergriffen, die den Stadtteil Geestemünde und das Quartier rund um die Alte Bürger besser an die Havenwelten anbinden sollen. Ein erstes Gutachten wurde im Juni in Auftrag gegeben. Außerdem soll in einem zweiten Gutachten geprüft und bewertet werden, wie im Stadtteil Wulsdorf das Gebiet an der Sportanlage besser an das Stadtteilzentrum angebunden werden kann. Die IHK und die MBQ halten diese Maßnahmen für den richtigen Weg. Die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven wird sich am Thema der Stadtentwicklung auch künftig beteiligen und im Dialog und Austausch mit der regionalen Wirtschaft ihren Sachverstand einbringen. ◀

Leistungsbilanzen Bremen_Bremerhaven

Standortpolitik, Häfen, Verkehr

Bremen

Metropolregion stellt sich künftigen Herausforderungen

Im Schulterschluss mit den nordwestdeutschen Industrie- und Handelskammern setzt sich die Handelskammer Bremen dafür ein, dass sich die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten als Organisation noch stärker den strukturpolitischen Zukunftsherausforderungen stellt und ihre Cluster konzentriert weiterentwickelt. Daneben sind eine wirksame Europastrategie, ein wahrnehmbares Regionalmarketing, die Unterstützung nachhaltigen und auf Innovationen setzenden Wirtschaftswachstums sowie weitere Impulse für die Fachkräftesicherung in den unterschiedlichen Branchen der Nordwestregion nötig.

Um hier voranzukommen, hat die Metropolregion ihre Geschäftsstelle mit einer hauptamtlichen Geschäftsführerin besetzt. Neue programmatische Ansätze soll eine gemeinsam von der Metropolregion und dem Förderverein „Wirtschaft pro Metropolregion“ beim Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut HWWI in Auftrag gegebene Strategie-Studie liefern, die im Frühjahr 2013 vorgestellt werden soll. Zum neuen Vorsitzenden des Fördervereins wurde im Oktober 2012 Handelskammer-Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger gewählt.

Ein Erfolg war die sehr gut besuchte zweite Regionalkonferenz Logistik am 26. Januar 2012 in Wilhelmshaven zum Thema Green Logistics. Erfreulich war auch der

Start der European Medical School in Oldenburg am 1. Oktober 2012. Humanmedizinische Fakultät und Universitäts-Klinikum sind ein Leuchtturmprojekt für die Gesundheitswirtschaft der Nordwestregion.

Institut für maritimes Recht – Am 14. August 2012 gründeten Vertreter der maritimen Wirtschaft, aus Politik und Wissenschaft in der Handelskammer Bremen einen Forschungsverbund für maritimes Recht. Das Netzwerk soll die in der Metropolregion Nordwest vorhandenen Kompetenzen in Wissenschaft und Praxis bündeln, um die bestehenden Lücken auf dem Ausbildungs- und Forschungsgebiet „Internationales See- und Seehandelsrecht“ zu schließen. Zu den Gründungsmitgliedern des Vereins, der den Forschungsverbund trägt, gehört neben dem Bremer Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, dem Bremer Rhederverein und der Bremischen Hafenvertretung auch die Handelskammer Bremen. In dem Netzwerk arbeiten die Universität Bremen, die Jacobs University Bremen, die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven sowie das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung und das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik zusammen. Die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und die Hochschule Elsfleth haben ihre Mitwirkung zugesagt.

Bremen-Nord braucht auf Zukunft ausgerichtete Wirtschaftspolitik

Für Bremen-Nord ist eine engagierte und auf die Zukunft ausgerichtete Wirtschafts- und Strukturpolitik wichtig. Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen Wirtschaftskraft, Arbeitsplatzbesatz und Entwicklung der Wohnbevölkerung. Mehr als andere Regionen ist Bremen-Nord daher auf Impulse zur Steigerung seiner Standortattraktivität, zur Stärkung der Innovations-

und Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze angewiesen. Erfreulich ist, dass Bürgermeister Jens Böhrnsen zwischenzeitlich nicht nur einen ständigen Arbeitskreis zu den wichtigsten Zukunftsfragen für Bremen-Nord eingerichtet hat, sondern ganz konkret auch die Zielmarke von 6.000 neuen Arbeitsplätzen vorgegeben hat.

Aus Kammersicht ist dies der richtige Ansatz, der Entwicklung Bremen-Nords positive Impulse zu verleihen, indem Wertschöpfung und Einkommensentstehung vor Ort massiv gestärkt werden. Um diese Position zu untermauern, hat die Handelskammer eine Unterschriftenaktion in der Bremen-Norder Unternehmerschaft vorgenommen. Die Resonanz war groß, rund 300 Angeschriebene aller Branchen und aus allen Ortsteilen mit zusammen etwa 9.000 Beschäftigten haben die Forderungen der Handelskammer beispielsweise nach einer wirtschaftsfreundlichen Neuausrichtung der Bauleitplanung für Bremen-Nord bestätigt. Gestärkt durch dieses Votum und eine begleitende Resolution ihres Plenums setzt sich die Handelskammer für mehr Wirtschaftsorientierung in der Verwaltung, bessere Rahmenbedingungen und die Durchsetzung standortortstärkender Maßnahmen im Zuge einer dringend notwendigen Gesamtstrategie ein. Hierzu gehört insbesondere auch, das BWK-Gelände als zukunftsfähigen Industriestandort am seeschifftiefen Wasser zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die Handelskammer fordert zudem – und wird hierin vom Wirtschaftsressort unterstützt –, dass dieses Areal vollständig aus dem geplanten Wasserschutzgebiet ausgenommen wird. Der gesamte Forderungskatalog wurde Bürgermeister

Überseestadt mit
Hafenhochhaus: Das
Quartier wächst weiter
und entwickelt sich
rasant.



Böhrnsen am 4. Dezember 2012 auf einem Dialog-Forum vorgestellt. Gemeinsam wurde verabredet, die notwendige Strategiediskussion zu intensivieren, um den Standort Bremen-Nord in Verantwortung für die Unternehmen, die Beschäftigten und die gesamte Region voranzubringen.

Überseestadt wächst dynamisch

Die Überseestadt bleibt Bremens spannendstes Entwicklungsgebiet. Sie trägt mit ihrer Vielfalt und Dynamik maßgeblich zur Profilierung des Wirtschaftsstandortes Bremen bei. 2012 wurde eine Vielzahl von Projekten realisiert oder neu angeschoben. So entstehen derzeit in direkter Nachbarschaft zum Weser Tower ein Vier-Sterne-Superior-Hotel und ein Varieté-Theater. Mit dem nahe gelegenen Zollhaus ist bereits im Frühjahr 2012 ein Hotelprojekt an den Markt gegangen. Ein weiteres Hotel wird mit dem Porthotel am Überseetor folgen.

Im Bereich des ehemaligen Weserbahnhofes entsteht das Objekt „An der Weserkaje“. Auf einer Fläche von mehr als 10.000 Quadratmetern werden die Gebäude Luv und Lee nebst einem Parkhaus errichtet. Am Kopf des Europahafens wird das Gesundheitszentrum „Arztquartier Überseestadt“ mit einer Gesamtfläche von 5.200 Quadratmetern entwickelt. Ergänzt wird es durch ein 3.500 Quadratmeter großes Bürogebäude. Nach seinem Umbau bietet das ehemalige Hafenzugangsbauwerk Schuppen 1 auf 35.000 Quadratmetern Platz für einen neuen Nutzungsmix. Ein Zentrum für historische Automobile sowie Sportangebote treffen auf Flächen für Wohnen, Büro und Gastronomie. Seit September 2012 wird nördlich der Konsul-Smidt-Straße an einem neuen Bürogebäude mit rund 5.200 Quadratmetern Nutzfläche gebaut, in das das Hauptzollamt Bremen einziehen wird.

Direkt an der Promenade am Weserufer, zwischen dem Überseepark und dem neuen Kommodore-Johnson-Boulevard, entstehen bis Juli 2013 in zwei Gebäuden insgesamt 45 hochwertig ausgestattete Eigentumswohnungen mit Weserblick. Weiter in

Richtung des historischen Molenturmes werden fünf Mehrfamilienhäuser mit rund 100 Wohnungen, an der Hafenkante auf einem 6.000 Quadratmeter großen Teilgrundstück fünf Mehrfamilienhäuser gebaut, davon eines mit zwei Gewerbeflächen im Erdgeschoss.

Die ansässigen, hafenauffinen Industrie- und Umschlagsunternehmen haben einen Beitrag zur positiven Entwicklung geleistet, indem sie mit den neuen Nachbarn auf den gemischt genutzten Arealen im Bereich des Europahafens und der Hafenkante Vereinbarungen für eine konfliktfreie Koexistenz getroffen haben. Der Holz- und Fabrikenhafen mit seinen unterschiedlichen umschlagsintensiven Nutzungen sowie das Gebiet der Stromkaje rund um Kellogg's und Reismühle stellen intakte, industrie-nahe Hafengebiete dar. Die Stadt ist in der Pflicht, das Nebeneinander vorhandener Industrieunternehmen und heranrückender neuer Nutzungen planungsrechtlich so zu sichern, dass es konfliktfrei bleibt.

Überregionale Verkehrsprojekte

A 1 – Die Autobahn A 1 (Hansalinie) ist eine der meistbefahrenen Strecken in Deutschland mit einem außerordentlich hohen Güterverkehrsanteil. Bei einem Unternehmerforum im November 2000 in Vechta wurde deutlich, dass sich durch die Überlastung der Autobahn die Standortqualität für die Unternehmen entlang der A 1 zusehends verschlechtert und ein sechsstreifiger Ausbau dringend notwendig war. Daraufhin hatte die Handelskammer gemeinsam mit anderen betroffenen Industrie- und Handelskammern auf einem Parlamentarischen Abendsim April 2001 vorgeschlagen, zur Beschleunigung des Ausbaus der Hansalinie zwischen Bremen und Hamburg eine Finanzierung über die dort anfallende Lkw-Maut zu prüfen. Diese Idee wurde auf einer Bereisung im Mai 2001 durch die damalige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Angelika Mertens, und im August 2001 durch eine Expertenrunde in der Handelskammer konkretisiert. Weitere Aktivitäten folgten und im Februar 2002 wur-

de die A 1 zwischen dem Autobahndreieck Buchholz und dem Bremer Kreuz als Pilotprojekt für das „A-Modell“ (Betriebsmodell für den mehrstreifigen Autobahnausbau) benannt und in den Bundesverkehrswegeplan 2003 aufgenommen.

Offizieller Baubeginn war am 21. November 2008. Insgesamt wurden rund 72 Kilometer Autobahn auf drei Fahrspuren je Richtung ausgebaut. Die offizielle Verkehrsfreigabe war am 11. Oktober 2012 – rund drei Monate früher als vorgesehen. Aktuell setzt sich die Handelskammer dafür ein, dass nach den positiven Erfahrungen mit einem privatfinanzierten Autobahnausbau auch der durchgehende sechsstreifige Ausbau in Richtung Ruhrgebiet mit einem solchen Modell schnell umgesetzt wird. Hierzu fand am 19. Dezember 2012 ein Gespräch zwischen betroffenen IHKn und dem nordrhein-westfälischen Verkehrsminister Michael Groschek in Düsseldorf statt.

A 281 – Die Handelskammer Bremen hat am Runden Tisch zur A 281 an einem Kompromiss mitgearbeitet, um die Anbindung an die A 1 voranzubringen. Die auf Grundlage dieses Kompromisses entstandene Verständigung zwischen der Stadt Bremen und dem Bundesverkehrsministerium über die Trassenführung des Bauabschnitts 2/2 der A 281 (Autobahnzubringer Arsten) und die jeweiligen Finanzierungsanteile begrüßt die Handelskammer. Mit der „Variante 4 Süd optimiert/modifiziert“ herrscht nun Klarheit über die grundsätzliche Umsetzbarkeit der am Runden Tisch entwickelten Trassenführung. Diese erfüllt die zentralen Anforderungen an eine möglichst zügig zu realisierende, anwohnerverträgliche und zugleich leistungsfähige ampelfreie Autobahnanbindung an den Zubringer Arsten. Sie stellt eine Lösung dar, die den Interessen von öffentlicher Hand, Unternehmen, Arbeitnehmern und Anliegern gleichermaßen entgegenkommt. Da das empfohlene Trassenkonzept größtenteils außerhalb des vorhandenen Straßen-



Hauptbahnhof:
Der Bahnknoten
Bremen ist zum
Engpass geworden.

raums liegt, schafft die Verkehrsführung während der Bauzeit keine unzumutbaren Behinderungen. Zugleich eröffnen sich für die zukünftig stark entlastete Neuenlander Straße und deren angrenzende Quartiere deutlich verbesserte Umfeldsituationen. Die „Variante 4 Süd optimiert/modifiziert“ trägt der überragenden strukturpolitischen Bedeutung eines kompletten Autobahnringes A 281 Rechnung, indem sie eine zügige Realisierung des Wesertunnels (Investorensuche) ermöglicht und den Unternehmen im Güterverkehrszentrum (GVZ) sowie der Airport-Stadt Perspektiven und konkrete Entwicklungsmöglichkeiten am Standort Bremen verschafft. Nach dem einstimmigen Beschluss der Bremischen Bürgerschaft vom 18. Oktober 2012, die Variante „4-Süd modifiziert“ zur Grundlage der weiteren Planungen zu machen, muss es nun darum gehen, schnell eine Baureife herbeizuführen. Ziel muss ein Baubeginn innerhalb der nächsten zwei Jahre sein.

A 20 – Die A 20 (früher A 22) ist ein wichtiger Baustein zur Erschließung Nordwestdeutschlands und verbessert auch die Erreichbarkeit des Unterweser- und Untereberaumes. Derzeit laufen in allen Abschnitten die Entwurfsplanungen. Am weitesten vorangekommen sind die Arbeiten im Bereich Bremervörde. Für diesen Abschnitt wurde am 28. September 2012 das Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Die A 20 in Niedersachsen ist jedoch nur mit der Weiterführung der A 20 in Schleswig-Holstein über die Elbe denkbar. Daher haben Äußerungen der neuen Kieler Regierungskoalition, die A 20 vorerst nur bis zur A 7 weiterführen zu wollen, für erheblichen Widerspruch gesorgt. Damit würde erstmals ein Projekt der sogenannten Ahrensburger Liste aus landespolitischen Gründen zurückgestellt.

Die Handelskammer Bremen hat dies über die IHK Nord zum Anlass genommen, mehr politischen Rückhalt in ganz Norddeutschland für den Bau der A 20 einzufordern. Maßnahmen dieser Größenord-

nung könnten nicht in einzelnen Legislaturperioden geplant und umgesetzt werden. Die Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister der fünf Küstenländer hat sich im September 2012 in Hamburg nochmals deutlich für das Projekt ausgesprochen. Auch hat sich der neue schleswig-holsteinische Ministerpräsident Torsten Albig zur Forcierung der Planung zur Elbquerung – dem Kernstück der A 20 – bekannt. Demnach soll die Planfeststellung innerhalb von vier Jahren erreicht werden.

Engpass beseitigen: Ausbau des Bahnknotens Bremen

Der Bahnknoten Bremen ist für die wachsenden Schienenverkehre aus den Seehäfen Bremerhaven, Bremen, Wilhelmshaven, Brake und Nordenham ein Engpass. Daher wurden verschiedene kleinere, relativ schnell umsetzbare Maßnahmen in dem „Sofortprogramm Seehafenhinterlandverkehr“ definiert. Dazu zählt die Oldenburger Kurve als Verbesserung der Verbindung zwischen der Strecke nach Oldenburg und dem Hauptbahnhof. Nach intensiver Diskussion, in der die Handelskammer nachdrücklich für den Ausbau plädierte, ist diese Maßnahme inzwischen in der Umsetzung. Die zweite wesentliche Ausbaumaßnahme, die Verlängerung des Gleises 1, steht noch aus.

Deutlich ist aber, dass die Zunahme des Schienenhinterlandverkehrs in der Region, der fast komplett durch den Hauptbahnhof Bremen geführt wird, die Wohnbevölkerung zunehmend belastet. Darum müssen neben Lärmschutzmaßnahmen an den Zügen und den Bestandsstrecken auch Möglichkeiten der Umfahrung des Knotens geprüft werden. Derzeit sind entsprechende Machbarkeitsstudien in der Vorbereitung. Realistisch ist eine Umsetzung jedoch allenfalls mittel- bis langfristig. Die Notwendigkeit der Sofortmaßnahmen am Bahnknoten bleibt bestehen. In einem Gesamtkonzept müssen auch die Möglichkeiten des nicht bundeseigenen Schienennetzes in der Region konsequent genutzt werden. Eine ergänzende finanzielle Unterstützung des Bundes für die Sanierung, den Ausbau und die Optimierung des nicht bundesei-

genen Schienennetzes für den Güterverkehr in Nordwestdeutschland ist daher erforderlich.

Kapazität ausbauen: die Y-Strecke Hamburg-Bremen-Hannover

Mittel- bis langfristig sind die Herausforderungen im Schienenhinterlandverkehr nicht ohne eine Kapazitätserweiterung der Hauptstrecken ins Hinterland zu meistern. Zentrales Schienenprojekt ist die Y-Trasse Hamburg-Bremen-Hannover. Das Projekt ist in den vergangenen Jahren vorangekommen, die Planungen laufen. Gleichzeitig ist das Projekt, das bislang in Hannover enden sollte, um eine Verlängerung bis Lehrte ergänzt worden. Damit wird eine Engpass-situation im Knoten Hannover vermieden. Allerdings hat sich zweifellos das Ziel des Projektes von einer Hochgeschwindigkeitsstrecke für den Personenverkehr zu einem Vorhaben für den Hafenhinterlandverkehr maßgeblich verändert. Derzeit prüft die DB AG im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums erneut verschiedene Varianten (Ausbau Bestandsstrecken, neue Trassierung als reine Güterverkehrsstrecke, „Nullvariante“). Die Ergebnisse sollen Anfang 2013 veröffentlicht werden. Entscheidend ist aus Sicht der Handelskammer, dass ein Streckenkonzept erstellt wird, das finanziell realistisch, kommunizierbar, bedarfsgerecht umsetzbar und insbesondere für den Güterverkehr leistungsfähig ist.

Weseranpassung: Wettbewerbsfähigkeit stärken

Mit der Vertiefung der Fahrwinne der Außenweser bis Bremerhaven um circa einen Meter soll sogenannten Post-Panmax-Schiffen mit einem Ladevolumen von rund 8.000 Standardcontainereinheiten die tideunabhängige Fahrt zum Containerterminal Bremerhaven ermöglicht werden. Gleichzeitig können auch die tidebedingten Wartezeiten noch größerer Containerschiffe verringert werden. Dadurch wird die Erreich-



Die Handelskammer plädiert für den Einsatz von Lang-Lkw: Präses Otto Lamotte (Bildmitte) mit den Hellmann-Chefs Kai Hasenpusch und Karl Engelhard.

barkeit Bremerhavens der Schiffsgrößenentwicklung im internationalen Containerverkehr angepasst und die Wettbewerbsfähigkeit des Containerhafens Bremerhaven nachhaltig verbessert.

Gleichzeitig soll die Unterweser zwischen Bremerhaven und Bremen um 40 bis 90 cm vertieft werden. Dabei geht es nicht um eine durchgängige Vertiefung, sondern um die Abtragung von Höhengipfeln. Mit dieser Maßnahme soll erreicht werden, dass mit den gleichen Schiffen erheblich mehr Güter transportiert werden können. Die Wettbewerbsfähigkeit der Hafengruppe Bremen und auch der auf eine leistungsfähige und kostengünstige Ver- und Entsorgung angewiesenen hafennahen Industrie kann dadurch spürbar verbessert werden.

Der Planfeststellungsbeschluss für die Maßnahmen wurde bereits am 15. Juli 2011 erlassen. Die Länder Niedersachsen und Bremen haben im Juni 2011 das Einvernehmen erklärt. Gegen die Maßnahme liegen beim zuständigen Bundesverwaltungsgericht mehrere Klagen vor. Einige von ihnen konnten mit einem Ortstermin des zuständigen Berichterstatters einvernehmlich gelöst werden, andere sind noch anhängig. Eine Entscheidung ist nicht vor Frühjahr/Sommer 2013 zu erwarten.

Der Ausbau der Mittelweser zwischen Bremen und Minden ist Bestandteil der Bemühungen zur Förderung der Binnenschifffahrt und zum Ausbau der Kapazitäten im Hinterlandverkehr der bremischen Häfen. Der geplante Ausbau orientiert sich am Großmotorgüterschiff, wobei verkehrliche Einschränkungen zugunsten einer Minimierung der Eingriffe in Kauf genommen werden sollen. Neben den Anpassungen an der Strecke werden auch die Schleusen Dörverden und Minden bedarfsgerecht ausgebaut. Die Binnenschifffahrt sieht die vorgesehenen verkehrlichen Einschränkungen kritisch. Für die Handelskammer ist entscheidend, dass durch den Ausbau auch tatsächlich ein wesentlicher verkehrlicher Nutzen geschaffen wird.

Lang-Lkw: Baustein einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik

Am 1. Januar 2012 hat die Bundesregierung einen bundesweiten Feldversuch für Lang-Lkw gestartet. In der auf fünf Jahre angelegten Testphase soll der Einsatz von Fahrzeugkombinationen mit einer Gesamtlänge bis zu 25,25 Metern im Praxiseinsatz untersucht werden. Eine wissenschaftliche Begleitung des Feldversuchs soll klären, ob und unter welchen Voraussetzungen die Fahrzeuge den Ansprüchen der allgemeinen Sicherheit im Straßenverkehr genügen. Bremen verweigert sich dem Feldversuch bislang vollständig. Lang-Lkw dürfen das Land nicht einmal auf den bremischen Abschnitten der Bundesautobahnen A 1 und A 27 durchqueren.

Nach Ansicht der bremischen Kammern kann der Lang-Lkw für bestimmte Einsatzzwecke auf ausgewählten Strecken ein sinnvoller Baustein einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik sein. Diese Auffassung wird durch konkrete Interessenbekundungen bedeutender bremischer Unternehmen aus der Logistikwirtschaft und der Industrie bestärkt. Dabei wird vorausgesetzt, dass sich ein Einsatz von Lang-Lkw in Bremen ausschließlich auf autobahn-ähnlichen Strecken beschränken würde. Innenstädte und Wohngebiete wären also nicht betroffen. Lang-Lkw würden auf vorgegebenen Strecken gezielt Logistikzentren in Bremen anfahren.

Auf Grundlage der Zusage von Bürgermeister Jens Böhrnsen, eine „pragmatische Lösung“ zu finden, gab es mehrfach Gespräche zwischen den beteiligten Senatsressorts, interessierten Unternehmen und der Handelskammer. Neuen Auftrieb haben die Bemühungen der Handelskammer durch die Öffnung der Strecken zu wichtigen Hamburger Hafen- und Logistikarealen für den Lang-Lkw erhalten. Dies hat die Handelskammer zum Anlass genommen, gemeinsam mit IHKn im niedersächsischen Umland die Freigabe der bremischen Autobahnabschnitte durch das Bundesverkehrsministerium zu fordern und zwar im Sinne eines Lückenschlusses – wie bereits in Baden-Württemberg und Sachsen geschehen. Eine derartige Freigabe im Zuge

der Überarbeitung des Streckennetzes für Lang-Lkw durch das Bundesverkehrsministerium könnte erfolgen, wenn die technische Eignung dieser Autobahnen bestätigt wird. Darauf aufbauend könnten dann per Ausnahmegenehmigungen wichtige bremischer Logistik- und Hafengebiete erreichbar werden.

Verkehrsentwicklungsplan für Bremen

Mit der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) folgt der Senat einer Forderung der Handelskammer nach einem strategischen Gesamtverkehrskonzept, in dem auch der Wirtschaftsverkehr angemessen berücksichtigt wird. Der VEP soll bis zum Frühjahr 2014 vorliegen. Das Wirtschaftsressort, die Handelskammer und der ADAC werden über einen ständigen Projektbeirat fachlich eingebunden. In diesem Beirat sitzen auch Vertreter aller Bürgerchaftsfraktionen sowie des BUND und des ADFC.

Ziel der Handelskammer ist es, dass Standortqualität, Wirtschaftsverkehr und Erreichbarkeit wesentliche Bestandteile des VEPs werden. Der VEP muss sich insbesondere auch Wachstumsthemen widmen: Wachstum der Wohnbevölkerung als bremisches Politikziel, Wachstum im Güterumschlag und im Wirtschaftsverkehr, Wachstum der Beschäftigtenzahlen sowie Wachstum bei Anzahl und Wegelänge für Fahrten zu Stätten von Freizeit und Konsum. Damit diese Themen nicht zu kurz kommen, hat die Handelskammer einen Beteiligungsprozess organisiert, der es den Unternehmen, Verbänden und weiteren Wirtschaftsakteuren ermöglicht, sich kontinuierlich über den VEP zu informieren und in eigenen Unternehmer-Workshops ihre spezifischen Anliegen einzubringen.

Leistungsbilanzen

Airport Bremen: Handelskammer-Protest gegen Flugsteuer

Der Airport Bremen verzeichnete 2012 rückläufige Passagierzahlen: Von Januar bis Oktober wurden rund 5,6 Prozent weniger Fluggäste gezählt. Getrübt wurde das Ergebnis vor allem durch die Einführung der Luftverkehrssteuer, gegen die es starke Proteste aus der Branche gegeben hat. Der Bund hatte 2011 knapp eine Milliarde Euro eingenommen; die Ticketsteuer hat aber der gesamten Luftverkehrswirtschaft sehr geschadet. Aufgrund sinkender Passagierzahlen am Bremer Flughafen hatte sich die Handelskammer im August 2011 an Bundesfinanzstaatssekretär Werner Gatzter gewandt, um ihm die negativen Folgen der Flugsteuer am Beispiel Bremens zu verdeutlichen. Am 2. Februar 2012 trafen sich im Haus Schütting auf Einladung der Handelskammer hochrangige Vertreter der Luftverkehrswirtschaft zu einem Round-Table-Gespräch mit Staatssekretär Gatzter.

Handelskammer-Präsident Lamotte kritisierte die Ticketabgabe: Sie sei ordnungspolitisch problematisch, ökologisch fragwürdig und belaste einseitig Länder und Kommunen. Ralph Beisel, Hauptgeschäftsführer des Flughafenverbandes ADV, wies darauf hin, dass durch die Steuer kleine und mittelgroße Flughäfen wie Bremen, Hahn oder Weeze mit hohem Low-Cost-Anteil im Vergleich zu den Drehkreuzen Frankfurt und München stärker benachteiligt seien. Michael Cawley, Vize-Chef von Ryanair, und Martin Biesel, Bevollmächtigter für Politik bei Air Berlin, beklagten, die Ticketabgabe lasse sich kaum an die Kunden weiterreichen. Staatssekretär Gatzter verteidigte die Flugsteuer mit Verweis auf die Anstrengungen zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes. Am 23. November 2012 hat der Bundesrat in einem Entschließungsantrag die Bundesregierung aufgefordert, die Luftverkehrssteuer noch in dieser Legislaturperiode wieder abzuschaffen.



Der Bremer Flughafen: Eine seiner großen Stärken ist die Nähe zur Innenstadt, in nur elf Minuten gelangt man von dem internationalen Verkehrsflughafen in die Bremer City. Fast 50 Destinationen weltweit stehen zur Wahl.

Info-Veranstaltungen: Themen der Transport- und Logistikwirtschaft

Die Handelskammer Bremen hat 2012 in einer Reihe von Fachveranstaltungen unternehmensstrategische und tagesaktuelle Themen für die Transport- und Logistikwirtschaft präsentiert. Folgende Themen wurden behandelt: Änderungen im Gefahrgutrecht, Neuerungen für Abfalltransporte, Verkehrsleiter/EU-Road Package, Kreditfinanzierungen für die Logistikbranche, Logistik-Apps, Green Logistics, Nachhaltigkeitsstrategien für kleine und mittlere Logistikunternehmen sowie Chancen des Verkehrsträgers Eisenbahn. Die praxisorientierten Veranstaltungen stießen auf eine große Resonanz.



Gesprächsforum
und Kontaktbörse:
das Bremerhavener
Fischessen in Berlin

Bremerhaven

Gewerbesteuerhebesatz für zwei Jahre „eingefroren“

Im März 2012 wurde bekannt, dass der Bremerhavener Gewerbesteuerhebesatz in Höhe von 395 Prozent für zwei Jahre „eingefroren“ wird. Dafür hatte sich vor allem die IHK Bremerhaven eingesetzt, weil andernfalls die regionale Wirtschaft überproportional belastet und der Standortattraktivität geschadet worden wäre. Die Kammer hatte unter anderem damit argumentiert, dass die Höhe der Gewerbesteuerhebesätze in den benachbarten niedersächsischen Kommunen unter denen Bremerhavens liegen: Der entsprechende Satz beträgt zum Beispiel in Schiffdorf 350, in Cuxhaven 365 sowie in Langen, Loxstedt und Beverstedt jeweils 380 Prozent. Den Durchschnitt im gesamten Land Niedersachsen gibt der Niedersächsische Industrie- und Handelskammertag mit 375 Prozent an.

Lage- und Führungszentrum an der Hochschule einzigartig

Im Januar 2012 wurde an der Hochschule Bremerhaven das deutschlandweit einzigartige Lage- und Führungszentrum (LFZ) der Öffentlichkeit vorgestellt. Dem wissenschaftlichen Nachwuchs werden dadurch Übungen mit Szenarien für Katastrophen, schwere Unfälle und Terrorattacken ermöglicht. Die Studierenden können 14 Computerarbeitsplätze nutzen; sieben davon verfügen über jeweils zwei Monitore. Außerdem gibt es mehrere interaktive Projektionsflächen, Telekommunikationsmöglichkeiten und eine unabhängige Stromversorgung. An der Konzeption arbeitete die Bremerhavener Berufsfeuerwehr mit, die – wie die örtliche Polizei und das Harvariekommando in Cuxhaven – Unterrichtsstunden anbietet.

Fischereihafen: neue Informationskampagne gestartet

Zu Ostern 2012 startete der Fisch- und Lebensmittelwirtschaftliche Ausschuss der IHK Bremerhaven eine zeitlich nicht begrenzte Informationskampagne zur Bedeutung des Fischereihafens und der Bremerhavener Fischwirtschaft. Heiko Frisch, Sprecher des IHK-Ausschusses, verwies auf die lange Tradition des Fischereihafens. Er wurde am 14. Oktober 1896 eröffnet und bietet heute mehreren tausend Menschen Beschäftigung. Zu seinen Alleinstellungsmerkmalen gehört, dass in Bremerhaven die gesamte Wertschöpfungskette vorhanden ist – von den unterschiedlichen Zulieferungswegen der Rohware über die Unternehmen der Verarbeitung von Frischfisch und der Tiefkühlproduktion bis zur Vermarktung. Bestandteil der neuen Kampagne war die Fischparty im Schaufenster Fischereihafen. Zum ersten Mal hatte der Ausschuss Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu einem „Fisch-Gipfel“ auf die Hansekogge eingeladen.

Fischessen in Berlin: Gesprächsforum, Kontaktbörse

Auf Einladung der IHK Bremerhaven waren 2012 gut 120 Gäste aus Wirtschaft und Politik in die Bremische Landesvertretung in Berlin zum traditionellen Bremerhavener Fischessen gekommen. Sie nutzten die Veranstaltung als Gesprächsforum und Kontaktbörse für den gesamten Bereich der Lebensmittel- und Fischereipolitik. Nach der Eröffnung durch Staatsrätin und Gastgeberin Eva Quante-Brandt, Leiterin der Bremischen Landesvertretung, sprachen Bremerhavens Oberbürgermeister Melf Grantz und der Bundestagsabgeordnete Hans-Michael Goldmann Grußworte. Goldmann ist Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Anschließend sprach Jürgen Marggraf über die Lage der deutschen Fischwirtschaft an. Der Frost-Geschäftsführer ist Präsident des Bundesmarktverbandes der Fischwirtschaft.

IKEA-Ansiedlungspläne: IHK bewertet das Vorhaben positiv

2012 hat der schwedische Möbelanbieter IKEA angekündigt, sich in Bremerhaven anzusiedeln. Das Präsidium und der Handelsausschuss der IHK Bremerhaven befassten sich intensiv mit diesem Vorhaben und bewerteten es positiv, ähnlich wie der Unternehmerverband Einzelhandel Nordwest. Die Ansiedlungspläne stärken aus Kammer-Sicht den Stadtteil Wulsdorf und sind eine Chance für die gesamte Stadt und ihr Umland. Nach Auffassung der IHK müssen für die ökologischen Fragen, die sich bei dem gewünschten Standort im Gewerbegebiet Bohmsiel ergeben würden, im Dialog mit den Umwelt- und Naturschutzverbänden einvernehmliche Antworten gefunden werden.



Industrie, Innovation, Umwelt

Bremen

Föderale Finanzreform 2019: Workshop der Handelskammern

Am 3. Juli 2012 luden die Handelskammern Bremen und Hamburg zu einem wissenschaftlichen Workshop in das Haus Schütting ein, der die Basis zur Positionierung der beiden Kammern für die föderale Finanzreform 2019 und die Schaffung eines leistungsgerechten Finanzausgleichsystems legen sollte. Dem Workshop folgte ein am 6. Dezember von den beiden Präsidien der Handelskammern verabschiedetes Thesenpapier, das nun in den DIHK eingebracht werden soll, um die Positionierung der IHK-Organisation in diesem für alle Kammern fundamental bedeutsamen Themenfeld voranzubringen. Eine wissenschaftliche Veröffentlichung mit der Dokumentation des Workshops befindet sich in Vorbereitung.

Referenten des Workshops waren hochrangige Wissenschaftler aus Deutschland und der Schweiz: Professor Dr. Charles B. Blankart (Humboldt-Universität zu Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät), Professor Dr. Reiner Eichenberger (Universität Freiburg in der Schweiz, Leiter des Seminars für Finanzwissenschaft am Departement für Volkswirtschaftslehre), Professor Dr. André W. Heinemann (Universität Bremen, Forschungsstelle Finanzpolitik), Professor Dr. Wolfgang Kitterer (ehemals Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln), Professor Dr. jur. Stefan Koriath (Ludwig-Maximilians-Universität München, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Kirchenrecht), Professor Dr. Thomas Lenk (Universität Leipzig, Insti-

tut für Öffentliche Finanzen und Public Management) und Professor Dr. Thomas Straubhaar (HWWI Hamburgisches Welt-Wirtschaftsinstitut). Als weitere Teilnehmer war ein ausgewählter Kreis aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung eingeladen.

Die Kernelemente der facettenreichen Diskussion fasste Dr. Matthias Fonger, Hauptgeschäftsführer und I. Syndicus der Handelskammer Bremen, in sieben Thesen zusammen; sie werden im gemeinsamen Positionspapier der Handelskammern vertieft:

- 1. Anreizorientierung** Ein föderales Finanzsystem soll Quellen der Wertschöpfung pflegen und Wachstumsanreize geben.
- 2. Verantwortungskongruenz** Wer Aufgaben und damit vor allem Ausgaben verursacht, muss für die Kosten verantwortlich sein.
- 3. Transparenz** Die Nachvollziehbarkeit und Transparenz des Finanzsystems zu erhöhen, das heute nur noch von wenigen verstanden wird, muss ein wichtiges Ziel einer zukünftigen Reform sein.
- 4. Dezentralität** Verantwortung und Autonomie auf dezentralen Einheiten so weit wie möglich zu belassen ist der bessere Weg gegenüber Zentralisierung.
- 5. Wettbewerb** Eine Reform muss in Richtung eines maßvollen, aber stärkeren föderalen Wettbewerbs gehen.
- 6. Startgerechtigkeit:** Die Einführung von mehr Wettbewerbselementen leitet unmittelbar zum Thema Altschulden über, da ohne Lösung der Altschuldenproblematik einschließlich der daraus resultierenden Zinsbelastungen keine ausreichende Startgerechtigkeit für die Einführung von mehr Wettbewerbselementen in das Finanzsystem gegeben wäre.

7. Vertikalisierung Um eine klare Trennung von Wachstumsanreizen und Ausgleichsfunktionen zu erreichen, sollte der Finanzausgleich von der horizontalen auf die vertikale Ebene verlagert werden.

Evaluierung der Mittelstandsenquete

Mittelstandspolitik ist Standortpolitik und Gradmesser für die Wirtschaftsfreundlichkeit von Politik und Verwaltung. In den Jahren 2002 bis 2007 hatten deshalb die Handelskammer Bremen, die IHK Bremerhaven, die Unternehmensverbände im Lande Bremen sowie der Wirtschaftssenator gemeinsam mit weiteren Partnern zwei Mittelstandsenquetes erarbeiten lassen. Auf Basis überregionaler Benchmark-Analysen leiteten diese Enquetes wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen ab und schafften damit eine tragfähige Grundlage für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen im Land Bremen.

Angesichts des kontinuierlich härter werdenden Standortwettbewerbs, gleichzeitig aber eines sich in der Wirtschaft verstärkenden Eindrucks, dass der damalige Konsens von der bremischen Politik nicht mehr vollständig mitgetragen wird, wollte die Handelskammer in diesem Politikfeld neue Impulse setzen und die Belange des Mittelstandes wieder deutlich stärker in den Fokus politischer Entscheidungen rücken. Handelskammer, IHK Bremerhaven und Unternehmensverbände haben deshalb im Herbst 2011 gemeinsam eine Evaluation der Mittelstandsenquete Bremen beim Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut gGmbH (HWWI) – Niederlassung Bremen – in Auftrag gegeben. In einer Dis-



(v.l.) Professor Dr. Thomas Straubhaar und das HWWI prüften die Bremer Mittelstandsenquete; Besucher bei der swb zur Langen Nacht der Industrie

kussionsveranstaltung am 8. Mai 2012 im Haus Schütting hat Professor Thomas Straubhaar, Direktor des HWWI, die Ergebnisse vorgestellt. Für das Wirtschaftsressort nahm Staatsrat Dr. Heiner Heseler an dem Podium teil.

In dem in der Studie evaluierten Zeitraum konnten vielfach noch die regionalwirtschaftlichen Früchte früherer Investitionsentscheidungen geerntet werden. Besonders deutlich ist dies in Bremerhaven im Bereich Alter/Neuer Hafen sichtbar. Auch in der Stadt Bremen sind Investitionsentscheidungen der Vergangenheit stabilisierend wirksam geworden – beispielsweise die umfassende städtebauliche Umstrukturierung der Überseestadt sowie die öffentlichen Investitionen in Wissenschaft und Forschung. Mit einer fortgesetzten restriktiven Investitionspolitik wachsen nun die Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandstandorts Bremen. Für die Zukunft bedarf es deshalb wieder einer aktiveren Investitionspolitik.

Die vertiefte Analyse der Umsetzung der einzelnen Empfehlungen zeigt, dass nicht alle Themenfelder der Mittelstandsenquete mit der gleichen Konsequenz verfolgt wurden. Beispielsweise sind im Bereich der Realsteuerhebesätze keine der Empfehlungen (Hebesatzsenkungen bzw. Festschreibung des Hebesatzniveaus) umgesetzt worden. Vielmehr wurde aktuell eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes in der Stadtgemeinde Bremen ab 2014 beschlossen. In anderen Themenfeldern wie Entrepreneurship Education/Venture-Klima, Technologietransfer und Eigenkapitalsicherung sind die Empfehlungen dagegen weitestgehend umgesetzt worden. Insbesondere im Themenfeld Genehmigungsverfahren/Baurecht offenbart die Analyse auch Defizite in der Mittelstandspolitik. Hier ist ein den Empfehlungen der Enquete weitgehend folgender Vorschlag zur Novellierung der Landesbauordnung wieder verworfen worden mit dem Ergebnis, dass die angestrebte Deregulierung ausgesetzt wurde. Insgesamt muss sich die Landespolitik spürbar stärker als bisher auf eine Begleitung der Unternehmen durch die Wirtschaftsförderung fokussieren.

Gewerbesteuererhöhung auf 2014 verschoben

In die Diskussion um die Erhöhung der Gewerbesteuer in Bremen hat sich die Handelskammer mit einer Analyse zur Entwicklung der Hebesatzentwicklung in Vergleichsstädten und Gemeinden sowie der allgemeinen wirtschaftspolitischen Bewertung der Folgen einer Hebesatzhöhung eingeschaltet. Die Analyse hat gezeigt, dass eine Erhöhung des bremischen Gewerbesteuerhebesatzes derzeit weder angezeigt noch vertretbar ist. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes wird geschwächt und kein nachhaltiger Beitrag zur Sanierung des Landes geleistet.

Dennoch hat der Senat eine Erhöhung der Gewerbesteuer beschlossen. Allerdings wurde sie bis 2014 aufgeschoben und der Höhe nach begrenzt. Zugleich hat der Senat zugesagt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch zusätzliche Impulse bei wirtschaftsrelevanten Infrastrukturinvestitionen zu verbessern, wie dies die Handelskammer gefordert hat.

Mit der vom Senat beschlossenen Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 20 auf dann 460 Prozentpunkte rutscht Bremen auf Platz acht im Vergleich der größten deutschen Städte ab. Aktuell belegt Bremen gemeinsam mit Düsseldorf noch Platz fünf im Ranking. Im Vergleich zum niedersächsischen Umland, an dem sich Bremen vor allem messen muss, besteht bereits heute ein deutliches Gefälle von maximal 120 Prozentpunkten weniger. Durch die Erhöhung in Bremen wird dieses Gefälle nun weiter vergrößert.

Bremisches Mindestlohngesetz: Eingriff in die Tarifautonomie

Trotz intensiver Intervention der Handelskammer durch schriftliche und mündliche Ansprache der Bürgerschaftsparteien sowie in einer Anhörung ist das Bremische Landesmindestlohngesetz am 1. September 2012 in Kraft getreten. Handelskammer und IHK Bremerhaven kritisieren das Gesetz als Eingriff in die Tarifautonomie, vor allem aber als standortschädlichen Alleingang, der im Wesentlichen aus den folgenden beiden Gründen nicht akzeptabel ist:

Bremen ist Haushaltsnotlageland und muss deshalb sehr haushälterisch mit seinen finanziellen Mitteln umgehen. Das Gesetz wird indirekt über die Kostenentwicklung bei allen Trägern, die Sozialleistungen erbringen, Mehrforderungen gegenüber dem Haushalt Bremens verursachen. Andere Bundesländer, allen voran die Geberländer im Länderfinanzausgleich, beobachten schon heute die Haushaltspolitik des Landes argwöhnisch. Kostensteigerungen, die auf das bremische Mindestlohngesetz zurückzuführen sind, werden dort auf Unverständnis stoßen.

Ein Alleingang verbietet sich auch aus Gründen des Standortwettbewerbs. Die Wirtschaftsförderung fordert seit Inkrafttreten des Gesetzes von allen Unternehmen, die in irgendeiner Weise eine Förderung in Anspruch nehmen, und sei es auch nur eine Landesbürgerschaft, die Einhaltung des festgesetzten Mindestlohns von 8,50 Euro mit entsprechender Dokumentation. Damit sendet Bremen im Standortwettbewerb die falschen Signale. Bremen baut zusätzliche faktische und bürokratische Hürden auf, die in der Nachbarregion nicht vorgesehen sind. Die Handelskammer hatte deshalb schon das Tariftreue- und Vergabegesetz sehr kritisch gesehen, weil auch dort zu befürchten war, dass der erzeugte bürokratische Aufwand in keinem Verhältnis zu dem steht, was man eigentlich erreichen will.

Blick hinter die Werkstore: Lange Nacht der Industrie

Am 15. November 2012 fand zum vierten Mal in Folge im Land Bremen die „Lange Nacht der Industrie“ statt. Die Handelskammer Bremen und der Arbeitgeberverband Nordmetall haben dazu eingeladen. 15 Unternehmen öffneten ihre Werkstore und boten den Teilnehmern einen Blick hinter die Kulissen der Industriebetriebe. Erstmals waren auch drei Unternehmen aus Bremerhaven beteiligt. An der „Langen Nacht der Industrie“ haben in Bremen ins-



Die Handelskammer Bremen verlieh zum siebten Mal den Schütting-Preis für Innovation im Mittelstand; er zeigt Bremer Exzellenz in großer Vielfalt.

gesamt 600 Interessierte teilgenommen. Sie haben einen Einblick in die Arbeitsprozesse erhalten, Schüler und Studierende lernten Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten kennen. Die besuchten Unternehmen in diesem Jahr: Azul Kaffee, BLG Logistics, Buss Fertigerichte, Daimler AG Mercedes-Benz Werk Bremen, DB Services, Eurogate, Falck Nutec Germany, Ferchau Engineering, Frosta AG, Gestra AG, Hella Fahrzeugkomponenten, Kellogg Manufacturing, Kraft Foods Deutschland, Panalpina Welttransport und swb Vertrieb/Bremen. Aufgrund der sich weiter verfestigenden hohen Nachfrage wird dieses Angebot 2013 fortgesetzt.

Schütting-Preis zeigt bremische Innovationskraft

Mit dem Schütting-Preis für Innovation im Mittelstand wurden 2012 zum siebten Mal exzellente technologische Leistungen Bremer Unternehmen prämiert. Die hochrangig besetzte Jury bewies einmal mehr die gute Zusammenarbeit zwischen Handelskammer und Hochschulen, da, wie in den Vorjahren, die Rektoren der beiden Universitäten und der Hochschule Bremen Mitglieder der Jury waren. Um den mit 15.000 Euro dotierten wichtigsten Bremer Innovationspreis hatten sich 33 Unternehmen beworben.

Der erste Platz ging an die Sikora AG für die Entwicklung eines Messsystems zur berührungslosen Messung von Geschwindigkeiten und Längen während der Produktion von strangförmigen Produkten. Auf die Plätze zwei und drei kamen die OTSD Optimized Traffic System Development GmbH mit der Entwicklung eines Software-Systems zur objektiveren Erfassung der Fluglärmbelastung flughafennaher Gebiete und die Tec Media Services GmbH mit einem IT-System zur Cloud-Archivierung. Auch eine Anerkennung sprach die Jury aus: der Smartwurst GmbH für die Entwicklung eines Wursttoasters. Die Preis-

verleihung fand am 4. Juli im Haus Schütting mit neuer, frischer Gestaltung statt, die die rund 100 Gäste begeisterte.

Task Force „MINT-Initiative“

Auf Anregung der Handelskammer hat sich eine Koordinierungsrunde „MINT-Initiative“ gegründet (MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik). Ihr Ziel ist es, die verschiedenen Angebote der Wirtschaft zur Förderung der MINT-Fächer in Schulen zusammenzuführen. Informationen sollen gebündelt und Aktivitäten koordiniert werden. Gut funktionierende Beispiele sollen im Sinne von best practices ausgetauscht werden. Ziel ist die Erstellung eines Gesamtkonzepts, mit dem die Förderung der MINT-Fächer in Schulen und hier vor allem unterstützende Angebote der Wirtschaft effektiv und nachhaltig wirksam gestaltet werden können. Neben der Handelskammer und Vertretern der Wirtschaft sind an dieser Task Force der Verband Nordmetall, das Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet, mehrere Wissenschaftseinrichtungen, das Landesinstitut für Schule sowie die Senatorin für Bildung und Wissenschaft beteiligt. Derzeit läuft bei Airbus eine mehrteilige Lehrerfortbildung unter dem Motto „Mint für Ing“.

Die richtige Wärme für Unternehmen

Im Zuge des DIHK-Jahresschwerpunktthemas „Energie und Rohstoffe für morgen“ haben die Kammern Bremen und Bremerhaven in Kooperation mit der Klimaschutzagentur energiekonsens die dreiteilige Veranstaltungsreihe „Die richtige Wärme für Ihr Unternehmen?“ angeboten. Themen waren innovative Heizungstechnik und Gebäudedämmung, Energieeffizienz ist ein Wettbewerbsfaktor, Geothermie und Fernwärme sowie Blockheizkraftwerke in Industrie und Gewerbe.

Bremerhaven

Neue Reihe: Standortbestimmungen für die Aquakultur

Im März 2012 startete in Bremerhaven eine vierteilige Veranstaltungsreihe, die im September 2013 enden soll. Sie befasst sich unter dem Titel „Aquaculture Forum Bremerhaven“ mit den zukünftigen Erfordernissen einer nachhaltigen Aquakulturentwicklung in Europa. Hintergrund: In Bremerhaven forschen das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI), die Hochschule Bremerhaven und das Institut für Marine Ressourcen mit dem Zentrum für Aquakultur (ZAF) seit langem auf dem Gebiet der Aquakultur. Das neue Forum und die Veranstaltungsreihe sollen für eine Standortbestimmung und für konkrete Handlungsempfehlungen sorgen. Das Forum wird durch ein hochrangig besetztes wissenschaftliches Programmkomitee inhaltlich vorbereitet und begleitet. Geleitet wird es von dem Fischereibiologen und Meeresforscher Professor Dr. Harald Rosenthal.

Preis Umwelt Unternehmen Nordwest

In dem Wettbewerb um den Preis Umwelt Unternehmen Nordwest, der vom bremischen Umweltsenator ins Leben gerufen wurde, waren zwei Firmen aus Bremerhaven erfolgreich. In der Kategorie Energie siegte die Meereskost GmbH, die für den Betrieb ihrer Produktionsstätte keine fossilen Energieträger mehr braucht. In der Kategorie Partnerschafts-Projekte gewann die Holzhandlung Hermann Ehlers. Dieses Unternehmen überzeugte die Jury unter anderem mit dem Einsatz von zwei Photovoltaikanlagen, einer wassergeführten Pelletheizung, durch intensive Regenwassernutzung und die flächendeckende Verwendung von LED statt Leuchtstofflampen. In der Kategorie Logistik hat das Projekt „Inwest – Intelligente Wechselbrückensteuerung“ der OHB Teledata GmbH aus Bremen einen Preis erhalten. Svenja Hösel, Geschäftsführerin der Kieserling Holding GmbH, überreichte die Auszeichnung: „Wir sind stolz, unseren Preis an dieses rich-



Weil sie für den Betrieb ihrer Produktionsstätte keine fossilen Energieträger mehr braucht, hat die Meereskost GmbH in Bremerhaven in der Kategorie Energie den Preis „preis umwelt unternehmen: Nordwest“ 2012 gewonnen.

Leistungsbilanzen

tungsweisende Logistik-Projekt zu vergeben. Es belegt einmal mehr, welchen guten Beitrag IT- und Satellitentechnik für eine effiziente Logistikkette und damit für den Klimaschutz leisten können.“

wab-Konferenz diskutierte Finanzierungsfragen

Mehr als 200 Finanzierungsexperten aus dem In- und Ausland diskutierten auf einer ganztägigen Veranstaltung der wab Windenergie-Agentur in Bremerhaven Finanzierungsfragen der Offshore-Windindustrie. Die jährliche Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit dem international tätigen Corporate-Finance-Berater Mummert & Company zum dritten Mal ausgerichtet. Experten schätzen den Investitionsbedarf für Offshore-Windenergie in Europa bis zum Jahr 2020 auf bis zu 100 Milliarden Euro. Dazu kommen noch weitere Milliardeninvestitionen für den Bereich der Netze.

Dritter Kongress zu Energie- und Ressourceneffizienz

Energie- und Ressourceneffizienz wird für Unternehmen zunehmend wichtiger. Während des dritten Kongresses zu Energie- und Ressourceneffizienz und Ökonomie im November 2012 beschäftigten sich zahlreiche Experten und Unternehmensvertreter mit der Frage, was Firmen konkret tun können, wo die Potenziale liegen und inwiefern sich Investitionen bezahlt machen. Die Veranstaltung trug den Titel „Energie – Zukunft – Unternehmen“. Zu ihr hatten die gemeinnützige Klimaschutzagentur energiekonsens, die IHK Bremerhaven und die Handelskammer Bremen die Entscheider aus Unternehmen eingeladen. Elf Vertreter von Unternehmen und Referenten berichteten aus ihrer jeweiligen betrieblichen Praxis und gaben den rund 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmern viele Anregungen. Warum Nachhaltigkeit gut für das Geschäft ist, belegten die Unternehmen am eigenen Beispiel. Die ganzheitliche Betrachtung sei bedeutsam, wenn der Betrieb zukunftsfähig aufgestellt werden solle. Die Zusammenfassungen im Internet: www.energieforum12.de.



Nachhaltigkeit ist gut fürs Geschäft. Das zeigt einmal mehr der Kongress zur Energie- und Ressourceneffizienz in Bremerhaven.

Ideen- und Kooperationsbörse zum Klimawandel

Trotz aller Bemühungen zum Klimaschutz wird es Klimaveränderungen geben. Vor diesem Hintergrund fördert das Umweltbundesamt (UBA) ein neues Veranstaltungsformat, auf dem sich Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft austauschen und gemeinsam Ideen und Maßnahmen entwickeln können. „Ideen- und Kooperationsbörsen zur Anpassung an den Klimawandel“ werden zunächst in drei ausgewählten Regionen angeboten; die erste wurde im Oktober 2012 in Bremerhaven veranstaltet.

Zweite Technikmesse im Fischereihafen

Die Firma Strako veranstaltete am 11. Mai 2012 die zweite Technikmesse im Fischereihafen. Die IHK Bremerhaven war mit einem Gemeinschaftsstand mit der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH vertreten. Das Gesprächsangebot wurde gerne angenommen.

Aus- und Weiterbildung

Bremen

Lage auf dem Ausbildungsmarkt

Fachkräfte werden in Deutschland zunehmend gesucht. In immer mehr Regionen und Branchen spüren die Unternehmen schon heute eine deutliche Knappheit auf dem Arbeitsmarkt. Und der demografische Wandel wird dieses Problem weiter verstärken. Bis zum Jahr 2025 werden in Deutschland bis zu 6,5 Millionen Arbeitskräfte weniger zur Verfügung stehen. Gleichzeitig steigt die Nachfrage, weil die Belegschaften älter werden. Auch in Bremen haben schon heute Unternehmen Schwierigkeiten, gute und geeignete Fachkräfte zu finden. Viele Unternehmen steuern dem Trend entgegen und setzen verstärkt auf die Berufsausbildung. Denn die Ausbildung von Jugendlichen ist das zentrale Element der Fachkräftesicherung. Doch auch für Bremer Unternehmen ist es schwieriger geworden, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen.

Die demografische Situation auf dem Ausbildungsmarkt lässt sich durch einen Blick in die Statistiken der Agentur für Arbeit verdeutlichen. So waren dort Ende September 2012 insgesamt nur 146 Lehrstellensuchende gegenüber 268 unbesetzten Stellen gemeldet. Damit besteht, wie schon im Vorjahr, weiterhin ein gutes Angebots-Nachfrageverhältnis zugunsten der Ausbildungsplatzsuchenden. Gleichzeitig hat der Wettbewerb zwischen den Unternehmen zugenommen, genügend Jugendliche für eine Ausbildung zu gewinnen. Sichtbar wird das beispielsweise daran, dass viele Unternehmen immer früher versuchen, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen.

Trotz der für viele Unternehmen unbefriedigenden Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist es 2012 erneut gelungen, die Zahl der bei der Handelskammer Bremen eingetragenen Ausbildungsverhältnisse auf hohem Stand zu halten. Zum Stichtag 31. Oktober 2012 wurden insgesamt 3.427 Ausbildungsverhältnisse eingetragen (Vorjahr: 3.407 Verträge). Das Vorjahresniveau konnte somit um 0,6 Prozent leicht gesteigert werden. Insgesamt waren im Berichtsjahr 8.753 Ausbildungsverträge bei der Handelskammer Bremen registriert (Vorjahr: 8.790 Verträge). Dies sind seit Jahren unverändert hohe Werte, die zeigen dass die Ausbildungsbereitschaft der Bremer Unternehmen nach wie vor konstant hoch ist.

Im Bundesgebiet registrierten die Industrie- und Handelskammern bis Ende Oktober 333.116 neue Ausbildungsverträge. Die Zahl der eingetragenen Ausbildungsverträge ist um 2,0 Prozent zurückgegangen. In Westdeutschland lag der Rückgang bei 1,4 Prozent. Ostdeutschland macht sich vor allem – wie bereits in den Vorjahren – der demografische Wandel bemerkbar; dort wurden 5,3 Prozent weniger Ausbildungsverhältnisse registriert.

Fachkräftemarkt – Die Lage auf dem Fachkräftemarkt hat sich weiter zugespitzt. So viele Unternehmen wie noch nie melden Schwierigkeiten bei der Suche nach geeigneten Fachkräften. Dies betrifft Unternehmen in allen Branchen. Inzwischen wird der Fachkräftengpass zunehmend auch zum Wachstumshemmnis für die Wirtschaft. Seit 2011 ist der Anteil der Unternehmen, die darin ein großes Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Betriebes sehen, stetig gestiegen.

Die duale Berufsausbildung ist für Jugendliche eine sehr gute Möglichkeit, zur

qualifizierten Fachkraft zu werden. Mit einer Ausbildung in Berufsschule und Unternehmen erwerben Jugendliche zugleich theoretische und praktische Kenntnisse und haben damit beste Aussichten auf dem Arbeitsmarkt.

Um Bremen mittelfristig im Wettbewerb um Fachkräfte, Wachstumspotenzial und Innovationsfähigkeit voranzubringen, bedarf es gemeinsamer Kraft und Ideen. Die Handelskammer hat daher mit den Akteuren des regionalen Ausbildungspaktes das Thema Fachkräftesicherung weiter vorangetrieben und gemeinsam mit der Senatskanzlei ein gleichnamiges Forum am 19. Dezember 2012 im Rathaus veranstaltet.

Erneut Spitzenplatz im Bildungsmonitor für berufliche Bildung

Die Entwicklung, die das Bremer Bildungssystem nach Aussage des Bildungsmonitors 2012 genommen hat, stimmt – mit Ausnahme der allgemeinbildenden Schulen – zuversichtlich. Laut der Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) belegt Bremen Rang zwei im Dynamikranking und Rang fünf im Bestandsvergleich der Bildungssysteme der deutschen Bundesländer. Gerade bei der beruflichen Bildung steht Bremen mit dem vierten Platz im Bundesvergleich sehr gut da. So gab es in Bremen im Jahr 2011 die höchste Zahl an verfügbaren betrieblichen Ausbildungsplätzen. Hier zeigt sich, dass sich das Zusammenwirken aller Partner im regionalen Pakt für Ausbildung als echtes Bremer Erfolgsmodell erweist. Großen Nachholbe-



Bremische Bündnispartner
im Rathaus: Der Pakt für
Ausbildung funktioniert
und überzeugt durch neue
Sachlichkeit. Zukunftsauf-
gabe ist jetzt die Fach-
kräftesicherung

darf hat Bremen aber immer noch bei der Bekämpfung von Bildungsarmut und bei der Qualität der Bildung an allgemeinbildenden Schulen. Deshalb mahnt die Handelskammer die Verbesserung des Bremer Bildungssystems an. Besonders die Ressourcen der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen müssen so bemessen sein, dass die Herausforderungen für das bremische Bildungssystem bewältigt werden können. Dabei dürfen die Interessen der allgemeinbildenden Schulen nicht gegen die der berufsbildenden Schulen ausgespielt werden. Auch die sinnvolle Umsetzung des Inklusionsauftrags muss sichergestellt sein. In Gesprächen mit verschiedenen Akteuren im Bildungsbereich, unter anderem mit Bildungsdeputierten der Bremischen Bürgerschaft, mit Vertretern des Vereins der Bremer Schulleitungsvereinigung sowie mit Schulleiternsprechern hat die Handelskammer ihre bildungspolitischen Vorstellungen klar verdeutlicht.

Tag der Ausbildungschance

Alle Fragen rund um das Thema Ausbildung konnten am „Tag der Ausbildungschance“ am 18. Juni 2012 über die Telefon-Hotline der Handelskammer Bremen geklärt werden: Welche IHK-Ausbildungsberufe gibt es? Wie läuft das Bewerbungsverfahren und was erwartet mich in der Ausbildung? Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bremer Ausbildungsbüro des Projekts Ausbildungsinitiative Bremen/Bremerhaven Plus (gefördert vom Europäischen Sozialfonds und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen) sowie des Projekts Passgenaue Vermittlung (gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Europäischen Sozialfonds) informierten die Anrufer ebenfalls über Ausbildungsmöglichkeiten und freie Lehrstellen.

Unternehmen erwarten nichts Außergewöhnliches, aber sie brauchen Auszubildende, die mitdenken und sich im Umgang mit Kunden und Kollegen zu verhalten wissen. Der erste Kontakt ist da entscheidend – wie auch im Vorstellungsgespräch. Dieses und alle ausbildungsrelevanten Themen wurden an den Schulen in Talk-Run-

den besprochen. Die Schülerinnen und Schüler haben sich mit Wirtschaftsjuniorern und den Ausbildungsberatern der Handelskammer über die Anforderungen der Wirtschaft an die Jugendlichen unterhalten und wertvolle Tipps für den Berufseinstieg erhalten. Beteiligt waren folgende Schulen: die Oberschule Helgolander Straße, das Schulzentrum des Sekundarbereichs II Walle, das Schulzentrum Helsinkistraße und die Oberschule Lesum.

Aktuelles aus dem Pakt für Ausbildung

Im Pakt für Ausbildung haben sich die Partner verpflichtet, die Berufsorientierung zu verbessern und den Übergang von der Schule in den Beruf neu zu gestalten. Hierzu zählen die Minimierung der Anzahl von Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, die Verbesserung der Berufsorientierung und Ausbildungsfähigkeit, die verstärkte Integration Jugendlicher mit schlechteren Startchancen in eine Ausbildung, flächendeckende Potenzialanalysen, wie auch die Gewinnung leistungsstarker Jugendlicher für die Ausbildung. Schwerpunkte im Pakt für Ausbildung sind auch die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Ausbildung, die Steigerung der Ausbildungs- und Erwerbsbeteiligung sowie die Verbesserung der Qualität des dualen Ausbildungssystems.

Die Handelskammer Bremen hat am 13. Juni 2012 im Haus Schütting in Kooperation mit dem Bremer und Bremerhavener Aktionsnetzwerk für Alleinerziehende (BAfA) den Workshop „Betriebliche Teilzeitausbildung/-umschulung für Alleinerziehende“ angeboten. Mehr als 70 Interessierte folgten der Einladung, darunter Vertreter aus Unternehmen sowie Multiplikatoren aus Praxis und Politik. Im Fokus der Veranstaltung stand die Frage, inwieweit betriebliche Teilzeitausbildungen und Teilzeitemschulungen geeignet sind, besonders der Zielgruppe der Alleinerziehenden den Abschluss einer Ausbildung zu ermöglichen, und welche Erfahrungen in diesem Bereich bisher existieren. Die Veranstaltung zielte darauf, den Wissenstransfer im Land Bremen zu unterstützen und Ansätze

für eine Ausweitung von Teilzeitausbildungen zu diskutieren. Durch die Vorstellung von guten Praxisbeispielen wurden mögliche Lösungswege aufgezeigt.

Gutes Ergebnis der gemeinsamen Nachvermittlungsaktion

Bei der neunten gemeinsamen Nachvermittlungsaktion der Handelskammer Bremen, der Handwerkskammer Bremen, dem Jobcenter Bremen und der Agentur für Arbeit Bremen am 11. und 12. September 2012 wurde allen teilnehmenden Jugendlichen ein Ausbildungsangebot oder eine Einstiegsqualifizierung angeboten. Zur Nachvermittlungsaktion waren 252 ausbildungswillige und ausbildungsfähige Jugendliche, die bis Anfang September 2012 noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten, in die Agentur für Arbeit Bremen eingeladen worden. Dort wurden in Gesprächen Perspektiven für den weiteren Ausbildungsweg entwickelt. Neben der Handelskammer und der Handwerkskammer Bremen beteiligten sich das Ausbildungsbüro und die Steuerberaterkammer Bremen mit Beratern an dieser Aktion. Alle 112 Jugendlichen, die erschienen waren, erhielten mindestens ein Ausbildungsplatzangebot oder alternativ jeweils ein Angebot zur Einstiegsqualifizierung. 82 Jugendliche hatten im Vorfeld der Nachvermittlungsaktion bereits einen Ausbildungsplatz bekommen, sich abgemeldet oder eine Alternative gefunden.

Messen, Börsen und Aktionen

Elterntag – Der Elterntag, der von der Agentur für Arbeit zusammen mit dem Zentralelternteil Bremen organisiert und in Kooperation mit Schulen, Kammern und Beratungseinrichtungen veranstaltet wird, hat am 21. Januar 2012 stattgefunden. Schüler und ihre Eltern hatten die Möglichkeit, Informationen zur Berufs- und Studienwahl einzuholen.



Ausbildungsbus auf dem Marktplatz, Top Job im Weserpark, Ehrung der Hermann-Leverenz-Stiftung

Top Job – Bereits zum 15. Mal hat am 10. und 11. Februar 2012 die Berufsorientierungsmesse Top Job im Weserpark viele Besucher angezogen. Sie ist eine der führenden Ausbildungsmessen in der Region. Die Messe informiert Jugendliche und Ausbildungsinteressierte über rund 80 Ausbildungsberufe und gibt Tipps für die Bewerbung. Mehr als 30 Aussteller waren vertreten. Interessierte hatten zudem die Gelegenheit, sich direkt bei Bremer Firmen, bei der Handelskammer, der Agentur für Arbeit, der Handwerkskammer und bei öffentlichen Arbeitgebern über Ausbildungsberufe und -plätze zu informieren.

Tag der Technik – Zum Tag der Technik am 15. und 16. Juni 2012 wurden junge Menschen eingeladen, um sie für Technik zu begeistern. Die Veranstaltung im Flughafen Bremen wurde initiiert durch den Bremer Verein Deutscher Ingenieure (VDI) und den Verband der Elektrotechnik in der Region Nord-West (VDE). Die Veranstaltung stand 2012 in Anlehnung an die Modellregion Elektromobilität Bremen/Oldenburg unter dem Motto „Faszination Elektromobilität – zu Lande, zu Wasser und in der Luft.“ Zahlreiche branchenspezifische Firmen und die Handelskammer unterstützten die Veranstaltung, die als interaktive Mitmachausstellung konzipiert ist. Vorgestellt wurde das Internet-Portal www.tecnopedia.de, in dem alle naturwissenschaftlich-technischen Angebote in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten von Unternehmen, Museen, Hochschulen und anderen gebündelt werden.

Job4u – Die Messe job4u Bremen ist die ESF-Bildungsmesse. Erstmals unter Führung des gleichnamigen Vereins hat die Messe am 4. und 5. Mai 2012 in den Messhallen Bremen stattgefunden. Mehr als 80 Aussteller präsentierten hier ihre aktuell zu besetzenden Ausbildungsplätze in mehr als 200 verschiedenen Ausbildungsberufen sowie freie Praktikumsplätze. Da-

rüber hinaus stellten Hochschulen aus dem gesamten Bundesgebiet ihr Studienangebot und sich selbst vor. Führungen von Auszubildenden als Messescouts führten Schüler und Eltern zu den Firmen und Institutionen, so dass darüber hinaus die Möglichkeit bestand, erste Gesprächskontakte zu knüpfen.

Ausbildungsbus – Der job4u-Ausbildungsbus hat am 5. September 2012 auf dem Bremer Marktplatz einen Stopp eingelegt, um einen besonderen Service anzubieten. Unter dem Motto: „Einstieg in eine erfolgreiche Zukunft“ konnten interessierte Jugendliche und zukünftige Auszubildende, die noch keinen Ausbildungsplatz oder ein duales Studium gefunden hatten, alle Fragen rund um das Thema Ausbildung und freie Ausbildungsplätze für das Jahr 2012 klären. Berufs- und Ausbildungsberater der Handelskammer Bremen, der Handwerkskammer Bremen, der Agentur für Arbeit, des Bildungszentrums der Wirtschaft im Unterwesergebiet, des Zentrums für Nachwuchsgewinnung, der Kunsthochschule Wandsbek/Bremen, der BLG Logistics Group und Unternehmensvertreter des job4u e. V. standen den zahlreich erschienenen Besuchern Rede und Antwort.

Partnerschaft Schulen-Unternehmen – Wie können Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen erfolgreich gestaltet werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung am 26. November 2012 in der Handelskammer. Schulen und Unternehmen kooperieren immer häufiger miteinander, denn das hat Vorteile für beide Seiten. Den Schulen gelingt es mit Hilfe der Betriebe besser, ihren Schülern die realen Anforderungen des Berufslebens zu vermitteln und Unternehmen können schon frühzeitig Kontakte zum potenziellen Nachwuchs knüpfen. In der Praxis stehen Schulen und Unternehmen allerdings vor der Frage, wie solche Kooperationen gebildet und umgesetzt werden können. In der Veranstaltung wurden gute Beispiele für Partnerschaften und ein neuer praxisorientierter Leitfaden vorgestellt.

„my first job“ – „my first job“, das Magazin für Ausbildung und Beruf für Bremen, Bremerhaven und umzu hilft Jugendlichen, sich auf die Ausbildung und das Berufsleben vorzubereiten. Es wird zweimal jährlich – im Februar und im September – von der Handelskammer in Kooperation mit dem Weser Report herausgegeben; darin finden sich unter anderem Bewerbungstipps und Beschreibungen von Ausbildungsberufen. Integriert ist auch das Lehrstellenverzeichnis der Handelskammer Bremen.

Stiftungen ehren Auszubildende

Hermann-Leverenz-Stiftung – Die Hermann-Leverenz-Stiftung zeichnete in einer Feiertunde am 19. Oktober 2012 in der Handelskammer 43 junge Kaufleute für hervorragende Leistungen in der Ausbildung aus. Jürgen Roggemann, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Stiftung, übergab die Preise an 26 Kauffrauen und 17 Kaufmänner. Seit ihrer Gründung im Jahre 1965 vergab die Stiftung an insgesamt 1.288 Absolventen Geldpreise mit dem Ziel, die Berufsbildung junger Kaufleute zu fördern. Jürgen Roggemann lobte die überdurchschnittlichen Leistungen der jungen Kaufleute und dankte den Bremer Ausbildungsbetrieben für ihr Engagement. Gleichzeitig wies er auf die sich bereits abzeichnenden Folgen des demografischen Wandels hin. Immer mehr gut ausgebildete Fachkräfte werden gebraucht, um die Bedarfe der Wirtschaft zu decken.

Karl-Nix-Stiftung – Die Karl-Nix-Stiftung ehrte am 9. November 2012 die besten Bremer Absolventen allgemeinbildender Schulen sowie die Prüfungsbesten der Handelskammer Bremen und der Handwerkskammer Bremen. Bei der Auszeichnung, die bereits zum 25. Mal stattfand, wurden 18 junge Menschen mit Preisen bedacht. Die Stiftung fördert die Leistungsbereitschaft junger Menschen und unterstützt gemeinnützige Organisationen.

Siegertypen gesucht und gefunden

Auszubildende, die innovativ, engagiert und kreativ sind, die Außergewöhnliches leisten – solche jungen Menschen sind beim jährlich stattfindenden Wettbewerb „Siegertypen gesucht“ gefragt. Die siegreichen Kandidaten wurden auf einer festlichen Veranstaltung am 3. Dezember 2012 im Schauspielhaus am Goetheplatz in Bremen bekanntgegeben. Mit dem Wettbewerb suchen die Handelskammer Bremen, die IHK Bremerhaven und die Handwerkskammer Bremen Auszubildende, die zusätzlich zu ihrer Ausbildung Besonderes leisten und sich beispielsweise in sozialen Projekten engagieren, andere Mitauszubildende unterstützen oder einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Verbesserung der Unternehmenskultur leisten. Doch nicht nur Leistungen der Auszubildenden, sondern gerade auch die Ausbildungsleistungen der Unternehmen, aus denen die Preisträger kommen, sollen gewürdigt werden. Ohne das Engagement dieser Unternehmen wären die Leistungen der Auszubildenden nicht möglich gewesen. Die Veranstaltung wurde durch die Hermann-Leverenz- und die Karl-Nix-Stiftung, BILD Bremen und Radio Bremen Vier unterstützt.

Bundesbeste aus dem Land Bremen

Die 7. Nationale Besteneuerung in IHK-Berufen unter dem Motto „Unsere bundesbesten Absolventen“ fand am 10. Dezember 2012 in Berlin statt. Festrednerin war Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder. Barbara Schöneberger führte durch den Abend. Von den insgesamt 229 Besten stellte das Land Bremen diesmal zwei Auszubildende: Rebecca Marschalk aus Bremerhaven und Paul Bergner aus Bremen. Rebecca Marschalk absolvierte ihre Ausbildung als Kauffrau für Tourismus und Freizeit in der Klimahaus Betriebsgesellschaft mbH in Bremerhaven. Paul Bergner ist gelernter Bühnenmaler und -plastiker in der Fachrichtung Malerei bei der Theater Bremen GmbH.



Die Preisträger des Wettbewerbs „Siegertypen“ auf der Bühne des Schauspielhauses: Ihr großer sozialer Einsatz wurde belohnt.

Anerkennungsverfahren zur Gleichwertigkeitsfeststellung

Die IHK FOSA (Foreign Skills Approval) ist die zentrale Stelle für die Bewertung und Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen im Bereich der Industrie- und Handelskammern. Sie wurde im Frühjahr 2012 von 77 der 80 deutschen IHKn als eigenständige Körperschaft des öffentlichen Rechts gegründet. Mit dabei sind die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven. Die IHK FOSA soll ein einheitliches und effizientes Verfahren mit hohen Qualitätsstandards zur Gleichwertigkeitsfeststellung gewährleisten und so die Industrie- und Handelskammern bei der Umsetzung des Anerkennungsgesetzes entlasten.

Kern einer Anerkennung ausländischer Qualifikationen nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) ist die Gleichwertigkeitsfeststellung. Die IHK FOSA ist zuständig für alle Anträge, die sich auf IHK-Berufe beziehen. Sie nimmt diese Anträge entgegen, führt die Verfahren durch und stellt offizielle und rechtssichere Gleichwertigkeitsbescheide aus, mit denen sich die Antragsteller auf dem deutschen Arbeitsmarkt bewerben können.

Am 13. April 2012 hat in der Arbeitnehmerkammer Bremen die Veranstaltung „Mehr Anerkennung ermöglichen!“ stattgefunden. Gemeinsam mit dem bundesweiten IQ Netzwerk wurden zahlreiche Gäste und Unternehmen zum neuen Anerkennungsgesetz und auch zur Umsetzung bei der Handelskammer und der IHK FOSA informiert.

Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) weiterhin an der Spitze

Die guten Erfahrungen der Handelskammer in den vergangenen beiden Jahren mit Online-Prüfungen waren so überzeugend, dass seit 2012 die schriftlichen AEVO-Prüfungen ausschließlich online durchgeführt werden. Nach Absprache mit den regionalen Bildungsträgern stehen ausreichend PC-Räume zu Verfügung, um die Prüfungen mit maximal 80 Prüflingen durchzuführen. Damit hat die Handelskammer den ersten Schritt zur Prozessoptimierung im Prüfungsbereich getan.

Die Unternehmen legen bei ihrer Ausbildung viel Wert auf die Qualifikationen ihres Ausbildungspersonals. Das zeigt sich nicht nur in der Qualität der Ausbildung, sondern auch an der Anzahl der Ausbilder-Eignungs-Prüfungen bei der Handelskammer – 2012 wurden erstmals mehr als tausend Prüfungen durchgeführt. Aber nicht nur in diesem Bereich ist die Anzahl der Prüflinge gestiegen. Bei den kaufmännischen Fortbildungsprüfungen steht der/die Geprüfte Wirtschaftsfachwirt/in mit ca. 150 Prüfungen an der Spitze. Diese Fortbildungsprüfung gibt es seit zwei Jahren bei der Handelskammer. Im gewerblich-technischen Bereich ist der/die Industriemeister/in Fachrichtung Metall nach wie vor die Fortbildungsprüfung mit den meisten Prüflingen. Auch hier haben in diesem Jahr ca. 150 Prüflinge bestanden.

Die zukünftigen Fach- und Führungskräfte müssen sich immer neuen Herausforderungen durch veränderte Märkte in einem internationalen Umfeld stellen. Um hier berufliche Handlungskompetenzen zu erlangen, braucht es mehr als nur Fachwis-



Bremen ist 2012 Exzellenzuni geworden und unterstreicht damit seine Forschungsstärke; der Jubel war unschreiblich groß.



Bremerhaven

Fachkraft im Fischhandel: Internet-Fortbildung abgeschlossen

Zwölf Frauen und Männer haben die Internet-Fortbildung zur Fachkraft im Fischhandel beendet. Auf der Fachmesse fish international in Bremen erhielten sie die Zertifikate der IHK Bremerhaven und der Hochschule Bremen. Der Lernstoff dieser Fortbildung bestand aus fünf Themenschwerpunkten: Hygiene, Sensorik, HACCP, kaufmännische Grundlagen, Warenkunde und Kundenorientierung. Insgesamt umfasste die Fortbildung 256 Stunden Lernzeit einschließlich Präsenzzeiten und Testdurchläufe (verteilt auf 30 Stunden). Dieser dritte Durchgang der Fortbildungsmaßnahme wurde erneut mit dem Bundesverband Mobiler Fischhändler durchgeführt.

Bestenheuerung der IHK: 35 Azubi waren erstklassig

799 Auszubildende, darunter 42 Umschüler, haben 2012 im Kammerbezirk der IHK Bremerhaven eine Ausbildung abgeschlossen. 35 von ihnen, also lediglich 4,4 Prozent, erreichten dabei die Note „Sehr gut“: Sie hatten 92 Punkte oder mehr. Während einer Feierstunde der IHK wurden die 25 Besten am Ausbildungsstandort Bremerhaven geehrt. IHK-Präsident Ingo Kramer machte in seiner Ansprache deutlich, dass Stillstand in der beruflichen Weiterbildung schnell zum Rückschritt führen könne. Das Qualifizierungsprofil müsse stets den Anforderungen der Zeit und dem technischen Fortschritt angepasst werden, empfahl er. Nicht nur das Engagement und die Prüfungsergebnisse der Top-Auszubildenden wurden gewürdigt, sondern auch der große Einsatz der Ausbilder und Ausbildungsbetriebe.

sen. Entsprechend muss auch in Prüfungen mehr als nur Fachwissen geprüft werden, und das ist für die Prüferinnen und Prüfer eine komplexe und anspruchsvolle Aufgabe. Die Handelskammer unterstützt ihr Ehrenamt dabei und bietet ihnen während einer vierstündigen Prüferschulung „Handlungsorientiertes Prüfen“ die Möglichkeit, neues Handwerkszeug zu erlangen. Bisher wurden 22 Schulungen angeboten.

Für die Windenergiebranche gibt es die Fortbildungsprüfung „Servicemonteur/in für Windenergieanlagen-technik“. Mit Experten aus dem Windbereich erstellt die Handelskammer in der Funktion als LeitHK die bundeseinheitlichen Prüfungsaufgaben. Durch die Experten im Aufgabenerstellungsausschuss wird für die Branche das hohe Niveau sichergestellt. Die erste bundeseinheitliche Prüfung fand im November 2012 statt.

IHK-Zertifikatslehrgänge sind maßgeschneiderte Konzepte zur Anpassung an neue Entwicklungen im Bereich der beruflichen Weiterbildung. Im Bereich der IHK-Zertifikatslehrgänge arbeitet die Handelskammer mit verschiedenen Bildungsträgern zusammen. Die Handelskammer hat 2012 insgesamt 250 Zertifikate vergeben.

Universität Bremen: Leuchtturm Norddeutschlands

Der Erfolg der Universität Bremen in der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern ist für den Wissenschaftsstandort Bremen wichtig und bietet die große Chance, das Land und die Region kraftvoll voranzubringen. Der Ausbau der Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur in Bremen und Bremerhaven hat in den vergangenen Jahren wesentlich zum wirtschaftlichen Strukturwandel beigetragen. Die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft ist ein Erfolgskennzeichen bremischer Wissenschaftspolitik. Der Technologietransfer hat die Entwicklung moderner, forschungs- und entwicklungsintensiver Industriebetriebe und Dienstleistungen befördert. Dies wirkt sich positiv auf die Spitzencluster in der Region aus, beispielsweise auf die maritime Wirtschaft und Logistik, auf die Luft- und Raumfahrtindustrie, Automotive, Windenergie oder auf die Gesundheitswirtschaft. Die Handelskammer Bremen und die bremische Wirtschaft unterstützen die Wissenschaftspolitik durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren, die Übernahme von Deutschlandstipendien und durch Spenden für neue Studiengänge.

Neue Geschäftsstelle: Netzwerk Schule, Wirtschaft und Wissenschaft

In Bremerhaven wurde die neue Geschäftsstelle des Netzwerkes Schule, Wirtschaft und Wissenschaft für die Region Unterweser e. V. (Netzwerk SWW) eröffnet. Sie hat ihren Sitz in den Räumlichkeiten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS. Büroleiterin ist Sanne Masche. Das Netzwerk Schule, Wirtschaft und Wissenschaft für die Region Unterweser e. V. will dem Fachkräftemangel und den Auswirkungen des demografischen Wandels in der Region Unterweser entgegentreten.

IHK unterstützt die Berufsorientierung

Job4u-Ausbildungsbus – 2012 hat die IHK Bremerhaven wieder eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Berufsorientierung junger Menschen ergriffen. Beispielsweise machte im August der job4u-Ausbildungsbus der Bundesanstalt für Arbeit in Bremerhaven Halt. Unter dem Motto „Einstieg in eine erfolgreiche Zukunft“ wurden Ausbildungsplatzsuchende mit Ausbildern und Arbeitgebern zusammengebracht. An Bord waren auch Berufs- und Ausbildungsberater der IHK, der Agentur für Arbeit und der Kreishandwerkerschaft.

Nachvermittlung – Bei einer Nachvermittlungsjahresaktion im September im Gebäude der IHK erhielten 99 Jugendliche, die bei der Agentur für Arbeit als Ausbildungsplatzsuchende geführt waren, Entscheidungshilfen zu ihrer beruflichen Orientierung. 79 noch offene Ausbildungsstellen konnten vermittelt und in anderen Fällen persönlich passende Alternativen entwickelt werden. Die beteiligten Institutionen – IHK, Agentur für Arbeit, Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade und Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünden – hatten mehr als 20 Experten entsandt.



Ausbildungsengagement der IHK Bremerhaven: Bestenehrung (o.) und Berufsinformationsmesse (u.)

Berufsinformationsmesse – Im Oktober wurde mit Unterstützung der IHK zum achten Mal die Berufsinformationsmesse ausgerichtet. Rund 5.000 Besucherinnen und Besucher informierten sich an zwei Tagen über mehr als 150 Berufe. Zielgruppe waren alle Ausbildungs- und Studieninteressierten.

Delegationen und
Diplomaten
aus aller Welt waren
2012 zu Gast in der
Handelskammer
Bremen.



International

Bremen

Für unbürokratische Regelungen im Außenwirtschaftsverkehr

Der komplexe rechtliche Rahmen für den Außenwirtschaftsverkehr wird seit Jahren vor allem von drei politischen Zielen beeinflusst: der Abwehr terroristischer Gefahren, der Durchsetzung von Protektionsinteressen der Wirtschaft und den Fiskalinteressen des Staates. Diese Ziele werden durch kontinuierliche Änderungen im Regelungsrahmen verfolgt, der dadurch auch stetig für die Unternehmen bürokratischer, komplizierter und teurer wird. Die Handelskammer setzt sich daher immer wieder für einfache und wirtschaftsnahe Regelungen ein. 2012 standen Fragen der Luftverkehrssicherheit, das neue EU-Ursprungsrecht, Erleichterung bei Geschäftsreisevisa, die so genannte Gelangensbestätigung bei der Umsatzsteuer und die Reform der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU auf der Tagesordnung der Handelskammer.

Luftverkehr: keine Doppelungen bei Sicherheitsstandards

Die EU hat neue Regelungen für den Luftfrachtverkehr erlassen. Hier geht es im Kern um dieselbe Problematik wie bei den von den USA verfolgten Regelungen zum hundertprozentigen Containerscreening. Auch Luftfracht darf ab dem 25. März 2013 nur noch in Flugzeuge eingeladen werden, wenn hundertprozentig feststeht, dass die Ware tatsächlich sicher und nicht

unzulässig manipuliert worden ist. Sobald erkennbar wird, dass eine Ware in ihrem Produktions- und Wertschöpfungsprozess später auch als Luftfracht in Betracht kommt, muss sie einen dokumentierten Sicherheitsstatus erhalten und behalten. Das bedeutet, dass alle Personen, die im Produktions- und Transportprozess mit der Ware in Berührung kommen könnten, selbst sicherheitsüberprüft und sicherheitsgeschult sein müssen. Hierzu sind die Unternehmen angehalten, besondere Sicherheitsbeauftragte zu beschäftigen, sofern sie selbst Ware ausliefern möchten. Andernfalls kann ein Unternehmen einen Dienstleister einschalten, der dann für den sicheren Status der Ware sorgen und gegebenenfalls vor Verladung die Waren röntgen muss. Es ist zu befürchten, dass durch die Neuregelung schnelle weltweite Lieferungen von wichtigen Einzelteilen oder Ersatzteilen verzögert werden. In jedem Fall wird Luftfracht teurer. Es ist absehbar, dass sich viele Unternehmen auf Dienstleister stützen werden. Ob diese allerdings im März 2013 imstande sein werden, den Bedarf der Wirtschaft nach schneller Abwicklung zu decken, lässt sich bisher nicht mit Sicherheit beantworten.

Die deutschen Industrie- und Handelskammern setzen sich bei der Bundesregierung und der Europäischen Kommission dafür ein, dass bereits bestehende Sicherheitszertifikate des so genannten „Zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten“ (AEO) auch bei der Sicherheitszertifizierung im Luftverkehr berücksichtigt werden können. In der EU-Kommission wird derzeit geprüft, ob langfristig gegenseitige Anerkennungen von Sicherheitsstandards möglich sind. Hier ist in der Interessenvertretung noch viel Arbeit erforderlich.

Praxisgerechtes Ursprungsrecht fortführen

Ohne einen definierten Warenursprung lassen sich die meisten Schutzinstrumente der Handelspolitik nicht wirksam anwenden. Hierzu gehören zum Beispiel Strafzölle, Antidumpingzölle, mengenmäßige Beschränkungen oder Embargos. Für die Feststellung des Ursprungs und die Ausstellung von Ursprungsnachweisen sind weltweit zumeist die Industrie- und Handelskammern zuständig.

Die EU-Kommission strebt an, die Feststellung des handelspolitischen Warenursprungs durch die IHKn von Produktionskriterien für jede spezifische Warengruppe abhängig zu machen. Das Kriterium der „letzten wesentlichen Be- und Verarbeitung“, mit dem die Kammern bisher wirtschaftsfreundliche Entscheidungen fällen konnten, würde damit entfallen.

Das Vorhaben der Kommission hätte ganz erhebliche Bürokratie- und Dokumentationskosten bei den Unternehmen zur Folge – und zwar entlang der gesamten Lieferkette. Die Situation dürfte sich noch verschärfen, wenn langfristig die Zielländer der Exportwirtschaft ebenfalls mit eigenen Produktionskriterien bei der Feststellung des Warenursprungs antworten sollten. Der Schaden für einen freien Welthandel wäre immens.

Die deutschen Industrie- und Handelskammern bemühen sich seit Jahren darum, das von der Kommission immer wieder neu aufgenommene Regelungsvorhaben zu verhindern. Nachdem dies bereits vor Jahren gestoppt werden konnte, ist es seit 2011 wieder in Brüssel auf der Tagesordnung.



Aufgrund einer erneuten Intervention der Kammern beschloss die Kommission, die bürokratischen Ursprungskriterien nicht mehr in den noch bestehenden Zollkodex einzuführen. Ende 2011 sprach sich erfreulicherweise auch das Europäische Parlament in einer Stellungnahme dafür aus, das Ursprungsrecht nicht zu verändern.

Da der Zollkodex an die Europäischen Verträge angepasst werden muss, legte die Kommission dennoch anschließend einen Gesetzesvorschlag für einen neuen Zollkodex vor. Hiermit würde ihr ein Regelungsmandat eingeräumt, die bürokratischen Ursprungskriterien über diese Schiene einzuführen. Daher hat sich die Arbeit der Kammern unter maßgeblicher Beteiligung der Handelskammer Bremen 2012 vor allem darauf konzentriert, dem EU-Parlament konkrete Vorschläge für eine wirtschaftsfreundliche Neufassung des Zollkodex zu unterbreiten.

Diese wurden in die parlamentarischen Entscheidungsprozesse einbezogen worden. Inwieweit das Parlament diese schließlich berücksichtigen wird, muss abgewartet werden. Dieses Thema wird die Handelskammer 2013 weiter beschäftigen, wobei dann das Augenmerk darauf gerichtet werden muss, genügend Stimmen im Ministerrat für die Kammer-Position zu gewinnen. Aber auch mit der Kommission werden die Gespräche fortgesetzt werden müssen. Erreicht werden konnte bereits, dass in manchen Ressorts die Sorgen der Wirtschaft nachvollzogen werden. Da die Kommission als Kollegialorgan im Gesetzgebungsverfahren eingebunden ist, setzen die Kammern darauf, dass sie sich schließlich einer wirtschaftsfreundlichen Regelung nicht in den Weg stellen wird.

Isolierte deutsche Regelung bei Umsatzsteuerbefreiung vermeiden

Am 1. Januar 2012 ist die neue Umsatzsteuerdurchführungsverordnung (UStDV) in Kraft getreten, die insbesondere für innergemeinschaftliche Lieferungen neue Nachweispflichten für Umsatzsteuerzwecke vorsieht. Anstelle der bislang bekannten Belegnachweise (zum Beispiel Spedi-

teursbescheinigung) wird nun lediglich eine so genannte Gelangensbestätigung (Empfänger-/Abnehmerbestätigung) akzeptiert.

Was als Vereinfachungsregelung gedacht war, entpuppte sich als wenig praxisnahe und massive Belastung für innergemeinschaftliche Lieferungen, insbesondere bei Versendungen oder Reihengeschäften. Denn oft hat die Rechnung nicht denselben Empfänger wie die Warensendung. Um eine Gelangensbestätigung zu erhalten, bedarf es außerdem der Mitwirkung des Abnehmers. Den meisten Abnehmern im Ausland ist diese Gelangensbestätigung (noch) nicht bekannt. Auch muss der Lieferant oder Spediteur darauf achten, dass ein Abnehmer diese unterzeichnet, der auch tatsächlich vertretungsberechtigt ist. Die Warenwirtschaftssysteme müssen auf diese neue Bedingung (Formblatt, Angaben, Unterschrift etc.) eingestellt und die Rückläufe kontrolliert werden.

Fehler bei der Ausstellung oder fehlende Rückläufe und Zuordnungen können sich indes sowohl auf den Unternehmer, der die innergemeinschaftliche Lieferung veranlasst hat, als auch auf den Spediteur empfindlich auswirken. Dem Unternehmer droht bei Fehlern eine Umsatzsteuernachzahlung. Der Spediteur läuft Gefahr, sich bei von ihm verschuldeten Verstößen regresspflichtig zu machen.

Der DIHK hat zusammen mit den Spitzenverbänden der gewerblichen Wirtschaft sowie dem Deutschen Speditions- und Logistikverband (DSL) im Januar 2012 hierzu eine Stellungnahme abgegeben. Kernforderung ist die erneute Änderung der UStDV, so dass innergemeinschaftliche Lieferungen auch weiterhin durch Bescheinigungen der Transportunternehmen (insbesondere Spediteursbescheinigung) nachgewiesen werden können. Im Februar verlängerte das Bundesfinanzministerium die ursprünglich bis zum 31. März 2012 geltende Übergangsfrist. Derzeit berät die Bundesregierung über die erneute Änderung, auch hinsichtlich ihrer rechtlichen Absicherung. Somit können die bisherigen Nachweise voraussichtlich noch bis Mitte 2013 verwendet werden.

Die Handelskammer Bremen informiert Unternehmen über den aktuellen Sachstand auf ihrer Internetseite, in verschiedenen Zollseminaren sowie beim Themenetzwerk Zoll- und Außenwirtschaftsrecht.

Handelspolitische Schutzinstrumente auf dem Prüfstand

Die Anwendung von handelspolitischen Schutzinstrumenten, insbesondere von Antidumping-Strafzöllen und Antisubventionszöllen, ist der sensibelste und streitbefangene Bereich der EU-Handelspolitik. EU-Herstellerinteressen und Interessen der weiterverarbeitenden Industrie, von Händlern und Endabnehmern stehen einander oftmals unversöhnlich gegenüber. Die Handelskammer Bremen hat sich zusammen mit dem DIHK und der Handelskammer Hamburg gegenüber den Brüsseler Behörden stets dafür ausgesprochen, bei den Entscheidungsverfahren der Kommission ein angemessenes „Level-playing-field“ für die Protagonisten zu gewährleisten. In Gesprächen mit unabhängigen Gutachtern wurden hierzu Vorschläge unterbreitet, wie die Transparenz und Chancengleichheit im formalisierten Entscheidungsverfahren der Kommission erhöht werden könnte.

2012 wurde von der Kommission die Diskussion um eine Reform der Schutzinstrumente wieder aufgenommen. Dabei wurde deutlich, dass sie sich mit einer Reihe der von den Industrie- und Handelskammern vorgetragenen Vorschläge anfreunden kann. Ob sich diese schließlich rechtlich umsetzen lassen, hängt von den weiteren Debatten in Brüssel ab. Sehr skeptisch steht die Wirtschaft einem Vorschlag der Kommission gegenüber, Unternehmen zur Teilnahme an Antidumping-Untersuchungen verpflichtet zu können.

In seiner Funktion als Vizepräsident des DIHK nahm Präses Otto Lamotte an der Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft (APK) teil.



Erleichterung bei Geschäftsreisevisa endlich in Sicht

Im Zuge des globalen Wettbewerbs sind Unternehmen zunehmend auf eine schnelle Vergabe von Visa für ausländische Geschäftspartner angewiesen. Doch regelmäßig erreichen die Handelskammer Bremen Klagen ihrer Mitglieder über große Schwierigkeiten bei der Einladung von Nicht-EU-Bürgern. Auf erheblichen Druck der Wirtschaft hin sind nun erste Schritte in Richtung einer Liberalisierung der deutschen Visa-Politik durch die Bundesregierung zu erwarten.

So soll die Erteilung von Visa durch Botschaften und Konsulate zukünftig deutlich kundenfreundlicher gestaltet werden. Vor allem in Ländern mit besonders hohem Antragsaufkommen sollen alle nichthoheitlichen Aufgaben an kommerzielle Dienstleister ausgelagert werden. Die ersten Annahmезentren haben bereits ihre Arbeit aufgenommen, so allein in der Türkei in vier verschiedenen Städten. Die bisherigen langen Wartezeiten auf ein Schengen-Visum werden dadurch wesentlich verkürzt.

Weitere Erleichterungen bestehen darin, dass sowohl eine vorherige Terminvereinbarung als auch das persönliche Erscheinen des Antragstellers nicht mehr erforderlich sind (hier genügt eine schriftliche Vollmacht). Lediglich die Prüfung der Antragsvoraussetzungen und die Entscheidung über die Erteilung eines Visums verbleiben in vollem Umfang bei den deutschen Auslandsvertretungen. Mitarbeiter von Mitgliedern einer deutschen Auslands-handelskammer (AHK) können außerdem in einigen Ländern (zum Beispiel China) Visa-Anträge direkt über die ortsansässige AHK einreichen.

Russlands WTO-Beitritt macht sich bemerkbar

Nach seinem WTO-Beitritt und dem Beginn der Zollunion mit Belarus und Kasachstan befindet sich Russland in einer für die Wirtschaft spannenden Phase. Die ausländischen Geschäftspartner Russlands werden vor neue Rahmenbedingungen gestellt.

Während des „Russlandjahres in Deutschland“ wurden die Mitglieder des Ländernetzwerks Russland auf Seminaren und Veranstaltungen der Handelskammer über diese neuen Entwicklungen und Chancen informiert und praxisorientiert unterstützt. Die Themen Vertriebsaufbau, Recht und Steuern, Personalsuche aber auch Zollabwicklung und Zertifizierung stellten 2012 die Schwerpunkte des breiten Informationsangebots über die Region dar. AHK-Experten, Rechtsanwälte und erfahrene Unternehmer teilten ihr Wissen mit rund 100 Teilnehmern der Veranstaltungen.

Für Bremer Unternehmen gehört Russland zu den wichtigsten Märkten – traditionell und zukünftig. Die Hansestadt und Russland verfügen über sehr gute, über Jahrzehnte gewachsene Verbindungen. Projekte – von der Seefahrt bis zur Weltraumforschung – und andere wirtschaftliche Kontakte weisen ein beeindruckendes Volumen auf und befördern wachsende Reiseströme zwischen West und Ost. Darauf hat der Standort Bremen reagiert: Die Flugverbindungen zwischen Bremen und Russland werden verbessert. Ab 2013 erfüllt der Airport Bremen mit dem erweiterten Streckennetz der Airline Germania den lang gehegten Wunsch nach einer direkten Verbindung von Bremen nach Moskau.

AHK-Türkei-Desk in Bremen eröffnet

Aufgrund der strategischen Bedeutung des Türkeihandels für Bremen hat die Handelskammer in Kooperation mit der Deutsch-Türkischen Industrie- und Handelskammer im September 2012 den ersten AHK-Türkei-Desk eingerichtet. Sie unterstützt damit die bremischen Unternehmen noch stärker bei ihren Aktivitäten am Bosphorus und türkische Unternehmen bei ihrem Engagement in Deutschland. Die Desk-Dienstleistungen umfassen Marktinformationen und Beratung sowie ein verbesserter Service für die Mitgliedsunternehmen der Kammern Bremen und Bremerhaven. Durch die enge Anbindung an die Deutsch-Türkische Handelskammer ist ein direkter Kontakt zu Experten vor Ort gewährleistet und eine schnelle Beratung und Information der bremischen Unternehmen möglich.

Zukunftsmarkt Nordafrika: Wirtschaftsreise nach Marokko

Casablanca und Meknès waren die zwei Stationen einer Wirtschaftsreise der Kammern der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten Ende April 2012. Unter Leitung von Handelskammer-Präses Otto Lamotte und in Begleitung von Honorarkonsul Volker Kröning fuhren Vertreter von mehr als einem Dutzend nordwestdeutscher Unternehmen, von Kammern und der Wissenschaft nach Nordafrika, um die Lage vor Ort zu erkunden. Und die Lage ist gut, denn Marokko hat ehrgeizige Pläne für die Modernisierung des Landes, das beispielsweise 93 Prozent seiner gesamten Energie importieren muss.

Deutsche Unternehmen – gerade auch aus der Nordwestregion – sind in dem politisch stabilen Königreich hoch angesehen. Die Organisatoren zogen eine positive Bilanz und sehen in Marokko einen echten Zukunftsmarkt. In den Bereichen Logistik und Technik hat die Metropolregion Bremen-Oldenburg in Gesprächen mit Ministeriumsvertretern, Fachverbänden und marokkanischen Unternehmern ihre Kompetenzen überzeugend vermittelt.

Asien-Pazifik-Konferenz in Delhi: Präses Lamotte auf dem Podium

In seiner Funktion als Vizepräsident des DIHK sowie als geschäftsführender Gesellschafter der Henry Lamotte Oils GmbH nahm der Präses der Handelskammer Bremen, Otto Lamotte, an einer Podiumsdiskussion der Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft (APK) teil. Die 13. APK wurde 2012 von der AHK Indien vom 1. bis 3. November 2012 in Neu Delhi ausgerichtet. Die Handelskammer hat für diese Konferenz ein Kurzprogramm als Delegationsreise angeboten, das die Besichtigung eines indischen Unternehmens aus der Energiebranche sowie Gespräche mit Vertretern von deutschen Konzernen in Indien mit dem Besuch der Konferenz kombinierte.



ganz links: Marokko war das Ziel einer Wirtschaftsreise der Kammern der Metropolregion; links: Die Anforderungen im Bereich des Zoll- und Außenwirtschaftsrechts und bei der Luftfracht nehmen zu.

Die APK findet seit 1986 alle zwei Jahre in der Region Asien-Pazifik statt und hat sich zum größten Netzwerktreffen zwischen Politik und Wirtschaft in diesem Raum entwickelt. Ziel war und ist es, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Region und Deutschland zu fördern. Die Konferenz wird vom Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA) mit seinen Trägerverbänden BDI, DIHK, OAV, BGA und Bankenverband sowie dem Bundeswirtschaftsministerium organisiert. Der deutsche Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler eröffnete gemeinsam mit den Vorständen der Siemens AG, der Deutschen Bank AG und der Infosys Ltd. die Diskussionen. Das Thema lautete „Partnerschaft, Innovation und Nachhaltigkeit: Herausforderungen an ein nachhaltiges Wachstum“. Drei Tage lang debattierten Vertreter europäischer und asiatischer Unternehmen und Institutionen die Reaktionen von Unternehmen und Regierungen auf internationale Probleme wie mangelnde Rohstoffe, eine alternde Gesellschaft, Wasserverschmutzung, Währungsschwankungen. Dabei wurden nachhaltige Lösungsstrategien in Deutschland sowie in Asien angeregt.

Präses Lamotte wurde von Dr. Volker Treier, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des DIHK, als Unternehmer zum Thema „Beschaffung und Logistik, Qualitätsmanagement und Versorgungssicherheit“ in einem Forum befragt. Weitere Podiumsmitglieder aus Asien und Deutschland waren Vertreter der TÜV Süd AG, Metro Group, M+W Group, Picard Bangladesh und Western Marine Shipyard Ltd. sowie vom Auswärtigen Amt. Die Podiumsmitglieder diskutierten die hohen Anforderungen an die Logistik- und Lieferketten sowie deren Management insbesondere im Zusammenhang mit Corporate Social Responsibility (CSR). Präses Lamotte nahm insbesondere Stellung zur Identifizierung von neuen Trends auf internationalen Märkten und alternativen Quellen. Darüber hinaus wurde darüber diskutiert, wie das Kaufverhalten der Konsumenten von ökologischen und sozialen Kriterien beeinflusst wird.

Formate für Unternehmergespräche ausgebaut

Fast 1.500 Teilnehmer haben 2012 das Veranstaltungsangebot der Handelskammer zu internationalen Themen genutzt. Die Formate sind vielfältig und bieten den idealen Rahmen für Kontakte und Informationsaustausch zwischen Unternehmern. Klassische Vorträge, Business-Frühstücke, Fachseminare, Inhouse-Schulungen, Botschaftergespräche und die Ländernetzwerke für China, Indien, Türkei und Lateinamerika standen den bremischen Unternehmen offen.

Gründung des Afrika-Netzwerkes

Bremer Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen sind in Afrika aktiv; manche schon aus langer Tradition, andere relativ neu. Einige von ihnen haben sich vor gut zwei Jahren zur Interessengruppe Afrika der Handelskammer zusammengeschlossen, um sich über die Besonderheiten im Afrika-Geschäft auszutauschen und von persönlichen Kontakten zu profitieren. Die Mitglieder erhielten so die Möglichkeit, auf die Themenwahl für afrikaspezifische Veranstaltungen Einfluss zu nehmen, die dann auch für andere interessierte Firmen zugänglich waren. Genau dieses breite Interesse an derartigen Aktivitäten – sogar über die Grenzen Bremens hinaus – bewegte nun die Interessengruppe, sich weiter zu öffnen und ein Afrika-Netzwerk ins Leben zu rufen.

Dieses Netzwerk wurde am 5. November 2012 auf einer Auftaktveranstaltung gegründet. Gastredner war der Leiter des Referates Afrika, Entwicklungspolitik, des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Heiko Schwiderowski.

Netzwerk geplant: Meet & Greet USA

Seit mehr als 250 Jahren profitiert Bremen als Hafen- und Außenwirtschaftsstandort von einem traditionell guten Kontakt zu den amerikanischen Märkten. Als größte Volkswirtschaft der Welt sind beispielsweise die Vereinigten Staaten von Amerika nicht nur der größte Absatzmarkt für deut-

sche Produkte, sie liegen auch auf Platz zwei aller deutschen Exportmärkte weltweit. Anegsichts dieser Entwicklung hat die Handelskammer es sich zum Ziel gesetzt, die bestehenden bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Bremen zu stärken und auszubauen. Im November 2012 lud sie mehr als 30 Bremer Unternehmen mit Amerikabezug zu einer ersten Gesprächsrunde ein, um über die Gründung eines USA-Netzwerks zu beraten. Weitere Treffen sollen 2013 folgen.

Nachfrage im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht höher denn je

Besonders im Bereich des Zoll- und Außenwirtschaftsrechts nimmt der Druck auf die Unternehmen stetig zu. Die gesetzlichen Anforderungen wachsen und verlangen Mitarbeiter mit hoher Qualifikation. Gleichwohl ist zu beobachten, dass das Know-how in den Unternehmen, bedingt durch erhöhte Fluktuation bei den mit Zoll- und Außenwirtschaftsrecht befassten Experten, nicht schnell genug zunimmt. Die Handelskammer trägt diesen Veränderungen Rechnung. Informationsveranstaltungen, beispielsweise zu Verfahrensänderungen für Luftfrachtsendungen, Änderungen beim Im- und Exportrecht oder Fachseminare zur Exportkontrolle, zu internationalen Kaufverträgen, Lieferantenerklärungen oder Umsatzbesteuerung, sind nur einige Beispiele aus dem Veranstaltungskalender 2012.

2012 ermöglichte die Handelskammer erstmals eine individuelle Weiterbildung bei den Unternehmen vor Ort. Diese Inhouse-Schulungen sind auf spezifische Branchenanforderungen gerichtet und gehen auf die Organisationsstruktur des jeweiligen Unternehmens ein. Gut geschulte Mitarbeiter sind ein wesentlicher Faktor für ein international erfolgreich agierendes Unternehmen. Marktchancen erkennen, eigene Möglichkeiten ausloten und ein verlässliches Netzwerk vor Ort aufbauen, be-

Die Kammern der Metropolregion reisten nach Malaysia und Singapur.



(v.l.) IHK Geschäftsführer Wilfried Allers, Generalkonsul Setsuo Kosaka und IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Stark

schreiben weitere Aufgaben im Auslandsgeschäft. Hierzu dienen Veranstaltungsformate der Handelskammer wie das Business-Frühstück. Sie nehmen ausgewählte Märkte in den Fokus und führen Länderexperten, Vertreter öffentlicher Institutionen, erfahrene Unternehmer und solche, die den Markteinstieg planen, zusammen.

Delegationen und Diplomaten aus aller Welt in Bremen

Mehr als 20 Diplomaten haben bei ihren Antrittsbesuchen im Lande Bremen in der Handelskammer Gespräche mit Ehrenamts- und Unternehmensvertretern geführt. Informationen über die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen unter anderem in Georgien, der Türkei, Südafrika, China, Finnland, Sri Lanka, Indien und Israel wurden dabei ausgetauscht und in Gesprächen Möglichkeiten der Kooperation mit der Handelskammer Bremen erörtert.

Bei dem Besuch des ecuadorianischen Schulschiffs Guaya wurde eine Delegation aus dem lateinamerikanischen Land empfangen. Diese warb für eine Intensivierung der Kontakte zwischen Norddeutschland und Ecuador. Aus Asien (China, Japan), aber auch aus Polen kamen Besucher, die sich über den Wirtschaftsstandort Bremen erkundigt haben. Mehrere nordamerikanische Delegationen aus den USA und Kanada haben ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit unserem Standort bestätigt, beispielsweise in der Luft- und Raumfahrt.

Bremerhaven

Pflege internationaler Beziehungen: Besuch aus Alabama (USA)

Eine Wirtschaftsdelegation aus dem US-Bundesstaat Alabama, die das Land Bremen besuchte, machte auch in Bremerhaven Station. Der Südosten der USA gilt als aufstrebende Region Nordamerikas. In der Zusammenarbeit zwischen der bremischen und der US-amerikanischen Wirtschaft übernimmt der Automobilkonzern Daimler mit seinen Mercedes-Werken in Bremen und Tuscaloosa/Alabama eine zentrale Rolle. In den Räumen der IHK wurden die Gäste von Ferdinand Möhring begrüßt, dem Vorsitzenden des Hafen- und Verkehrsausschusses der Kammer.

Diplomaten in Bremerhaven

Japans Generalkonsul – Auf seiner Antrittsreise im Bundesland Bremen hat der japanische Generalkonsul Setsuo Kosaka auch Bremerhaven besucht. Er ist zuständig für die Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen. In der Seestadt wurde der Diplomat von Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken und Oberbürgermeister Melf Grantz empfangen. Außerdem besuchte er die IHK und erörterte mit der Geschäftsführung die Entwicklungschancen der Offshore-Windindustrie.

Kenias Botschafter – Ken Nyauncho Osinde, Botschafter Kenias in der Bundesrepublik Deutschland, war in Bremerhaven zu Gast. Nach dem Empfang beim Magistrat schlossen sich eine Führung durch das Klimahaus 8° Ost, eine Fahrt in den Überseehafen mit Terminaltour und eine Besichtigung des Unternehmens Deutsche See an. Die Betriebsbesichtigung leitete Heiko Frisch, Sprecher des Fisch- und Lebensmittelwirtschaftlichen Ausschusses der IHK. Ihr schloss sich eine Gesprächsrunde mit Branchenexperten an.

Elektronisches Ursprungszeugnis: Neues System für den Export

Seit dem Ende des Jahres 2012 bietet die IHK Bremerhaven ihren Mitgliedern das elektronische Ursprungszeugnis an. Dabei kann das für den Export wichtige Dokument durch den Einsatz der digitalen Signatur online beantragt werden. Die Vorteile liegen in deutlich kürzeren Bearbeitungszeiten für Exportaufträge, dem Einsparen von Kosten und der Tatsache, dass auch Handelsrechnungen elektronisch bescheinigt werden können. Das System lässt sich einfach handhaben; die Archivierung erfolgt automatisch.

Unternehmer-Reise nach Malaysia und Singapur

Obwohl sich das Wirtschaftswachstum auch in Asien entschleunigt, liegen auf diesem Erdteil für deutsche Unternehmer und solche aus der Metropolregion Nordwest weiterhin große Chancen. Das wurde bei der Unternehmer-Reise vom 3. bis 9. November 2012 nach Malaysia und Singapur deutlich, die die Industrie- und Handelskammern aus dem Nordwesten unter der Federführung der IHK Bremerhaven unternommen haben. Angeführt wurden die 22 Delegationsteilnehmer vom Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, Ingo Kramer, und dem Bremer Staatsrat Dr. Heiner Heseler.

Die Delegation besichtigte Unternehmen wie den Keramikerhersteller CeramTec in Kuala Lumpur, DHL Malaysia oder den Port of Singapur sowie das neue Kreuzfahrtterminal. Sie führten intensive Gespräche mit den Mitgliedern des AHK-Mittelstandskomitees in Singapur und nahmen an zwei Botschaftsempfängen in Malaysia und Singapur teil. Außerdem nutzten die Unternehmer die Gelegenheit zu individuellen Unterredungen mit Unternehmern und Wirtschaftsexperten vor Ort. Bei einem Business-Talk in der AHK Malaysia wurden die Chancen für die deutsche Wirtschaft im Bereich von „Halal Foods“ aufgezeichnet.



Hoheitliche Aufgaben

Die Behörden vieler Staaten verlangen, dass die Waren, die in ihr Hoheitsgebiet eingeführt werden sollen, von Ursprungszeugnissen oder bescheinigten Handelsrechnungen begleitet werden. Für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und sonstige Beglaubigungen hat der Staat die Industrie- und Handelskammern als hoheitlicher Aufgabenträger benannt. Neben der hoheitlichen Aufgabenübertragung und Ausstellung von Zollpassierscheinheften (Carnets) und Ursprungszeugnissen informieren und beraten die Kammern importierende und exportierende Unternehmen über in- und ausländische Vorschriften bei der Ein- und Ausfuhr von Gütern, zu Zollfragen, über Marktsituationen und über Möglichkeiten der Geschäftsanbahnung in einzelnen Ländern.

Darüber hinaus erstellen Industrie- und Handelskammern Marktprofile und begleiten Unternehmen sowie Delegationen als Ansprechpartner zum jeweiligen Zielmarkt. Das vielfältige Angebot der IHK Bremerhaven umfasst neben dem seit langem bestehenden Deutsch-Chinesischen-Netzwerk (DCN), Länderveranstaltungen und Delegationen auch Seminare über Fachthemen bei der täglichen Arbeit im Import- und Exportbereich. Die Außenwirtschaftsseminare decken ein breites Themenspektrum sowohl im theoretischen als auch im praktischen Bereich ab. Ziel ist die Vermittlung der spezifischen Fachkompetenzen für die Arbeit im Außenwirtschaftsbereich sowie die Fachkräftesicherung von morgen.

Starthilfe und Unternehmensförderung

Bremen

Finanzierungssicherheit für Mittelstand und Existenzgründungen

Die Wahl der richtigen Finanzierung ist für die mittelständische Wirtschaft immer wieder eine entscheidende Frage. Der DIHK hat darum im Frühjahr 2012 eine Sonderumfrage zum Thema Finanzierungszugang vorgenommen, an der sich auch die Handelskammer Bremen beteiligt hat. Danach hat sich die Finanzierungssituation für die meisten Unternehmen entspannt. Mehr als jedes vierte Unternehmen hat derzeit keinen Bedarf an externer Finanzierung und stemmt Investitionen aus eigener Kraft. Auch die Unternehmen, die auf externe Finanzierung zurückgreifen, zeigen sich im überwiegenden Teil zufrieden. Von ihnen bezeichnen – dank guter Geschäftstätigkeit sowie steigender Eigenkapitalquoten und wachsender Liquiditätsreserven – fast die Hälfte ihren Zugang zur Finanzierung als gut (45 Prozent). 41 Prozent der Unternehmen bewerten die Finanzierungssituation als befriedigend und 14 Prozent der Unternehmen haben Schwierigkeiten beim Finanzierungszugang.

Unterstützt wird diese positive Situation durch das historisch tiefe Zinsniveau, das für Unternehmen die Finanzierungskosten weiter in Grenzen hält. Deutschland profitiert hierbei durch die weiterhin wachsende Wirtschaft und die guten Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre, die die Fähigkeit zur eigenen Finanzierung der Unternehmen verbessert hat.

Trotz der zurzeit entspannten Finanzierungssituation blicken die Unternehmen mit Sorge auf die Auswirkungen des Regulierungspakets Basel III. Auch wenn die derzeit diskutierten Vorschläge noch ver-

kraftbar erscheinen, ist unklar, welche Gesamtbelastung durch diese neuen Regelungen tatsächlich auf die Wirtschaft zukommt. Gerade das ist aber für kleine und mittlere Unternehmen und für Existenzgründer von besonderer Bedeutung, da für sie die Bankfinanzierung die wichtigste Finanzierungsquelle bleibt. Sie werden schon jetzt mit höheren Anforderungen an Sicherheit und Eigenanteilen bei Bankkrediten konfrontiert. Betriebsmittelfinanzierungen oder die traditionell ohnehin schwierigere Finanzierung von Unternehmensgründungen und Innovationen gestalten sich oftmals kompliziert. Die Perspektive: Die Unternehmen müssen für Investitionen in Zukunft mehr Eigenmittel aufbauen. Denn die Eigenkapitalquoten deutscher Unternehmen sind im internationalen Vergleich bisher eher niedrig.

Die Politik ist deshalb gefordert, die Rahmenbedingungen dafür zu verbessern. Möglichkeiten gibt es hierfür genug: So kann der Gesetzgeber die steuerliche Benachteiligung von Eigenkapital verringern. Wenn Mieten, Pachten, Lizenzen und Zinsen nicht mehr der Gewerbesteuer hinzugerechnet werden, die Beschränkung der Verlustrechnung und die Zinsschranke entfallen, würde Eigenkapital weniger belastet und Unternehmen hätten mehr Investitionsspielraum.

Über Themen rund um die Finanzierung ist an einem „Tag der Mittelstandfinanzierung“ der Handelskammer am 27. September 2012 mit Vorträgen von Kreditinstituten und Finanzexperten informiert worden. Im Anschluss an die Veranstaltung standen die Kreditinstitute und Referenten auf einem „Marktplatz“ für Fragen der rund 80 Teilnehmenden zur Verfügung.



Der Unternehmensservice in Bremen im Gebäude Hinter dem Schütting ist auch eine Anlaufstelle für Existenzgründende.

Kooperationsbörse für zwischenbetriebliche Zusammenarbeit

Ein steigender Wettbewerbs- und Kostendruck sowie Konzentrationstendenzen fordern auch von kleinen und mittleren Unternehmen neue Organisationsstrukturen. Die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen, aber auch mit Hochschulen und Forschungsinstituten ist eine Möglichkeit, sich in einem schwierigen Marktumfeld zu behaupten und Innovationen effizient voranzutreiben. Mit einem geeigneten Partnerunternehmen oder einer Partnerinstitution können sich Firmen auf ihr Kerngebiet konzentrieren und trotzdem ihren Kunden einen umfassenden Service anbieten. Die Kooperationsbörse wurde vollständig überarbeitet und ist seit dem 1. September 2012 als neue IHK-Kooperationsbörse gestartet. Sie ist bundesweit verfügbar und die Handelskammer Bremen ist eine ihrer Organisatoren. Die Börse steht Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen offen.

Existenzgründungen offensiv angehen

2012 werden nach Einschätzung des DIHK in Deutschland weniger neue Betriebe entstehen als je zuvor seit der Wiedervereinigung. 70 Prozent der Industrie- und Handelskammern erwarten in ihren Regionen weniger Gründungen. Deshalb rechnet der DIHK mit weniger als 400.000 neuen Un-

ternehmen. Diese Tendenz bestätigt das Statistische Bundesamt. Schon im ersten Halbjahr 2012 wurden 7,2 Prozent weniger Betriebe gegründet als im Vorjahreszeitraum. In Bremen lag das Minus bei 2,6 Prozent. Dieser Trend setzt sich auch in der Gründungsberatung der Handelskammer fort. 2011 wurden 1.160 Gründerinnen und Gründer beraten, 2012 waren es 970.

Eine Ursache für den Rückgang ist die sinkende Arbeitslosigkeit. Bei 60 Prozent aller Gründungsinteressierten wird die Erwerbslosigkeit als Hauptmotiv zur Selbstständigkeit genannt. Somit sinkt bei einer Abnahme der Arbeitslosigkeit traditionell auch die Neigung, ein Unternehmen zu gründen. Bessere wirtschaftliche Chancen wirken hingegen kaum als Treiber des Gründungsgeschehens. Darüber hinaus dämpft der zunehmende Fachkräftemangel gerade in wirtschaftlich guten Zeiten das Gründungsinteresse.

Neben der Gründungsberatung, bei der die Finanzierung, Hilfe bei der Erarbeitung eines Businessplans und die Information über Fördermöglichkeiten im Vordergrund stehen, werden Interessierte von der Handelskammer auch in zahlreichen Veranstaltungen, Seminaren und Workshops informiert. Im Mittelpunkt steht das bereits seit mehr als 35 Jahren durchgeführte Existenzgründungsseminar, das sechsmal im Jahr stattfindet. 2012 haben 120 Interessierte teilgenommen.

Darüber hinaus hat die Handelskammer am 10. Oktober 2012 den B.E.G.IN-Gründungstag 2012 im Musical-Theater Bremen unterstützt. Diese Veranstaltung wurde von mehr als 600 Interessierten be-

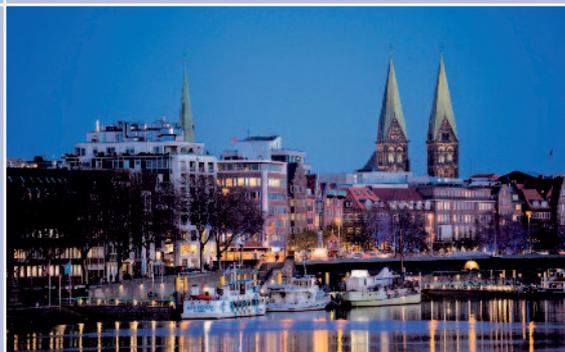
sucht. Die Federführung hatte die Bremer Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN, an der die Handelskammer Bremen beteiligt ist. Mit einer Reihe von Workshops, bei denen es um die Unternehmer- und Gründerpersönlichkeit ging, wurden in einer abschließenden Podiumsdiskussion die Gründe für ein Scheitern einer Existenzgründung aufgearbeitet.

Bremerhaven

Betriebsübernahmetag: Suche nach Nachfolgern

Die Suche nach einem Nachfolger für einen Betrieb, dessen Inhaber sich in den Ruhestand zurückziehen will oder muss, kann zu Problemen führen. Diese können persönlich-emotionaler, finanzieller, steuerlicher, rechtlicher oder organisatorischer Art sein. Beim Betriebsübernahmetag wurden die Probleme und Schwierigkeiten bei der Unternehmensnachfolge zum Thema gemacht. Zu der Veranstaltung hatten die IHK Bremerhaven, die Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS, die Sparkasse Bremerhaven, die Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln und die Volksbank Bremerhaven-Cuxland in das Haus des Handwerks eingeladen.

Umweltzone
und City-Tax machen
der Tourismus-
wirtschaft zu
schaffen.



Einzelhandel, Tourismus, Recht

Bremen

Tourismus in Bremen: stabil trotz zusätzlicher Belastungen

2011 konnte das Statistische Landesamt die höchsten Übernachtungszahlen für Bremen melden, die jemals erfasst wurden. Dass sich dieser Trend auch 2012 fortsetzt, war allgemein nicht erwartet worden. Einen Rückgang, der durch fehlende Großveranstaltungen zu erklären war, gab es nur im Mai 2012. Zwischen Januar und Juni 2012 lag die Zahl der Übernachtungen mit 745.000 bereits wieder etwas über dem Vorjahresniveau. Die Bettenauslastung lag bei 40,6 Prozent und entsprach damit trotz der weiter gestiegenen Zahl an Betten ebenfalls dem Vorjahresniveau. Rund drei Viertel der Übernachtungen wurden von deutschen Reisenden gebucht, die meisten Auslandsgäste kamen aus Großbritannien, den Niederlanden und den USA.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung gibt es im Bremen-Tourismus auch Gründe zur Sorge. So wurde das Jahr 2012 aus Sicht der touristischen Leistungsträger durch die Themen Umweltzone und Bettensteuer weiter belastet. Ein großes Ärgernis bleibt für die Branche die Pflicht, bei der Einfahrt von Reisebussen in die Umweltzone eine grüne Plakette vorzuweisen. Der politische Kompromiss, dass die Einfahrt für Reisebusse nicht zum 1. Januar 2012, sondern erst zum 30. Juni 2012 mit Plakette vorgeschrieben wurde, hat an dieser schwierigen Situation kaum etwas geändert. Im Ergebnis haben verschiedene Busreiseveranstalter die Destination Bremen aus ihrem Angebot gestrichen.

Deutlichen Widerstand löste auch die Einführung der so genannten City-Tax (Bettensteuer) aus. Pro Übernachtung waren je nach Güte des Hotels zwischen einem und drei Euro je Nacht und Gast vorgesehen. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschied, dass die Bettensteuer nicht mehr von Geschäftsreisenden eingezogen werden könne, wurde die City-Tax nach Anhörung in der Bürgerschaft an die Haushaltsausschüsse verwiesen. Die Finanzverwaltung hat inzwischen einen Vorschlag gemacht, nach dem die Bettensteuer nur noch von Privatreisenden eingezogen werden soll. Es ist davon auszugehen, dass dieser Vorschlag umgesetzt wird.

Streitigkeiten gütlich regeln

Die Handelskammer stellt in einer langen Tradition außergerichtliche Verfahren zur Streitbeilegung zur Verfügung. Dazu zählen das Schiedsgericht, die Einigungsstelle zur Beilegung von wettbewerbsrechtlichen Streitigkeiten und das Wollschiedsgericht. Außerdem sind von der Handelskammer benannte Unternehmer ehrenamtlich als Handelsrichter, Finanzrichter, Arbeitsrichter und Verwaltungsrichter unmittelbar bei staatlichen Gerichten tätig.

Die wettbewerbsrechtliche Beratung war maßgeblich geprägt von einer Informationskampagne gegen den so genannten Adressbuchschnideln. Mit dem Adressbuchschnideln wird vorgetäuscht, dass das betroffene Unternehmen gegen Gebühr in ein Verzeichnis eingetragen werden müsse. Die dabei entstehenden Kosten sind erheblich, der Eintrag ist weder sinnvoll noch notwendig. Hierzu hat die Handelskammer ein Informationsfaltblatt erarbeitet, das an Mitglieder, Ämter und Institutionen verteilt wurde.

Registrierung von Finanzanlagenvermittlern und Sachkundeprüfung

Am 1. Januar 2013 trat ein Gesetz in Kraft, das für Finanzanlagenvermittler ähnliche berufsrechtliche Regeln schafft wie sie für Versicherungsberater und -vermittler bereits seit 2007 existieren. Bundesweit hat die IHK-Organisation die Aufgabe übernommen, Finanzanlagenvermittler zu registrieren und die Sachkundeprüfungen vorzunehmen. Nach der neuen Verordnung müssen alle Personen, die mit der Vermittlung von Finanzanlagen beschäftigt sind, ihre Sachkunde belegen, eine Berufshaftpflichtversicherung vorhalten und sich in das neu geschaffene öffentliche Register für Finanzanlagenvermittler eintragen lassen. In Abstimmung mit benachbarten Kammern wird die Handelskammer Bremen die Sachkundeprüfungen ab dem 1. Januar 2013 vornehmen, die Oldenburgische IHK, die IHK Emden und die IHK Bremerhaven übertragen diese Aufgabe auf die Handelskammer Bremen. Bremen wird damit neben Hamburg und Hannover einer der Prüfungsstandorte in Norddeutschland. Die Erlaubnis, als Finanzanlagenvermittler nach § 34 f GewO tätig zu sein, wird vom Stadtamt Bremen erteilt.

Sachverständige – Partner der Unternehmen

Die Leistungen von Sachverständigen wurden 2012 wieder stark nachgefragt. Mehr als 600 Anfragen wurden von der Handelskammer beantwortet. Die Handelskammer hat die Aufgabe, solche Experten auf ihre besondere fachliche Eignung und persönliche Integrität hin zu überprüfen, öffentlich zu bestellen sowie zu vereidigen und dann der Öffentlichkeit gegenüber zu benennen. 2012 wurden sechs Sachver-

Leistungsbilanzen

ständige neu bestellt, darüber hinaus standen mehrere Bestellungsverfahren kurz vor dem Abschluss. Mehr als 30 Verlängerungen wurden ausgesprochen. Insgesamt betreut die Handelskammer knapp 150 Sachverständige aus mehr als 50 Sachgebieten.

Gut besucht war im Sommer 2012 der gemeinsame Sachverständigentag der Oldenburgischen IHK und der Handelskammer Bremen. Er diente dem Erfahrungsaustausch der Sachverständigen untereinander und dem Kontakt zu den Mitarbeitern der Kammern.

Blick auf die Konkurrenz – wie machen es andere?

Einzelhandelsausschuss in Hannover – Die geplante Umgestaltung des Ansgarquartiers nahm die Handelskammer zum Anlass, um mit Unternehmern die Entwicklung in benachbarten Einzelhandelslagen zu erkunden. Am 24. April 2012 fuhren die Mitglieder des Einzelhandelsausschusses mit einer kleinen Delegation nach Hannover und besichtigten dort die Entwicklungen in der Innenstadt. Am Beispiel des Einkaufszentrums Ernst-August-Galerie, das im Jahr 2008 in der Innenstadt direkt neben dem Hauptbahnhof eröffnete, wurde deutlich, dass ein Shoppingcenter durchaus auch direkt in einer Innenstadt Erfolg verspricht und die in der Innenstadt ansässigen Einzelhändler nicht vom Markt verdrängt. Die Ernst-August-Galerie bietet rund 150 Fachgeschäfte und 1.200 kostengünstige Parkplätze unter einem Dach.

Eine weitere Reise fand am 21. Juni 2012 statt und führte zu Dodenhof in Posthausen. Diese unmittelbar vor den Toren Bremens gelegene „Einkaufswelt“ hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr entwickelt, was auch in Bremen spürbar ist. 2012 fand die Eröffnung eines 10.000 Quadratmeter großen Neubaus statt, der 24 Anbietern im Bereich Mode, Lifestyle und Gastronomie Platz bietet.

Delegation aus Hagen, Arnsberg und Siegen – Am 21. Mai 2012 kam eine Delegation von 25 Unternehmern aus den Kammerbezirken der IHK Hagen, Arnsberg und Siegen zu Besuch nach Bremen. Grund war das Treffen der Handelsreferenten am 14. und 15. September 2011 in Bremen. Die Handelskammer Bremen organisierte für ihre Gäste ein zweitägiges Programm, auf dem unter anderem am Beispiel der Überseestadt die Chancen und Potenziale des Einzelhandels und Tourismus' in Bremen in unmittelbarer Innenstadtnähe vorgestellt wurden.

Bremerhaven

Erweiterungsbau des Auswandererhauses

Am 22. April 2012 wurde der Erweiterungsbau des Deutschen Auswandererhauses (DAH) eröffnet. An dieser Stelle setzen sich die Verantwortlichen des preisgekrönten Museums auf 1.900 Quadratmetern mit der Frage auseinander, wie Deutschland durch Einwanderung geprägt wurde. Dabei werden wieder persönliche Schicksale mit authentischem Charakter in den Mittelpunkt gestellt. Auf diese Weise werden 300 Jahre deutscher Einwanderungsgeschichte dargestellt. Mit dem Erweiterungsbau avancierte das DAH zu Deutschlands erstem Migrationsmuseum, das zeigt, wie eng Einwanderung und Auswanderung miteinander verknüpft sind.

Das DAH wurde im August 2005 eröffnet. Zuvor hatten sich vor allem der Förderverein Deutsches Auswanderermuseum und der 1998 gebildete Initiativkreis Erlebniswelt Auswanderung dafür eingesetzt, dass im größten deutschen Auswandererhafen ein Museum zum Auswanderungsthema geschaffen wird. Insgesamt 7,2 Millionen Auswanderer brachen im Laufe der Jahrzehnte von Bremerhaven aus auf.

Tourismus kann sich festigen

Das Jahr 2012 lief gut an in der Tourismusbranche Bremerhavens. Ein verregener Juni in Norddeutschland ließ die Besucher- und Übernachtungszahlen allerdings sinken. Auch die späten Ferien in den Hauptquellgebieten der Seestadt sind mitverantwortlich dafür. Ob sich die späten Feriengäste in den Besucherstatistiken vom Juli und August 2012 wiederfinden, blieb abzuwarten. Durch ein gutes Plus der Übernachtungs- und Gästezahlen in den ersten Monaten schlägt sich der Rückgang im Juni nur geringfügig auf die kumulierten Zahlen des ersten Halbjahres 2012 nieder. Für die derzeitige Gesamtbilanz von Januar bis Juni 2012 bedeutet das: 0,8 Prozent weniger Ankünfte als im Vorjahr und 1,7



oben: Der Kreuzfahrt-tourismus bietet für Bremerhaven großes Potenzial.

links: Das Auswandererhaus wurde erweitert und zeigt jetzt als erstes Migrationsmuseum in Deutschland, wie eng Einwanderung und Auswanderung miteinander verknüpft sind.



Prozent weniger Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben ab neun Betten inklusive Camping.

Insgesamt deuten die Zahlen darauf hin, dass das Jahresziel, die Gästezahlen von 2011 zu halten, durchaus realistisch war. Der stetige Anstieg der Besucherzahlen in den vergangenen Jahren bis 2010/2011 mit den attraktiven Neuerungen und Angeboten hat die Erwartungen ebenfalls steigen lassen, und die Chancen standen gut, die Zahlen des Vorjahres wieder zu erreichen. Diese lagen 2011 insgesamt bei circa 1,6 Millionen Ankünften (Tages- und Mehrtagesgäste) und rund 1,2 Millionen Übernachtungen bei allen gewerblichen und nicht gewerblichen Unterkunftsanbietern inklusive Verwandten-/Bekanntbesuche.

Die offensichtliche und deutliche Konsolidierung der Gäste- und Besucherzahlen Bremerhavens macht klar, dass weitere Steigerungen wie bis 2010/2011 nur bedingt erreichbar sind. Nur mit attraktiven und qualitativ hochwertigen Angeboten, Reattraktivierungen sowie einem weiterführenden und konsequenten Tourismusmarketing sind die Zahlen zu halten oder auszubauen.

Konferenz: Mehr Landgänge von Kreuzfahrt-Touristen

Auf einer internationalen Konferenz im Columbus Cruise Center Bremerhaven (CCCB) befassten sich Experten aus den Nordseeanrainer-Staaten mit der Frage, wie Kreuzfahrt-Passagiere zu mehr Landgängen bewegt werden können. Die Konferenz war die Jahrestagung des EU-Projektes „Cruise Gateway North Sea“. In diesem Projekt arbeiten 14 Häfen eng zusammen; das CCCB ist ebenfalls vertreten. Während der zweitägigen Zusammenkunft wurden auch die Ergebnisse mehrerer wissenschaftlicher Untersuchungen zu diesem Themenbereich vorgestellt.

Arbeitsgruppe Kreuzfahrt-tourismus Bremerhaven

Die Kreuzfahrtbranche und die Infrastruktur Kreuzfahrterminal bieten für den Standort Bremerhaven sowohl im touristischen Bereich als auch im Bereich der Schiffsausrüstung und der maritimen Industrie ein großes Potenzial. Vor diesem Hintergrund und zur besseren Vernetzung des Kreuzfahrterminals mit dem Standort wurde die Arbeitsgruppe Kreuzfahrttourismus Bremerhaven eingerichtet, an der die IHK Bremerhaven beteiligt ist. In einer Kooperationsvereinbarung wird die Zusammenarbeit von CCCB und Arbeitsgruppe definiert. Die Arbeitsgruppe tritt zweimal jährlich zusammen.

Die Kammer macht blau:
Sie ist Akteur im Social Web
geworden und warb 2012
mit einer Citycards- und
Plakat-Kampagne.



Public Relations

Bremen

Handelskammer im Fokus der Medien

Die Vertreter der Handelskammer sind gefragte Gesprächspartner für Interviews und Experten für Hintergrundberichte. Der Trend der vergangenen Jahre zu immer mehr Veröffentlichungen in regionalen und überregionalen Printmedien, im Hörfunk und im TV setzte sich 2012 fort. Mehr als 1.550 mal fand die Handelskammer Erwähnung und konnte ihre Themen platzieren. Mehr als 90 Pressemitteilungen wurden verschickt und Journalisten zu 23 Pressegesprächen und Veranstaltungen eingeladen.

„Medien im Blick“ – mittelständische Unternehmen in der Öffentlichkeit

Ein Vortrag zum Thema „Privatradio – Unterhaltung oder Information?“ von Mathias Bartels (ENERGY Bremen) war am 16. Februar 2012 der Auftakt zur Veranstaltungsreihe „Medien im Blick“. Techniken für Präsentationen, Interviews und Vorträge bot der Workshop „Der erfolgreiche Auftritt“ von Matthias Hill (Hill Media) am 23. März 2012. Kriterien für eine gute Pressemitteilung standen im Mittelpunkt eines Workshops am 4. Mai 2012 mit Beate Hoffmann (Bremer Medienbüro). In der zweiten Jahreshälfte erhielten Teilnehmerinnen Hintergrundwissen und Handwerkszeug für Kurz-Interviews in Radio und Fernsehen im Workshop „Rhetorik für Frauen“ am 28. September 2012 von Jutta Günther (Radio Bremen – Nordwestradio). Oliver Heinz und Michael von Rothkirch (Heinz – v.Rothkirch – Nachtwey Rechtsanwälte) klärten Fragen

zu Urheber-, Nutzungs- und Persönlichkeitsrechten mit einem Vortrag am 17. Oktober 2012. Rund 100 Mitarbeiter aus kleinen und mittleren Unternehmen nahmen 2012 an der Veranstaltungsreihe „Medien im Blick“ teil.

Internet-Newsletter kommt häufiger

Die Nachfrage nach aktuellen Informationen steigt. Darum hat die Handelskammer ihren Internet-Newsletter neu geordnet und verschickt ihn nun wöchentlich immer donnerstags. Wer eine oder mehrere der Rubriken Aus- und Weiterbildung, Forum Mittelstand, Innovation, International, Pressemitteilungen, Standortpolitik, Umwelt, Veranstaltungen, Dienstleistungen, Tourismus, Einzelhandel, Recht abonniert, erhält regelmäßig Wirtschaftsnachrichten aus Bremen und der Region.

Social Media: Handelskammer geht neue Wege in der Vernetzung

Die Handelskammer ist 2012 in den sozialen Medien aktiv geworden. Sie hat eine offizielle Facebook-Seite sowie die Facebook-Seite „Deine Kammer“ zum Thema Aus- und Weiterbildung an den Start gebracht. Hier veröffentlicht die Kammer regelmäßig Beiträge, die den jeweiligen Dialoggruppen einen Mehrwert bieten, und stellt sich dort als Ansprechpartner zur Verfügung. Darüber hinaus interagiert sie bei Facebook mit anderen Nutzern, in dem sie auf andere Beiträge in Form von Kommentaren oder der „Gefällt mir“-Funktion reagiert.

Auch in dem sozialen Netzwerk Google+ hat die Handelskammer eine offizielle Seite gestartet und ist dort bestrebt, den Nutzern regelmäßig interessante Informationen zu bieten und mit ihnen über Kommentare und die „+1“-Funktion zu interagieren.

In dem sozialen Netzwerk XING wurde 2012 die Gruppe „new_kammer bremen“ gegründet. Sie ist Online-Treffpunkt für Jungunternehmer/-innen und Existenzgründende und bietet ihren Mitgliedern ein Forum, um sich untereinander und mit der Handelskammer auszutauschen und Fragen zu stellen. Die Moderatoren der Gruppe veröffentlichen regelmäßig Beiträge in den unterschiedlichen Foren der Gruppe und weisen gleichzeitig auf interessante Veranstaltungen hin. Ein „reales“ Treffen bot den Gruppenmitgliedern bei einer Ausstellungsführung zum Thema Marketing die Möglichkeit, sich einmal persönlich kennenzulernen. Solche „realen“ Treffen werden auch in Zukunft zentraler Bestandteil der Gruppe sein.

Auch die Online-Plattform „Scribd“ nutzt die Handelskammer seit 2012, um ihr monatliches Magazin „Wirtschaft in Bremen“ sowie Broschüren der Handelskammer zu veröffentlichen und damit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Angebote für die Kreativwirtschaft

Um die Bremer Kreativwirtschaft noch stärker mit klassischen Bereichen der Bremer Wirtschaft zu verknüpfen und gleichzeitig darauf hinzuweisen, auf welche Weise Unternehmen von kreativen Dienstleistungen profitieren können, hat die Handelskammer in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Bremen ein Tempo-Meeting der Kreativwirtschaft veranstaltet. Innerhalb kurzer Zeit hatten die Akteure auf der Anbieter- (Kreative) und Nachfragerseite (klas-



von links: Auf der Neujahrsmatinee wel.com 2012 begrüßten (v.l.) Syndicus Dr. Stefan Offenhäuser und Präses Otto Lamotte den Chef des Berliner Radiosenders FluxFM, Markus Kühn. Der Hamburger Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher (am Rednerpult) war Ehrengast des Wirtschaftsempfangs im Uni-Forschungszentrum MARUM, wo Unternehmer auch das einzigartige Bohrkernlager besichtigen konnten.

sische Wirtschaft) dabei die Möglichkeit, ihre Leistungsangebote vorzustellen und neue Kontakte kennenzulernen.

Der Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft der Handelskammer traf sich mit der Runde der Bremer Kreativkapitäne, um Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit und auch konkrete gemeinsame Projekte zu besprechen.

Unternehmerreise in die Kulturhauptstadt 2013 Marseille

– Das Enterprise Europe Network Bremen (EEN) und die Handelskammer Bremen haben in einem Kooperationsvertrag ihre Zusammenarbeit bestätigt und vertieft. Das wird helfen, Unternehmenskontakte ins europäische Ausland zu intensivieren. Eines der ersten Gemeinschaftsprojekte nach der Unterzeichnung war eine zweitägige Unternehmerreise mit 20 Teilnehmern nach Marseille, die vom EEN in Kooperation mit der Handelskammer organisiert wurde. In der südfranzösischen Hafenmetropole, die 2013 europäische Kulturhauptstadt ist, laufen die Vorbereitungen dafür auf Hochtouren: Vom Ausbau des alten Hafens „Vieux port“ bis zu neuen Projekten im Bereich Kunst und Kultur bereitet sich Marseille auf das Kulturhauptstadtjahr vor (www.mp2013.fr). Neben individuellen Unternehmerrisparchen, in denen Kontakte zwischen Bremer und südfranzösischen Firmen geknüpft wurden, interessierte sich die Delegation insbesondere dafür, welche Auswirkungen eine Kulturhauptstadt auf eine Industriemetropole hat und wie sich in Marseille der Dialog zwischen Kultur und Wirtschaft gestaltet.

Neujahrsmatinee wel.com: Kommunikation im Wandel

Kreative und Medienexperten aus Bremen und dem Nordwesten begrüßen das neue Jahr mit der traditionellen Neujahrsmatinee wel.com im Haus Schütting. Rund 300 Gäste tauschten sich im Januar 2012 über Design, IT, Kommunikation und Medien aus. Impulse dazu gab der Vortrag „Kommunikation und Marken im Wandel“ von Markus Kühn, Geschäftsführer des Ra-

diosenders FluxFM aus Berlin. Veranstaltet wurde die Neujahrsmatinee von der Handelskammer Bremen gemeinsam mit bremen digitalmedia e. V., der Bremer Akademie für Kommunikation, Marketing und Medien, dem Klub Dialog, dem Kommunikationsverband Wirtschaftsraum Bremen und dem Marketing-Club Bremen.

Wirtschaftsempfang im Exzellenz-Cluster MARUM

Kurz nachdem die Universität Bremen in der Exzellenzinitiative als Elite-Hochschule ausgezeichnet wurde, fand am 27. Juni 2012 der fünfte Wirtschaftsempfang der Handelskammer statt und zwar im Marum – Zentrum für Marine Umweltwissenschaften an der Universität Bremen. Das als Exzellenzcluster ausgewiesene Forschungszentrum bot rund 400 Gästen Einblicke in seine Arbeit. Den Höhepunkt bildete ein Festvortrag von Hamburgs Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher, der in Vertretung des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz angereist war. Unter der Überschrift „Hamburg, Bremen und der Norden“ betonte der Finanzsenator die Gemeinsamkeiten beider Stadtstaaten und plädierte für einen Schulterschluss – beispielsweise in puncto Hafenkooperation und bei der Debatte um die föderale Finanzreform.

Neues Buch: 475 Jahre Haus Schütting

Seit 475 Jahren prägt das Haus Schütting, der Sitz der Handelskammer Bremen, das Stadtbild von Bremen. Unmittelbar gegenüber dem Rathaus präsentiert sich dieses Bauwerk als eine architektonische Besonderheit in der Innenstadt. Seine lange und wechselvolle Geschichte im Herzen Bremens steht im Mittelpunkt des im Carl Schünemann Verlag erschienenen Buches „475 Jahre Haus Schütting“, das Ende Oktober 2012 von Handelskammer-Präses Otto Lamotte, Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger, von Verleger Hermann Schünemann sowie von den vier Autoren vorgestellt wurde: Professor Dr. Georg Skalecki, Leiter des Landesamtes für Denkmalpflege Bremen, den beiden Historikerinnen Dr. Li-

liane Skalecki und Dr. Lydia Niehoff sowie Handelskammer-Syndicus Dr. Stefan Offenhäuser. Das Buch knüpft an eine Monographie an, die zum 450-jährigen Bestehen erschienen war, verarbeitet aber viele neue wissenschaftliche Erkenntnisse und stellt zusätzlich die über die Jahrhunderte vorgenommenen innenräumlichen Veränderungen des Hauses Schütting dar.

Archiv: Das Gedächtnis der Bremer Wirtschaft

2012 wurde die 2011 begonnene Restaurierung von wichtigen Archivalien des Archivs der Handelskammer fortgesetzt, um den Archivbestand zu erhalten und eine Nutzung auch weiterhin zu ermöglichen. Die Publikation „475 Jahre Haus Schütting“ wurde unter anderem durch die Verwendung einer großen Anzahl von bedeutenden Archivalien und Fotos aus dem Archiv der Handelskammer zur Baugeschichte und zur Geschichte der Bremer Kaufmannschaft realisiert. Weiterhin beantwortete das Archiv wieder eine große Zahl von Anfragen zur Kaufmanns- und Kammergeschichte und bot Besuchern die Möglichkeit, direkt vor Ort mit den Archivalien in diesem „Gedächtnis der Bremer Wirtschaft“ zu arbeiten.

Geehrt – Firmen- und Mitarbeiterjubiläen

2012 hat die Handelskammer zu ihren Firmenjubiläen 128 Unternehmen gratuliert. Mit dem Angebot, ab dem 25-jährigen Bestehen für Firmen Urkunden auszustellen, möchte die Handelskammer ihre Anerkennung für ein solches Betriebsjubiläum ausdrücken. Neben diesen Urkunden bietet die sie den Unternehmen auch an, langjährige Mitarbeiter auszuzeichnen. Auf diese Weise werden jährlich rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geehrt.



Bremerhaven

Neujahrskonvent: Energiewende im Mittelpunkt

Der Neujahrskonvent der IHK Bremerhaven wurde traditionell von der Rede des Seniors des Konvents, Peter H. Greim, geprägt. Er setzte sich kritisch mit den Herausforderungen auseinander, die die so genannte Energiewende mit sich bringen wird. Dabei befasste sich Peter H. Greim schwerpunktmäßig mit der Offshore-Windenergie und benannte drei besonders wichtige Aspekte. Neben dem Kapazitätsaufbau bei den erneuerbaren Energien beschäftigte er sich mit dem Ausbau des deutschen Stromnetzes und der Versorgungssicherheit. Außerdem führte er aus, wie wichtig wettbewerbsfähige Strompreise für die deutsche Wirtschaft sind. Vor Peter H. Greim blickte der amtierende IHK-Präsident Claus Brüggemann auf das Jahr 2011 zurück. Als dominierende Ereignisse benannte er vor allem die Wiedereröffnung der Kaiserschleuse und die Weichenstellung für den Offshore-Terminal.

Neues Präsidium der IHK: Ingo Kramer Präsident

Die Vollversammlung der IHK Bremerhaven hat im Mai ein neues Präsidium gewählt. An seiner Spitze steht Ingo Kramer. Der 59-jährige diplomierte Wirtschaftsingenieur ist geschäftsführender Gesellschafter der J.H.K. Anlagenbau & Service GmbH & Co. KG. Ingo Kramer war bereits von 1996 bis 2002 Präsident der IHK Bremerhaven; seitdem arbeitete er als Vizepräsident im Präsidium mit. Der bisherige Präsident Claus Brüggemann ist nun Vizepräsident und Schatzmeister. In seinem Vizepräsidenten-Amt bestätigt wurde Stephan Schulze-Aissen. Zu neuen Vizepräsidenten wurden Hans-Joachim Fiedler und Piet Rothe gewählt.

Die Neuwahl des Präsidiums hatte sich um mehrere Monate verzögert, weil im Januar überraschend die designierte neue



oben links: Gästeabend in Bremerhaven: IHK- Hauptgeschäftsführer Michael Stark, der Berliner Staatssekretär Thomas Ilka und IHK-Präsident Ingo Kramer;
oben: Musikfest Bremen in der IHK;
links: Neujahrskonvent 2012 in Bremerhaven mit dem damaligen Präsidenten Claus Brüggemann (l.) und dem damaligen Vizepräsidenten Ingo Kramer sowie Bremens Präses Otto Lamotte

Präsidentin Roswitha Ditzen-Blanke verstorben war. Sie war eine herausragende Vertreterin der regionalen Wirtschaft, engagierte sich aber auch weit darüber hinaus. Die Herausgeberin und Verlegerin der Nordsee-Zeitung übernahm unter anderem als Leiterin des IHK-Arbeitskreises „Wirtschaftsstruktur Region Bremerhaven“, Mitglied des DIHK-Ausschusses Kommunikation und Medien sowie als Vorstandsmitglied der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten Verantwortung. Roswitha Ditzen-Blanke wurde 60 Jahre alt.

Gästeabend mit Staatssekretär Thomas Ilka

Hauptredner des Gästeabends der IHK Bremerhaven im Oktober 2012 war Thomas Ilka, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit. Vor seiner jetzigen Tätigkeit arbeitete Ilka für den DIHK. So leitete er das Referat Mittelstandspolitik und Existenzgründung, war danach Büroleiter des DIHK-Hauptgeschäftsführers, später Koordinator für Politikkontakte und zuletzt von 2007 bis 2011 Leiter der DIHK-Vertretung bei der Europäischen Union und Bereichsleiter des DIHK für Europa, Umwelt und Energie. Der Staatssekretär warb in seiner Rede dafür, dem Gesundheits-Thema in den Unternehmen deutlich mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Diese sollten passgenaue Lösungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung schaffen. Nach Auffassung von Ilka ist das erst recht in Zeiten des zu-

nehmenden Fachkräftebedarfs erforderlich. Ferner unterstrich der Staatssekretär die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft, die 4,8 Millionen Menschen beschäftigt und elf Prozent des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet. In diesen Zahlen ist der Wellness-Bereich nicht inbegriffen.

Musikfest Bremen: „Kammerkonzert“ im IHK-Gebäude

Beim Musikfest Bremen im September 2012 war auch die IHK wieder Gastgeber eines öffentlichen Konzertes: Im großen Kammersaal trat die deutsch-italienische Pianistin Sophie Pacini auf. Die junge Frau präsentierte in erster Linie Stücke der Wiener Klassik und Romantik aus dem 19. Jahrhundert. Sophie Pacini hat bereits mehrere bedeutende Auszeichnungen errungen. So wurde sie 2009 mit dem 1. Preis des Großen Stipendien-Wettbewerbs der österreichischen Musikuniversitäten bedacht. Zwei Jahre später erhielt sie neben dem Prix Groupe Edmond de Rothschild der Sonnets Musicause de Gstaad und dem Förderpreis des Bremer Musikfestes auch den Förderpreis des Deutschlandfunkes.

Traditionell unterstützt auch die Handelskammer Bremen das Musikfest. So stellte sie 2012 zur Großen Nachtmusik, dem vielbesuchten Auftakt des Musikfestes, wieder ihre Räume für Konzerte zur Verfügung.

Service

Bremen

Unternehmensservice Bremen – „Ausgewählter Ort 2012“

Der Unternehmensservice Bremen war im Jahr 2012 Botschafter für die Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ und repräsentierte das Innovationspotenzial Deutschlands. Im September 2012 wurde das Servicebüro, in dem Unternehmen Hilfe in allen betrieblichen Fragen erhalten, als „Ausgewählter Ort 2012“ ausgezeichnet. Der Unternehmensservice gehört damit zu den Preisträgern im Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“, der von der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ in Kooperation mit der Deutschen Bank realisiert wird. Ludwig Blomeyer, Mitglied der Geschäftsleitung der Deutschen Bank Bremen, betonte bei der Preisverleihung: „Lösungen für Unternehmerfragen aus einer Hand – der Unternehmensservice ist ein lebendiges Beispiel dafür, dass Kreativität, Kompetenzen und Kooperationsfähigkeit für alle Beteiligten die besten Ergebnisse bringen. Der Unternehmensservice ist Vorbild und Motivation zugleich für den Unternehmergeist hierzulande.“

Wer Fragen zur Existenzgründung oder Unternehmensführung, zu Fördermöglichkeiten, betrieblichem Umweltschutz oder zur Ausbildung hat, findet seit Februar 2011 im Unternehmensservice Bremen alle Antworten unter einem Dach. Mitten in der Bremer Innenstadt bieten sechs Partner ein bundesweit einmaliges Beratungs- und Dienstleistungsangebot. Dazu gehören auch fremdsprachige Beratungen in Englisch, Polnisch, Russisch und Türkisch. Das Angebot des Unternehmensservices wird kontinuierlich ausgebaut. Das betrifft



oben: Ehrung des Unternehmensservices Bremen mit den Trägern und Offiziellen;
unten: Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger und Syndicus Günther Lübbecke begutachten die technische Ausstattung des neuen Prüfungszentrums.

die Einrichtung einer Weiterbildungsberatung in Zusammenarbeit mit dem Senator für Arbeit sowie der Arbeitnehmerkammer sowie eines Welcome-Centers.

Beteiligt sind die Handelskammer Bremen, die Handwerkskammer Bremen, das RKW Bremen, die Bremer Aufbau-Bank, die WFB Wirtschaftsförderung Bremen und das Land Bremen mit dem sogenannten Einheitlichen Ansprechpartner, über den nicht nur die Gewerbeanzeigen, sondern vielmehr alle behördlichen Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren, die für die Aufnahme und Ausübung einer unternehmerischen Tätigkeit erforderlich sind, problemlos abgewickelt werden können. Täglich kommen 70 bis 100 Personen mit den unterschiedlichsten Anliegen in das Büro des Unternehmensservice. Insgesamt waren es bis Ende 2012 rund 12.000 Kunden.

Prüfungs- und Veranstaltungszentrum mit Weserblick

Im dritten Obergeschoss des Gebäudes Wachtstraße/Martinstraße – mit Blick auf die Weser – hat die Handelskammer ein Prüfungszentrum eingerichtet. Die Räumlichkeiten können auch für Veranstaltungen der Kammer genutzt werden. In den neuen Prüfungsräumen können zukünftig auch EDV-gestützte Prüfungen stattfinden – die hierfür erforderliche neueste Medientechnik ist vorhanden. Für mündliche Prüfungen gibt es kleinere Räume. In dem modern ausgestatteten Empfang werden Prüfer und Prüflinge freundlich aufgenommen und betreut; beide bekommen optimale Arbeitsbedingungen.

Die neuen Veranstaltungsräume sollen in erster Linie das Haus Schütting entlasten. Seit Jahren hat dort die Zahl der Veranstaltungen zugenommen. So fanden hier und im Gebäude Hinter dem Schütting im Jahr 2012 fast 1.600 Veranstaltungen oder Sitzungen statt.



Bremerhaven

Umweltmanagementsystem ISO 14001: IHK zertifiziert

Die Dekra hat als bedeutendes europäisches Qualitätsprüfungsunternehmen der IHK Bremerhaven bescheinigt, dass sie das Umweltmanagementsystem ISO 14001 eingeführt hat. Zugleich erfolgte eine Rezertifizierung nach ISO 9001. Als zweite IHK in Norddeutschland nach der Handelskammer Hamburg erfüllte die Kammer in der Seestadt die Kriterien für ISO 14001. Zugleich ist die IHK Bremerhaven erst die dritte Kammer in der gesamten Bundesrepublik, die sich beide Gütesiegel, ISO 14001 und ISO 9001, erarbeitet hat. Das Zertifikat gilt zunächst für drei Jahre. Nach einem Jahr bewertet der Prüfer die Fortschritte. Auch hieran ist erkennbar, dass es sich bei der Zertifizierung für das Umweltmanagement ebenso wie für andere Bereiche um einen fortlaufenden Prozess ohne wirklichen Schlusspunkt handelt. Wichtig ist, dass dieser Prozess sowohl von der Geschäftsleitung als auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitgetragen wird. In der IHK wird das mit Hilfe eines Umweltteams erreicht, das einmal monatlich tagt. In diesem Gremium sind Beschäftigte aus allen Geschäftsbereichen sowie die Qualitätsmanagement-Beauftragte, der IT-Experte und der Bereich Technische Dienstleistung vertreten.

Online-Prüfsiegel für die IHK: höchste Datenschutz-Anforderungen

Die IHK Bremerhaven hat ihr Web-Angebot unter www.bremerhaven.ihk.de nach den *internet privacy standards* (ips) zertifizieren lassen. Damit hat sich die Kammer höchsten Anforderungen unterworfen. Die ips werden als bundesweit gültiges Gütesiegel für Webportale von der Initiative D21 der Bundesregierung empfohlen. Sie sind mit zahlreichen Datenschutzbeauftragten der Länder und des Bundes abgestimmt.

Sachkundeprüfungen und Unter- richtungen im Lande Bremen

Bewachungsgewerbe – Die Nachfrage bei den Unterrichtsverfahren und den Sachkundeprüfungen im Bewachungsgewerbe war 2012 unvermindert hoch. So hat die Handelskammer Bremen zwölf Unterrichtsverfahren (2011: 11) angeboten. 2012 wurden insgesamt 170 Teilnehmer geschult (2011: 135 Teilnehmer). Die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Sachkundeprüfungen stieg ebenfalls deutlich an. Im Jahr 2012 nahmen an den 16 Prüfungsterminen insgesamt 301 Personen teil (2011: 243).

Die IHK Bremerhaven hat bisher 13 Unterrichtsverfahren durchgeführt. Ebenfalls nahezu unverändert ist die Anzahl der Teilnehmer bei den Sachkundeprüfungen. An den bisher 14 Prüfungsterminen nahmen 176 Personen teil.

Gefahrgutschulungen und -prüfungen

– In Deutschland sind die Industrie- und Handelskammern als Selbstverwaltung der Wirtschaft mit der Anerkennung und Überwachung der Schulungen von Gefahrgutfahrern und Gefahrgutbeauftragten sowie der A-nahme der entsprechenden Prüfungen betraut. Ziel ist es, den Unternehmen die Sicherheit zu geben, dass die in den Betrieben mit dem sensiblen Thema Gefahrgut befassten Personen eine den Vorschriften entsprechende qualitativ gute Schu-

lung erhalten. Die Abwicklung der Schulungen und Prüfungen wird dabei praxisorientiert und unternehmensfreundlich gestaltet. So findet rund die Hälfte der gut 100 Prüfungstermine für Gefahrgutfahrer an Samstagen statt. Insgesamt wurden im Jahr 2012 bei der Handelskammer rund 1.400 Gefahrgutfahrer und 170 Gefahrgutbeauftragte, bei der IHK Bremerhaven rund 300 Gefahrgutfahrer und 20 Gefahrgutbeauftragte geprüft.

Fach- und Sachkundeprüfungen für Verkehrsunternehmer – Voraussetzung für eine selbstständige Tätigkeit im Güter- oder Personenverkehr ist unter anderem der Nachweis der fachlichen Eignung. Die entsprechenden umfangreichen Prüfungen nehmen die Industrie- und Handelskammern ab. Bei der Handelskammer Bremen nahmen im Jahr 2012 insgesamt rund 70 Personen an diesen Prüfungen teil.

Obligatorische Berufskraftfahrerqualifikation – Seit dem Jahr 2008 (im Personenverkehr) und 2009 (im Güterverkehr) ist neben dem Führerschein eine zusätzliche Berufskraftfahrergrundqualifikation notwendig, um Fahrten zu gewerblichen Zwecken mit Fahrzeugen über 3,5 Tonnen zulässiger Gesamtmasse durchführen zu dürfen. 2012 haben rund 130 Teilnehmer eine entsprechende Prüfung bei der Handelskammer abgelegt; bei der IHK Bremerhaven waren es mehr als 100 Teilnehmer.



links: die Bremer Junioren (v.l.) Nils Schulenburg, Maren Schulz und Patric Prim; rechts: (v.l.) neuer Vorstand der Bremerhavener Junioren: Eric Pommer, Dr. Peter Dahlke, Maria Groß, Hendrik Kiesling, Sebastian Dräger, Felix Huth und Anika Maurer

Die Juniorenkreise

Wirtschaftsjunioren der Handelskammer Bremen

Der Juniorenkreis der Handelskammer Bremen feierte im September 2012 sein 60-jähriges Bestehen mit einem Festakt in der Handelskammer und einem anschließenden Get-together im Atlantic Grand Hotel. Initiiert wurde die Gründung 1952 von den damaligen Syndici Jules E. Noltenius und Friedrich Harenberg. Das Ziel der Gründerväter war es, den Austausch zwischen jungen Unternehmern und Führungskräften zu stärken. Im Laufe der Jahre kamen aber auch Fragen der Weiterbildung und wirtschaftsbezogene Themen hinzu. Nach der Aufbruchsstimmung in der Nachkriegszeit und den Jahren des Wirtschaftswunders beschäftigten sich die Wirtschaftsjunioren in den 80er Jahren schließlich immer intensiver mit den Problemen der Bremer Wirtschaftsregion. Im August 1981 trat der Juniorenkreis Bremen der Bundesorganisation bei.

Soziales Engagement, insbesondere im schulischen Bereich, und der Austausch mit anderen Wirtschaftsjunioren im In- und Ausland rückten in den Mittelpunkt der Tätigkeiten. Ein Höhepunkt im Jahr 1990 war die erstmalige Ausrichtung der Hanseraumkonferenz (HAKO) in Bremen, auf der sich die Juniorenkreise der norddeutschen Bundesländer einmal im Jahr zum Austausch treffen. Heute engagieren sich rund 60 Wirtschaftsjunioren in neun Arbeitskreisen. Die Projekte reichen von der Charity Oldtimer-Tour „Tradition meets style“, bei der das Startgeld der Teilnehmer für soziale Institutionen gestiftet wird, über das Bremer Schülerquiz, bei dem sich Schüler ausgewählter Jahrgangsstufen mit Fragen zur Politik und Historie der Stadt Bremen

beschäftigen können, bis zu einem Schüleraustausch mit Schülern aus Rio de Janeiro. Das nächste große Projekt ist die Ausrichtung der Hanseraumkonferenz in Bremen im Jahr 2014, zu dem die Wirtschaftsjunioren ein umfangreiches Programm auf die Beine stellen werden; es werden 600 Gäste in Bremen dazu erwartet.

Der Juniorenkreis ist heute unverrückbar ein Teil der Handelskammer Bremen, er arbeitet aber eigenverantwortlich und unabhängig an seinen Themen und Aktivitäten. Vorsitzende und Sprecherin des Juniorenkreises ist seit Dezember 2011 Maren Schulz. Zum Vorstand gehören darüber hinaus der Sprecher des Vorjahres, Professor Nils Schulenburg, und als so genannter „Incoming“-Sprecher für 2013 Patric Prim. Zudem hat der Bremer Juniorenkreis mit Thomas Gerkmann einen Konferenzdirektor für die Umsetzung der Hanseraumkonferenz 2014 in Bremen ernannt. Von Seiten der Handelskammer wird der Juniorenkreis durch den Geschäftsführer des Geschäftsbereiches Einzelhandel, Tourismus, Recht, Karsten Nowak, begleitet.

Wirtschaftsjunioren der IHK Bremerhaven

Bei ihrer Mitgliederversammlung am 12. Januar 2012 wählten die Bremerhavener Wirtschaftsjunioren (WJ) einen neuen Vorstand. Der WJ-Vorstand wird jeweils im Januar neu gewählt und beginnt das neue Jahr stets mit einem neuen Motto. Das Jahresmotto für 2012 lautete: „Für Wirtschaft begeistern“.

Das Sprecher-Amt beziehungsweise den Vorsitz übernahm Sebastian Dräger. Unterstützt wurde er von Felix Huth und Maria Groß, der neu gewählten Stellvertreterin. Außerdem gehörten Dr. Peter Dahlke, Anika Maurer, Hendrik Kiesling und Eric Pommer dem Vorstand an.

2012 veranstalteten die Wirtschaftsjunioren eine Reihe von Vorträgen, Betriebsbesichtigungen, Projekte wie zum Beispiel die Bewerbungstrainings und gesellige Zusammenkünfte. Diese Aktionen und Veranstaltungen wurden von den einzelnen Arbeitskreisen organisiert.

Beispielsweise trafen sich unter dem Motto „Watt’s Up – Feiern bis das Wasser kommt!“ rund 100 Wirtschaftsjunioren, Förderer und Gäste samt Familien im Strandhaus Döse in Cuxhaven. Auf gemeinsame Einladung der Wirtschaftsjunioren Cuxhaven und Bremerhaven konnten auch Gäste aus den Juniorenkreisen Bremen, Stade und Zwischen Hunte und Weser begrüßt werden.

Alle Gäste zeigten sich sehr zufrieden mit diesem Tag am Meer. Der Bremerhavener Wirtschaftsjunioren-Sprecher Sebastian Dräger dankte den Cuxhavenern für die tolle Zusammenarbeit und äußerte den Wunsch auch weiterhin gemeinsame Veranstaltungen wie diese zu realisieren – gerne auch unter Beteiligung weiterer WJ-Kreise.

Zum „Polarzauber“ luden die Bremerhavener Wirtschaftsjunioren zu ihrem Ball 2012 ein. In der Halle des Alfred-Wegener-Institutes auf dem Gelände der Lloyd Werft gestalteten sie wieder eine außergewöhnliche Atmosphäre. Rund 300 geladene Gäste in festlicher Kleidung freuten Sie über die Dekoration aus AWI-Motorschlitten, Skidoos sowie verschiedene Kisten, die der Gastgeber Dr. Uwe Nixdorf und sein Logistikteam bereitgestellt hatten.

Ehrenamt, Geschäftsbereiche

Das Ehrenamt in Bremen

Ergänzungswahl 2012 zum Plenum

Der Aufruf zur Ergänzungswahl 2012 zum Plenum der Handelskammer Bremen ist auf großes Interesse gestoßen. Für die 20 neu zu besetzenden Sitze hatten sich 36 Kandidatinnen und Kandidaten beworben. Die große Anzahl der Wahlbewerbungen belegt, wie groß das Interesse der Bremer Wirtschaft an der Arbeit ihrer Kammer ist. Das traditionell hohe Niveau der Wahlbeteiligung hat sich erneut besonders bei der Gruppe der im Handelsregister eingetragenen Unternehmen sowie in den Wahlgruppen Schifffahrt und Verkehr, Groß- und Außenhandel sowie Industrie gezeigt. Am 11. Oktober fand das Wahlverfahren mit der Auszählung unter Beteiligung des gesamten Wahlausschusses seinen Abschluss. Fast das ganze Jahr über ist die Wahl sorgfältig vorbereitet worden. Anfang 2012 wurden alle Mitgliedsunternehmen angeschrieben, um sicherzugehen, dass jedes Unternehmen der richtigen Wahlgruppe zugeordnet ist. Im Magazin „Wirtschaft in Bremen“, im Internet, in der Tagespresse, mit einem Flyer und einem Banner am Gebäude Hinter dem Schütting wurde auf die Wahl aufmerksam gemacht.

Das Ehrenamt in Bremen

Die Handelskammer ist die Selbstverwaltung der bremischen Wirtschaft und wird von ihren mehr als 40.000 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 3.000 Personen ehrenamtlich in der Handelskammer – in Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien sowie als Prüfer und Sachverständige. Dem Plenum, dem höchsten Kammergremium, gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Vorstandsvorsitzende großer Bremer Unternehmen. Aus dem Plenum heraus werden das Präsidium und der Präses gewählt.

Mitglieder des Präsidiums der Handelskammer Bremen

Otto Lamotte (Präses)
Matthias Claussen (Vizepräses)
Eduard Dubbers-Albrecht (Vizepräses)
Wiebke Hamm (Vizepräses)
Joachim Linnemann (Vizepräses)
Janina Marahrens-Hashagen (Vizepräses)
Lutz H. Peper (Vizepräses)
Christoph Weiss (Vizepräses)
Dr. Patrick Wendisch (Vizepräses)

Mitglieder des Plenums der Handelskammer Bremen

Dr. Reinhard Ahlers
Ludwig Blomeyer
Peter Braun
Norbert Caesar
Ursula Carl
Matthias Claussen (Vizepräses)
Dr. Günther W. Diekhöner
Frank Dreeke
Eduard Dubbers-Albrecht (Vizepräses)
Harald Emigholz
Berend Jürgen Erling
Hans Eulenbruch
Marco Fuchs
Christian von Georg
Wiebke Hamm (Vizepräses)
Robert P. Hempel
Irmtraud Heuß
Peter Hoedemaker
Peter Hoffmeyer
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers
Andreas Kellermann
Dr. Thorsten Köhne
(nachgewählt am 4.6.2012)
Otto Lamotte (Präses)
Joachim Linnemann (Vizepräses)
Franz-Wilhelm Löbe
Janina Marahrens-Hashagen (Vizepräses)
Stefan Messerkecht

Hasso G. Nauck
Dr. Tim Nesemann
Lutz Oelsner
Lutz H. Peper (Vizepräses)
Simon Reimer
Dr. Dietmar Ringel
Fritz Rößler
Angelika Saacke-Lumper
Bernd Schmielau
Dr. Willem Schoeber
(ausgeschieden am 4.6.2012)
Peter Schöler
Hans-G. Schumacher
Michael F. Schütte
Tilman Sieglin
Torsten Staffeldt, MdB
Michael Vinnen
Heinz-Jürgen Wagner
Christoph Weiss (Vizepräses)
Dr. Patrick Wendisch (Vizepräses)
Tanja Woltmann-Knigge

Geschäftsbereiche

Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen

Finanzausschuss

Vorsitzender: Präses Otto Lamotte
Rechnungsführerin:
Vizepräses Janina Marahrens-Hashagen

Kommission für den Jahresbericht

Vorsitzender: Präses Otto Lamotte

Mittelstandsausschuss

Vorsitzender: Berend Jürgen Erling

Ausschuss für Industrie, Umwelt- und Energiefragen

Vorsitzende:
Vizepräses Janina Marahrens-Hashagen

Ausschuss für Informations-technologie, Design und Medien

Vorsitzender: Stefan Messerknecht

Außenwirtschaftsausschuss

Vorsitzender: Vizepräses Matthias Claussen

Ausschuss für Häfen, Verkehr und Logistik

Vorsitzender: Harald Emigholz

Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen

Vorsitzender: Peter Schöler

Ausschuss für Stadtentwicklung und städtischen Verkehr

Vorsitzender:
Vizepräses Joachim Linnemann

Berufsbildungsausschuss

Vorsitzender: Antje Edel

Arbeitskreise der Handelskammer Bremen

- Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft
- ERFA-Kreis Ideenmanagement
- ERFA-Kreis Umwelt, Energie
- Arbeitskreis Gefahrgut
- Arbeitskreis Tourismus
- Arbeitsgruppe Prüfungswesen
- Arbeitsgruppe Ausbildungsberatung und Eignung der Arbeitsstätte
- Wirtschaftsjuniorern

Hauptgeschäftsführung

Grundsatzfragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik
Dr. Matthias Fonger (I. Syndicus)

I Standortpolitik, Häfen, Verkehr

Verkehrsgewerbe, Schifffahrt und Häfen, Immobilienwirtschaft
Dr. Andreas Otto (Syndicus)

II Industrie, Innovation und Umwelt

Industrie, produktionsorientierte Dienstleistungen, IuK-Wirtschaft
Dr. Martha Pohl

III International

Groß- und Außenhandel
Volkmar Herr

IV Einzelhandel, Tourismus, Recht

Einzelhandel, Dienstleistungen, Tourismus
Karsten Nowak

V Aus- und Weiterbildung

Karlheinz Heidemeyer

VI Zentrale Dienste

Günther Lübke (Syndicus)

VII Public Relations

Dr. Stefan Offenhäuser (Syndicus)

Das Ehrenamt in Bremerhaven

Die IHK Bremerhaven ist die Selbstverwaltung der Bremerhavener Wirtschaft. Sie wird von mehr als 6.000 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 640 Personen ehrenamtlich in den Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien der IHK sowie als Prüfer und Sachverständige. Der Vollversammlung gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Spitzen der großen Bremerhavener Unternehmen.

Mitglieder des Präsidiums der IHK Bremerhaven

Ingo Kramer (Präsident)
Claus Brüggemann (Vizepräsident)
Hans-Joachim Fiedler (Vizepräsident)
Piet Rothe (Vizepräsident)
Stephan Schulze-Aissen (Vizepräsident)
Dr. jur. Joachim Ditzen-Blanke (Ehrenpräsident)

Mitglieder der Vollversammlung der IHK Bremerhaven

Jens Assheuer
Norbert Blank
Claus Brüggemann (Vizepräsident)
Bernhard Cordes
Dr. Peter Dahlke
Matthias Ditzen-Blanke
Hans-Joachim Fiedler (Vizepräsident)
Ralf Forner
Heiko Frisch
Jens Grotelüschen
Wolfgang Grube
Carsten J. Haake
Dirk Kassen
Andre Kiwitz
Ingo Kramer (Präsident)
Jörn Langfermann
Klaus-Peter Miéville
Ferdinand Möhring
Lutz Natusch
Dr. Götz Pätzold
Thorsten Rönner
Piet Rothe (Vizepräsident)
Nils Schnorrenberger
Michael Schoer
Stephan Schulze-Aissen (Vizepräsident)
Hans-Christoph Seewald
Manfred de Vries
Andreas Wencke

Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven

Absatzwirtschaft, Handel, Dienstleistungen
Vorsitzender: Stephan Schulze-Aissen
Berufsbildungsausschuss
Vorsitzende: Ines Karger
Fisch- und Lebensmittelwirtschaftlicher Ausschuss
Vorsitzender: Heiko Frisch
Hafen- und Verkehrsausschuss
Vorsitzender: Ferdinand Möhring
Sachverständigen-Ausschuss
Vorsitzender: Heiko Damken
Tourismus-Ausschuss
Vorsitzender: Martin Seiffert jun.
Arbeitskreis Wirtschaftsstruktur Region Bremerhaven
Arbeitskreis Kultur und Wirtschaft
Arbeitskreis Qualität und Hygiene

ERFA-Kreis Gefahrgut
ERFA-Kreis Sicherheitsgewerbe
ERFA-Kreis Umwelt
ERFA-Kreis Zoll- und Außenwirtschaft

Geschäftsbereiche

Hauptgeschäftsführung

Grundsatzfragen, Standortpolitik, Tourismus, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft
Michael Stark

Geschäftsbereich I

Aus- und Weiterbildung, Handel, Recht, Existenzgründung und Unternehmensförderung

Martin Johannsen

Geschäftsbereich II

International, Industrie, Umwelt/Energie, Förderverein Pro A 20 e. V.
Wilfried Allers

Geschäftsbereich III

Zentrale Dienste
Hans-Hermann Witthohn

Stellungnahmen

Stellungnahmen Bremen (Auswahl)

Gegenstand der Stellungnahme

Luftverkehrssteuer

Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

Schiffsfinanzierung

Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Investitionsrahmenplan des Bundes

Öffnung des KfW-Förderprogrammes für Offshore-Häfen

Finanzierung des sechsstreifigen Ausbaus der A 1 zwischen dem Kamener Kreuz und dem Autobahnkreuz Lotte/Osnabrück

Änderung des bremischen Hafenbetriebsgesetzes

Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2020/2025

BWK-Gelände/Bebauungsplan 1288

Lang-Lkw

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 85 – Überseestadt

Mautpflicht auf der B 75

Anhörung zur Anordnung von Tempo 30 auf der Kattenturmer Heerstraße

Inoffizieller Entwurf zur Revision der EU-Vergaberichtlinien

Demand Side Management

Referentenentwurf der zweiten Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen

Erhöhung der Abfallgebühren und Änderung der Gebührenordnung

Hochwassergebietsverordnung-Weser

IHK Nord zum Entwurf eines Netzentwicklungsplans (NEP) 2012 Strom

Verordnung über die Höhe der Managementprämie für Strom aus Windenergie und solarer Strahlungsenergie

Neufassung der Chemikalien-Sanktionsverordnung

Verordnung über die Festsetzung der Hochwasserschutzlinie im Land Bremen

Landesmindestlohngesetz

Richtlinie des Bundeswirtschaftsministerium zum „Investitionszuschuss Wagniskapitel“

Stellungnahme zur Beibehaltung von Umsatzsteuerlagern

Stellungnahme zur Reform des handelspolitischen Ursprungsrechts

Stellungnahmen zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis für eine selbstständige Gewerbeausübung von Ausländern aus Nicht-EU-Staaten

Stellungnahme zur Gewährung eines Zuschusses im Rahmen der Richtlinien Messeförderung

Stellungnahme zu verbindlichen Ursprungsauskünften

gerichtet an

Bundesministerium der Finanzen

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Norddeutsche Wirtschaftsminister und -senatoren

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Bauamt Bremen-Nord

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr

DIHK

DIHK

DIHK und SUBV (Staatsräte)

SUBV und SWUH (Staatsräte)

SUBV

IHK Nord

DIHK

DIHK

SUBV

SPD-Fraktion, Anhörung in der bremischen

Bürgerschaft

DIHK

Wirtschafts- und Finanzressort Bremen

DIHK, Europäisches Parlament

Ausländerbehörde

Wirtschaftsförderung Bremen

DIHK

Stellungnahmen Bremerhaven (Auswahl)

Gegenstand der Stellungnahme

Stellungnahme zu Flächennutzungsplanänderungen und Bebauungsplanentwürfen
Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen
Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen von Linienverkehren mit Kraftomnibussen
Stellungnahme zu Anträgen der Gewerbeausübung durch Ausländer
Stellungnahme der fachkundigen Stelle zur Tragfähigkeit der Existenzgründung
Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen (GRW)

Stellungnahmen zu Ausfallbürgschaften
Stellungnahme zur Genehmigung von Gemeinschaftslizenzen im Güterkraftverkehr
Stellungnahmen Handelsregister
Stellungnahmen zu Anträgen auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34 c der Gewerbeordnung
Stellungnahmen zu Anträgen auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34 a der Gewerbeordnung
Stellungnahmen zu Anträgen auf Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
Verkehrsdurchsetzung einer internationalen Marke
Bedeutung der Steuerbefreiungsvorschrift des §4 Nr. 4a UStG für die bremische Wirtschaft
Gewährung eines Zuschusses zur Förderung der Außenwirtschaft

gerichtet an

Stadtplanungsamt der Seestadt Bremerhaven
Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven
Agentur für Arbeit, Bremerhaven
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH
Bürgschaftsbank Bremen GmbH
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Amtsgericht Bremerhaven
Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven
Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven
Arge Job-Center, Bremerhaven

DIHK
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Bremen
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH, Bremerhaven

Impressum

Herausgeber Handelskammer Bremen
Am Markt 13
28195 Bremen
Telefon 0421 3637-0
www.handelskammer-bremen.de
service@handelskammer-bremen.de

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven
Friedrich-Ebert-Str. 6
27570 Bremerhaven
Telefon 0471 92460-0
Fax 0471 92460-90
www.bremerhaven.ihk.de
info@bremerhaven.ihk.de

Redaktion Dr. Stefan Offenhäuser

Grafik, Realisation presse,contor Dr. Christine Backhaus

Fotonachweis Frank Pusch, Jörg Sarbach, Heiko Sandelmann,
Bremische Landesvertretung, Antje Schimanke,
Deutsches Auswandererhaus, Helmut Gross,
Michael Bahlo, Andreas Burmann, City Airport
Bremen, ecolo/Ingo Wagner, Universität Bremen,
Alpha Ventus, Areva Wind, Michel Koczy

Druck Druckerei Asendorf

Januar 2013

www.handelskammer-bremen.de

www.bremerhaven.ihk.de